



27. Mai 1924

PAUL KAMPFFMEYER . ZUM PARTEITAG 1924

AM 11. Juni wird in Berlin der sozialdemokratische Parteitag des Jahres 1924 beginnen. Er hat zuerst Rückschau über die verflossenen Reichstagswahlen zu halten. Der Parteitag ist es sich selbst schuldig völlige Klarheit über die politischen Machtverhältnisse der Sozialdemokratie zu verbreiten, wenn er die Richtlinien seiner Politik fest und bestimmt ziehen will. Nach den neuesten Berichten über die Reichstagswahlergebnisse stehen 21 % der deutschen Wählerschaft hinter den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie, auf sich selbst gestellt, einen irgendwie erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der innern und äußern Politik gewinnen kann. Nur im Bund mit anderen Parteien darf sie hoffen den Kurs der Gesamtpolitik derart beeinflussen zu können, daß die freiheitlichen und sozialen Grundlagen, auf denen die Arbeiterklasse Deutschlands ihre wirtschaftliche Macht aufbauen kann, fortbestehen werden. Es heißt wirklich die Lage der Sozialdemokratischen Partei völlig verkennen, wenn wir uns heute so gehaben würden, als könnten wir das rote Banner einer nurproletarisch-sozialistischen Partei dank eigener Kraft zum Sieg führen. Das Proletariat steht heute nur zum Teil in unserm Lager. Wir müssen heute den Mut zu dem Bekenntnis finden, daß ein sehr großer Teil des Proletariats im kommunistischen Lager steht, ein anderer auch im deutschnationalen und deutschvölkischen. In dem proletarischen Berlin blieb die Stimmzahl der Deutschnationalen wirklich nicht weit hinter der Sozialdemokratie zurück, und die Kommunisten traten in zahlreichen Bezirken Berlins in einen erfolgreichen Wettbewerb mit der Sozialdemokratie. Das Proletariat ist heute sozialdemokratisch, kommunistisch und völkisch-nationalistisch. Der Begriff des Proletariats fällt durchaus nicht politisch mit dem des demokratischen Sozialismus zusammen. Es gab eine Zeit, in der viele unserer Genossen der Meinung zuneigten, aus dem Wesen des Proletariats folge streng notwendig eine ganz bestimmte sozialistisch-demokratische Überzeugung, die sich stets in einem grundsätzlichen Kampf gegen alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Institutionen des Bürgertums auswirke. Die radikalen Anträge, die diesmal dem Parteitag in großer Zahl aus den verschiedensten Teilen des Reichs zugestellt wurden, bewegen sich wohl noch alle in diesem Gedankenkreis. Proletariat und sozialistischer Klassenkampf klingen da vielfach zusammen. Es ist das Be-

zeichnende an diesen Anträgen, daß in ihnen vom Klassenkampf gesprochen wird, als stehe dessen Begriff vollständig fest. Der Kommunist betrachtet nun heute selbst den radikalsten Sozialdemokraten, in dem noch ein starker Rest des unabhängigen Sozialismus lebendig ist, als einen Überläufer in das bürgerliche Lager, nur weil er sich nicht zum revolutionären Putschismus bekennt, den er allein als den unverfälschten Ausdruck des sozialistischen Klassenkampfes gegen den bourgeois Staat und gegen die Bourgeoisie ansieht. Einen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führen, das heißt für einen Kommunisten den tatsächlichen gewaltsamen Sturz des bürgerlichen Staats und die Diktatur des Proletariats aktiv betreiben. Die parlamentarischen gesetzlichen Feldzüge gegen den bürgerlichen Staat erscheinen einem deutschen Kommunisten als bloße, auf Täuschung der proletarischen Masse berechnete Scheinkämpfe. Angesichts dieser Unklarheit der Arbeiterparteien über das Wesen des Klassenkampfes, der ja nicht zuletzt seine schärfste Spitze gegen den "bürgerlichen Staat" selbst kehrt, ist es begreiflich, daß in einigen Anträgen zum Parteitag direkt eine Klärung über die Frage "Proletariat und Staat" gefordert wird.

Der theoretisch noch ungeklärte Begriff des Klassenkampfes gegen den Staat und die Bourgeoisie hat nun da und dort eine unheilvolle Verwirrung in unseren Reihen über die bevorstehenden praktisch politischen Kämpfe erzeugt. Das Interesse der Arbeiterschaft und der gesamten Demokratie erfordert die volle Entfaltung der sozialdemokratischen politischen Machtmittel gegen die monarchistisch-nationalistische Rechte, die, unter dem Vorwand Deutschland vor einem "zweiten Versailles" bewahren zu wollen, uns in einen geradezu verhängnisvollen Konflikt mit Frankreich und den Alliierten hineinarbeiten wird, wenn sie sich den ausschlaggebenden Einfluß auf die Leitung der äußern und innern Politik Deutschlands erobert. Durch ungeschickte, aus einem sogenannten revolutionär-proletarischen Klassenbewußtsein heraus unternommene Angriffe gegen "bürgerliche" Klassenelemente die Front gegen die nationalistische Rechte zu zermürben, so daß deren derb zugreifende Hände das Gros der bürgerlichen Fraktionsmitglieder einfach nach Gutdünken und Laune hin und her schieben können, das heißt nicht eine Politik für sondern gegen die Lebensinteressen der Arbeiter treiben. Eine auf die politische Isolierung der Sozialdemokratie lossteuernde proletarische "Klassenkampf"politik kann zu einer Politik gegen das Proletariat führen. Wenn eine Partei theoretisch die prinzipienfestesten proletarischen Klassenkampfreden hält, praktisch aber das Proletariat durch eine ungeschickte Taktik in eine wesentlich verschlechterte wirtschaftliche, politische und soziale Lage hineinreitet, dann versündigt sie sich auf das schwerste an den Lebensinteressen dieser Klasse. Wer heute den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse in den Sattel hilft, der darf sich nicht wundern, wenn er selbst von diesen erbarmungslos niedergelassen wird.

Ein lebensfremder Zug charakterisiert wirklich zum Teil die Anträge zum Parteitag, die sich mit der Klassenkampf- und Koalitionspolitik der Partei befassen. Nie ist eine Koalition von einer Partei erstrebt worden nur um der Koalition willen. Die Koalition ist nie Selbstzweck sondern nur Mittel zum Zweck gewesen. Sie kann unter Umständen im Ringen der politischen Parteien um die Macht schärfstes Kampfmittel und ein direktes Gebot des Klassenkampfes selbst sein. Damit die Sozialdemokratische Partei wirksamer für ihre Forderungen streiten konnte, unterstützte sie bürgerliche Parteien

oder schloß mit ihnen förmliche Stichwahlabkommen ab. Der Fall des Ausnahmegesetzes war eine Lebensfrage für die deutsche Sozialdemokratie geworden, und allen radikalen Warnungen zum Trotz stimmte sie daher für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, die sich für die Beseitigung des Ausnahmegesetzes erklärten. In dieser Wahl bürgerlicher Kandidaten sahen radikale Genossen einen Verrat proletarischer Klasseninteressen.

Der Berliner Parteitag wird sich nicht dem gutorganisierten Massendruck populärer, aber durchaus nicht geklärter Schlagworte beugen. Der eifrigste und rabiateste Klassenkämpfer wird in seinem Dogmenfanatismus nicht so kurzsichtig sein, daß er die naheliegende Tatsache einfach in den Wind schlägt, daß er seine Klassenkämpfe nicht ohne wirtschaftliche Machtmittel führen kann. Woher soll er aber diese nehmen, wenn es ihm durch eine nationalistische Politik, durch eine ständige Sabotage der europäischen wirtschaftlichen und politischen Kooperation einfach unmöglich gemacht wird aus einer halb bankrotten Wirtschaft die wirtschaftlichen Unterlagen für diese Kämpfe zu zimmern?

Die Redewendung von der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse hat häufig die Köpfe der Genossen zu einseitig beherrscht, so daß sie nicht sahen, in wie tiefem und unlöslichem Zusammenhang diese politische Macht mit der ökonomischen steht. Die wirtschaftliche Macht will von unten auf erobert werden. Die Beherrschung des gesellschaftlichen Konsums und der auf ihm aufgebauten Produktion erschließt sich den denkenden Genossen mehr und mehr als eine Notwendigkeit für die wirtschaftliche Fundamentierung einer sozialistischen Gesellschaft. Von Hamburg, dem Hauptsitz der Konsumvereinsbewegung, ist dem Berliner Parteitag eine Anregung gekommen. Die Hamburger Genossen richteten nämlich folgenden Antrag an den Parteitag: »Der Genossenschaftsbewegung als der neuen Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse ist überall mehr Interesse zuzuwenden, damit auch dieser Zweig der Arbeiterbewegung mehr und mehr seinem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht wird.« Auch den Kölner Genossen ist es klar zum Bewußtsein gekommen, daß die deutsche Arbeiterklasse rüstig an einer Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel arbeiten muß. Sie haben nämlich folgenden Antrag eingereicht: »Der Parteitag wolle beschließen die vorhandenen wirtschaftlichen Parteiunternehmungen intensiv weiter auszubauen und durch neue wirtschaftliche Produktionsunternehmungen möglichst zu ergänzen, damit das Proletariat durch die Partei mehr als bisher in der Lage ist den Verlauf der Wirtschaftskämpfe und damit auch der politischen Kämpfe zu beeinflussen.« Aus diesem Antrag erhebt sich der gerade sehr zeitgemäße Ruf: Mehr Wirtschaftsmacht! Die politischen Kämpfe sind auf das innigste mit den wirtschaftlichen Kämpfen verschlungen. Wer die Wirtschaftskämpfe beherrscht, beherrscht damit die politischen Kämpfe. Diese Einsicht, in die weitesten Schichten des Proletariats verpflanzt, muß schließlich zu einer Vertiefung unserer Auffassung von der Lösung des sozialistischen Problems führen. Wir haben uns vielfach diese Lösung zu leicht gemacht, indem wir alle Schwierigkeiten, die uns das sozialistische Problem auf wissenschaftlich-technischem und auf sozial-organisatorischem Gebiet stellte, mit dem einen Schlagwort "Eroberung der politischen Macht" gleichsam spielend überwand. Es ist erfreulich, daß sich in den Anträgen der Parteigenossen an den Parteitag ein elementarer Drang offenbart zur vollständigen Klarheit

über das politische Problem, über die Stellung des Proletariats zum Staat durchzudringen. Ebenso wichtig ist aber die richtige Erfassung des Problems der wirtschaftlichen Macht durch die Genossen.

Der Parteitag wird uns auch eine neue Agrardebatte bringen. Der alte Streit der neunziger Jahre wird nicht wieder in der früher üblichen persönlichen Weise durchbrechen. Über die Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Produktionsbedingungen, über den Verlauf der landwirtschaftlichen und der industriellen Eigentumsentwicklung sind in der Zwischenzeit tiefgründige Untersuchungen in der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus gepflogen worden. Jetzt müssen die landwirtschaftlichen Praktiker ergiebig zum Wort kommen. Große Massen der ländlichen Bevölkerung erwarten von uns eine Parole. Dessen seien wir bei allen unseren Beratungen und Beschlußfassungen eingedenk.

Der Parteitag wird eine für die Partei fruchtbare Arbeit verrichten, wenn er sich durch sachliche Diskussionen die Einsicht in die wirkliche Bedeutung der Reichstagswahlen, in die soziale Zusammensetzung der Anhänger- und Gegnerschaft der Partei eröffnet. Vor allem aber hat er die taktisch-politische Frage zu lösen, die entscheidend für Deutschlands Zukunft sein wird: die Frage der Brechung aller Widerstände, die sich gegen die Lösung des Reparationsproblems und gegen das wirtschaftliche und politische Zusammenarbeiten Europas aufürmen.

LUDWIG QUESSEL · DIE MEHRHEITSBILDUNG IM NEUEN REICHSTAG



NACH den Fraktionssitzungen der bürgerlichen Parteien des neuen Reichstags, die in der letzten Woche stattgefunden haben, kann man annehmen, daß die Mehrheitsbildung in der Richtung eines Blocks der »staatsbejahenden bürgerlichen Parteien« geht, den die Deutsche Volkspartei am 14. Mai unter Ablehnung der Idee einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte als erstrebenswertes Ziel hingestellt hatte. In der Tat läßt sich nicht verkennen, daß von allen parlamentarischen Kombinationen, die in diesem Reichstag der 9 Fraktionen möglich sind, ein Bürgerblock der bezeichneten Art die meiste Aussicht auf Dauer hat. Nach der Reihenfolge, in der die »staatsbejahenden bürgerlichen Parteien« am 20. Mai ihre Plätze im Plenarsaal zugewiesen erhalten haben, weist der erstrebte Bürgerblock folgende Zusammensetzung auf: Deutschnationale Volkspartei und Landliste 105 Mandate, Zentrumspartei 65, Deutsche Volkspartei 45, Demokratische Partei 28, Bayrische Volkspartei 16, Wirtschaftsbund (3 bayrische Bauernbündler, 5 Welfen und 7 Mittelständler) 15, zusammen 274 Mandate. Dieser Koalition der »staatsbejahenden bürgerlichen Parteien«, zu der noch die 7 bayrischen Bauernbündler, die sich dem Wirtschaftsbund nicht angeschlossen haben, zu zählen sind, stünde eine Opposition gegenüber, die 100 Sozialdemokraten, 62 Kommunisten, 32 Deutschvölkische und 4 Deutschsoziale, also 198 Stimmen, umfaßt. Ein Reichskabinetts dieses Bürgerblocks würde selbst gegenüber einer geeinigten Rechts- und Linksopposition über eine Mehrheit von 80 Stimmen und außerdem im Notfall unter Mitwirkung des Reichspräsidenten auch noch über den Artikel 48 der Weimarer Verfassung verfügen. Die viel geäußerte

Behauptung, der neue Reichstag verfüge über keine arbeitsfähige Mehrheit, ist, solange ein Versuch mit dieser Mehrheit zu regieren noch nicht gemacht worden ist, mit Vorsicht aufzunehmen.

Weit schwieriger als die Bildung dieses Bürgerblocks ist aber die Frage zu entscheiden, wem die Führung in ihm zufallen soll. Die Deutschnationalen bilden zwar die stärkste Fraktion des Bürgerblocks, aber nicht dessen Mehrheit, auch dann nicht, wenn man die 10 Stimmen der Landliste ihnen ohne Abstrich zuzählt. Ihr Anspruch auf das Amt des Reichskanzlers und des Außenministers kann um so mehr bestritten werden, als ihre oppositionelle Stellung gegenüber der Erfüllungspolitik sie in einen scharfen Gegensatz zu allen anderen Gruppen des Bürgerblocks setzt. Nun hat am 7. Mai der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Oskar Hergt, eine Neuorientierung seiner Fraktion in der Erfüllungsfrage angekündigt. Dem Sachverständigen-gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen will Hergt wohl »unverzichtbare Vorbehalte«, nicht aber »ein rundes Unannehmbar« entgegenstellen. Worauf sich diese »unverzichtbaren Vorbehalte«, die in dem Interview Hergts mit dem Chefredakteur des Berliner Lokalanzeigers auch als »Ehrenpunkte« bezeichnet werden, beziehen, ist nicht zu ersehen. Von Bedeutung ist das Betonen der Absicht nur Erfüllbares zu unterschreiben, dann aber auch dafür einzutreten, daß »das Versprochene auch gehalten wird«. Mit dieser Bemerkung will Hergt wohl das Tischtuch zwischen sich und jener Art von Erfüllungspolitik zerschneiden, die Moratoriumgesuch auf Moratoriumgesuch häufte und schließlich mit dem 12 Milliarden Goldmark-Aderlaß des Ruhrkriegs endete, den die deutsche Wirtschaft noch lange nicht überwinden wird. Wenn sich nun auch im Deutschnationalen Lager gegen den Willen Hergts Erfüllungspolitik auf der Basis des Sachverständigenberichts zu treiben zahlreiche Stimmen erhoben haben, so kann man doch annehmen, daß angesichts der Erleichterung, die die neue Zusammensetzung der französischen Kammer für die Durchsetzung der sogenannten Ehrenpunkte (wo- runter in erster Linie wohl die Amnestie für die Ruhrgefangenen und die Aufhebung der Ausweisungen zu verstehen sind) bietet, sich Hergt in seiner Fraktion um so leichter durchsetzen wird, als tatsächlich eine Einheitsfront der Alliierten gegenüber Deutschland im Werden zu sein scheint, so daß damit die bei allen Parteien des Reichstags so beliebte "Zwangsläufigkeit der Ereignisse" wieder einmal zu verzeichnen sein wird.

Sieht man von dem Block der staatserhaltenden bürgerlichen Parteien ab, so ist leicht festzustellen, daß alle anderen parlamentarischen Kombinationen weit schwächere Mehrheiten ergeben. Ein Kabinett der Mittelparteien mit sozialdemokratischer Stützung könnte es nur auf 238 Stimmen bringen. Da bei 472 Mitgliedern die einfache Mehrheit 237 Stimmen beträgt, so würden sich auch bei einem Zustrom aus den Reihen der kleinen Gruppen immer nur Mehrheiten von wenigen Stimmen ergeben, was eine volle Präsenz der an der Regierung beteiligten und der sie stützenden Fraktionen voraussetzte, die praktisch auf die Dauer nicht zu erreichen ist. Jedenfalls würde ein Kabinett der Mitte in ständiger Gefahr schweben durch ein schnell eingebrachtes Mißtrauensvotum gestürzt werden. Ähnlich auch ein Kabinett der Großen Koalition, das an sich, wie in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahren dargelegt wurde, für das Reich genau wie für Preußen die meisten Garantien für die Durchführung einer einmal beschlossenen Politik böte, dem aber augenblicklich die Lage nicht günstig ist, und das auf den Widerstand

einerseits der sozialdemokratischen Linken, andererseits der kleinen Gruppen stieße. Nicht viel anders liegen die Dinge für ein ausgesprochenes Rechtskabinett, das vielleicht unter deutschnationaler Führung auf die Stimmen der Deutschvölkischen, der Deutschsozialen, der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, also auf $105 + 32 + 4 + 16 + 45 = 202$ Stimmen rechnen könnte, während die einfache Mehrheit 237 Stimmen beträgt.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst hat dem neuen Reichstag, weil er eigentlich für die Mehrheitsbildung nur *eine* Kombination von Dauer zuläßt, nämlich eben jenen Block der »staaterhaltenden bürgerlichen Parteien«, ein sehr ungünstiges Horoskop gestellt. Er meint, daß das gegenwärtige Kabinett Marx, das am 13. März den alten Reichstag auflöste, am 27. Mai mit dem neuen ebenso verfahren könnte. Man kann daran zweifeln, ob die alte Methode, von neuem angewendet, ein besseres Resultat ergäbe. Aus diesem Grund ist auch nicht anzunehmen, daß das Kabinett Marx zum zweitenmal zur Reichstagsauflösung schreiten wird. Man muß auch die Frage aufwerfen, ob eine parlamentarische Kombination, die durch die Reichstagsauflösung schon einmahl an das Volk appellierte, ohne von ihm ein sichtbares Vertrauensvotum zu erhalten, berufen ist sich noch einmal eine Auflösungsverordnung vom Reichspräsidenten zu beschaffen. Im allgemeinen wird man gut tun ruhiges Blut zu bewahren und einstweilen abzuwarten, wie sich die Neuorientierung der deutschnationalen Reichstagsfraktion in der Reparationsfrage vollziehen wird. Fällt sie positiv aus, so ist es auch möglich sofort mit einer positiven parlamentarischen Arbeit zu beginnen. Im andern Fall wird man nur einen labilen parlamentarischen Zustand herstellen können, um der ersten sofort an den Reichstag herantretenden außenpolitischen Notwendigkeit: der Annahme der Sachverständigenvorschläge, zu genügen. Die Außenpolitik mit ihren unausweichlichen Forderungen ist es auch, die auf die Dauer die parlamentarische Situation bestimmen wird. Die Parteien des neuen Reichstags täten gut daran von den agitatorischen Bindungen, die der innenpolitische Reichstagswahlkampf ihnen auferlegt hat, sich recht bald zu lösen, um von vornherein ein tragfähiges Fundament für die Außenpolitik herstellen zu können, die das Schicksal des deutschen Volkes bestimmt.

MAX COHEN · DIE AUSSENPOLITISCHE FORDERUNG

HEUTE tritt der am 4. Mai neu gewählte Reichstag zusammen, und damit ist das Regierungsinterimistikum beendet. Nunmehr wird wieder, wenigstens im Prinzip, die legitime Vertretung des deutschen Volkes den Weg der deutschen Politik zu bestimmen haben. Allerdings sind ihre Möglichkeiten dabei sehr beschränkt, denn die Lage ist allzu klar. Wer auch immer die Regierungsgeschäfte verantwortlich führen mag: das Gutachten der internationalen Sachverständigen muß, leider, in toto akzeptiert werden. Eine Möglichkeit es abzulehnen gibt es überhaupt nicht. Und dies, obgleich die Ansprüche, die seine Ausführung an die deutsche Wirtschaftskraft stellt, außerordentlich groß, die uns auferlegten Lasten außerordentlich schwer sind, wenn man auch nicht bestimmt sagen kann, daß sie, um den neuesten, ewig wiederholten Schablonenausdruck anzuwenden, nicht "tragbar" sind.

Schon vor einem Monat ist hier der eigentliche Charakter dieses Sachverständigengutachtens gekennzeichnet worden. Es ist wichtig darauf noch einmal nachdrücklich hinzuweisen, damit das deutsche Volk erkennt, was es sich durch das Verschulden seiner eigenen Politik zugezogen hat. Das in Erfüllung unseres heißen Wunsches angelsächsisch redigierte Gutachten leidet an einem schier unlöslichen Widerspruch in sich selbst. Obwohl die Sachverständigen anerkennen, daß die deutschen Leistungen, im Grunde genommen, nur aus dem Exportüberschuß genommen werden können, sind ihre Vorschläge keineswegs dahin abgestellt, diesen Export zu erleichtern. Im Gegenteil. Das geht besonders aus dem Allgemeinen Bericht über die deutschen Eiserbahnen, der von W. M. Acworth und G. Lèveve erstattet und von den Sachverständigen angenommen worden ist, sowie aus der 4. Anlage, überschrieben Übertragung des Rechts zum Betrieb der Reichsbahn an eine Gesellschaft, mit ungewöhnlicher Deutlichkeit hervor. In diesem Bericht wird gefordert, daß die Eisenbahn lediglich als Einnahmequelle zu gelten habe, nicht aber Ergänzung und Hilfsmittel der deutschen Wirtschaft sein dürfe. Dieses gerade aber ist die Eisenbahn in der Tat bei uns, sie ist es mit vollem Recht stets gewesen und muß es auch, bei den besonderen deutschen Verhältnissen, in Zukunft, und da erst recht, bleiben. In Deutschland, wo 70 bis 80 % sämtlicher Güter durch die Bahn befördert werden, weil die Entfernung des Binnenlands vom Meer und das ungenügende Kanalnetz dazu zwingen, sind abgestufte und ermäßigte Tarife bei weiten Entfernungen eine unerläßliche Notwendigkeit für die industrielle und landwirtschaftliche Produktion. Alle englischen und amerikanischen Beispiele können hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil dort der billige Wassertransport: auf dem Ozean, den Strömen und den Seen, eine der deutschen ähnliche Tarifpolitik überflüssig macht. Wenn trotzdem in dem erwähnten Bericht festgestellt wird, daß die Tarife »jetzt wie vor dem Krieg in erster Linie als eine Waffe in den Händen des deutschen Handels und erst in zweiter Linie als eine Einnahmequelle der Eisenbahn« angesehen werden, und deshalb das Recht der alliierten Nationen konstituiert wird zu verlangen, »daß die Reineinnahmen der Deutschen Reichsbahn nicht gekürzt werden, um der deutschen Industrie einen unangemessenen Vorteil auf überseeischen Märkten zu verschaffen«, so dient diese Forderung ganz unversehrt dem englischen Interesse, nicht aber der Wiederaufrichtung deutscher Wirtschaft. Und es ist absolut konsequent, wenn gefordert wird, daß der Druck einer im Interesse der Alliierten eingesetzten Kontrolle notwendig sei, um die Eisenbahnpolitik zu überwachen. Es sei hier nur nebenbei erwähnt, daß der fremde Eisenbahnkommissar, falls in irgendeinem Jahr die Einnahmen der Eisenbahn nicht ausreichen sollten die vorgesehenen Zahlungen zu leisten, sogar das Recht haben soll »die Eisenbahnen oder das Eigentum, auf denen die Hypothek oder die Belastung zugunsten der Obligationen ruhen, ganz oder teilweise in Betrieb zu nehmen, zu verpachten oder zu verkaufen«. Dieser Fall wird natürlich nicht einzutreten brauchen, da die Eisenbahn die verlangten Zahlungen wird leisten können, sie werden aber auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Produktion gehen. Das ist eben das Ziel. Daß die hier mitgeteilte Gedankenrichtung rein angelsächsischen, in der Hauptsache britischen, Ursprungs ist, wüßte man auch dann ganz genau, wenn nicht feststände, daß die hier systematisch betriebene Erschwerung der deutschen Produktion von Acworth ausgegangen ist.

Es hat wenig Zweck über diese Dinge jetzt zu lamentieren. Am wenigsten aber sollten das diejenigen tun, deren Politik uns unabweisbar bis hierher geführt hat und führen mußte. Etwas anderes konnte bei der angelsächsischen Orientierung, der sämtliche politischen Parteien gehuldigt haben, gar nicht herauskommen. Vielleicht sieht man nun endlich ein, daß an alledem, was uns von gewissen Blättern tagaus tagein über die Absicht Englands uns zu helfen vorgeredet wurde, kein wahres Wort war, daß die in der falsch unterrichteten Öffentlichkeit künstlich genährten Hoffnungen sich in keinem Punkt erfüllt haben, daß überhaupt nichts erreicht worden ist, was wir nicht, wenn wir nur rechtzeitig die Notwendigkeit großer Opfer erkannt hätten, durch direkte Verständigung mit Frankreich leichter und besser hätten erreichen können. Dieses Gutachten, das noch manch andere schwere Bedingung enthält, wäre uns sicher erspart geblieben, wenn wir von uns aus rechtzeitig gut ausgearbeitete ins einzelne gehende Vorschläge gemacht hätten, statt immer wieder mit der abgedroschenen und nirgends mehr ernstgenommenen Versicherung zu kommen, daß wir bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu zahlen bereit seien. Wenn sich so immer deutlicher, durch die Tatsachen selber, die Richtigkeit der hier verlangten und begründeten Politik herausstellt, so läßt sich auch jetzt noch, bei dem Versuch die Bedingungen der Sachverständigen nach besten Kräften zu erfüllen, durch den Geist, mit dem wir unsere zukünftige Politik betreiben, mancherlei korrigieren und schließlich Entscheidendes erreichen. Wir müssen endlich, in Erkenntnis unserer europagebundenen politischen und wirtschaftlichen Existenz, eine Annäherung an Frankreich und, in deren weiterm Verfolg, die politische wie wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem französischen Volk erstreben. Das ist, wenn wir es nur wirklich wollen, durchaus nicht so schwer, und es wird uns dann möglich sein zu verhindern, daß die Kontrolle unserer Wirtschaft ganz einfach zu einer Begrenzung unserer Produktionskraft im englischen Interesse ausgenutzt wird. Wenn wir wirklich große Reparationsleistungen vollbringen sollen (und Frankreich braucht sie und wird alles fördern, was ihnen dient), darf es keine Begrenzung unseres wirtschaftlichen Schaffens geben. Es darf keinen Stand der Wirtschaft geben, den zu überschreiten uns verwehrt sein soll; denn nur durch Schaffen kommen wir wieder in die Höhe, in ihm liegt die vor dem Krieg bewährte deutsche Kraft, mit ihm können wir die Millionen unseres Volkes erhalten, das deutsche Volk wieder zu Wohlstand führen. Die Begrenzung unserer Schaffenskraft aber führt zur Verkümmern unserer wirtschaftlichen, politischen und nationalen Existenz. Sie liegt freilich im Interesse Englands, das letzten Endes gerade darum den Krieg geführt hat, und dem es auch gar nicht so wichtig ist, daß wir große Reparationszahlungen leisten, die nur für Frankreich nötig sind, da es selber sich ja alles schon vorweggenommen hat. Die Situation ist durchaus eindeutig, und es liegt in unserer Macht die Richtung zu bestimmen, in der sich Deutschlands Zukunft entwickeln wird: Kontinentalmacht mit großer wirtschaftlicher Geltung im Verein mit Frankreich oder eine Art angelsächsischer Kolonie mit sehr beschränkter wirtschaftlicher Geltung, in der nationalen Entwicklung für alle Zukunft eingeengt.

Klar und scharf sollte man sich diese Alternative einer zukünftigen Entwicklung Deutschlands vor Augen halten. Beide Richtungen sind innerhalb der Annahme und der Durchführung des Gutachtens möglich. Es ist ganz und gar nutzlos die Ablehnung des Gutachtens überhaupt zu diskutieren. Am

zwecklosesten unter Hinweis auf die französischen Kammerwahlen. Was am 11. Mai in Frankreich zutage trat, ist als zwingende Bekundung der demokratischen Gesinnung des französischen Volkes zu achten und zu begrüßen. (Für uns, die wir, entgegen dem sinnlosen Zeitungsgerede von dem angeblichen französischen "Militarismus", von diesem Geist ohnehin überzeugt waren, ist diese Kundgebung weiter nicht verwunderlich.) Aber es wäre vollkommen verfehlt, wollte man von der neuen französischen Kammer etwa erwarten, daß sie in dem Verlangen nach Reparationen weniger entschieden sein werde als ihre Vorgängerin. In diesem Punkt gibt es in Frankreich keine Meinungsverschiedenheit. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken halten es *alle* dort für eine sittliche Pflicht Deutschlands die Kriegsverwüstung wiedergutzumachen. Und es ist obendrein eine ökonomische Notwendigkeit für Frankreich, daß es diese Wiedergutmachung erhält; es könnte gar nicht darauf verzichten, ohne seine eigene Zukunft aufs Spiel zu setzen. Es bleibt also dabei: Die Reparation *muß* von uns geleistet werden. Und man denke doch nur nicht, daß Frankreich sie nicht erzwingen könnte. Aus dem nichtmilitaristischen Geist der Bevölkerung ist beileibe nicht auf einen Mangel an militärischer Kraft zu schließen. Daß es diese in höchstem Maß besitzt, hat das französische Volk im Krieg selber erwiesen. Es ist nichts als eine sinnlose Selbsttäuschung, wenn manche Zeitungen sich jetzt so anstellen, als glaubten sie, daß das siegreiche Frankreich vor dem Geist zittere, der in den deutschvölkischen Stimmen bei der deutschen Reichstagswahl laut geworden ist. So aufrichtig Frankreich offenbar den Frieden will, so sehr ist es auch bereit seine volle Kraft als stärkste Militärmacht des Kontinents und der Welt überhaupt einzusetzen, wenn ihm das verweigert wird, worauf es den allerstärksten Anspruch hat (einen Anspruch, den ihm ja selbst der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hergt auf dem Parteitag des Jahres 1922 zugestanden hat). Es wäre eine fatale Illusion, die sich bitter rächte, wollte man annehmen, daß Frankreich infolge der Stärkung der deutschen Rechtsparteien zu größerer Nachgiebigkeit Deutschland gegenüber bereit wäre. Also wir müssen uns ein für allemal damit abfinden, daß wir die Reparation zu leisten haben. Und wie die Dinge jetzt liegen, ist diese Leistung fürs erste identisch mit der Annahme und Ausführung des Sachverständigengutachtens. Lehnen wir dies ab, so beginnen die Dinge wieder da, wo sie nach unserer Niederlage im Ruhrkrieg im vorigen Jahr aufgehört hatten. Der Kampf des Jahres 1923 würde dann (aber diesmal gegen alle die Mächte, die hinter dem Gutachten stehen) fortgesetzt werden, und wir hätten nicht erst nach Monaten sondern vermutlich schon nach Tagen einen vollständigen Zusammenbruch unserer Währung und unserer Wirtschaft, der den Zusammenbruch des Jahres 1923 noch bei weitem überträfe.

Es bleibt dabei: Der neue deutsche Reichstag hat zunächst dafür zu sorgen, daß die Regierung seines Vertrauens das Gutachten der internationalen Sachverständigen bestätigt und rasche Schritte zu seiner Durchführung tut. Darüber hinaus aber hat diese Regierung eine Zusammenarbeit mit Frankreich in die Wege zu leiten, die dann später zu einer Erleichterung unserer Last führt. Geschieht das nicht, dann ist an eine Wiederaufrichtung Deutschlands nicht zu denken. Die Entscheidung ist nicht schwer. Man muß sich aber dessen bewußt sein, daß mit ihr die Notwendigkeit einer Mehrleistung der deutschen Arbeitskraft verbunden ist. Diese Mehrleistung kann nur

durch eine Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer und der Arbeiter erzielt werden. Die Arbeiter, die auf Grund eines für unsere Tage nicht passenden Schemas die Mehrarbeit verweigern wollten, und ebenso und noch mehr die Unternehmer, die die Zeit für gekommen erachteten wieder den "Herrn im Hause"-Standpunkt hervorzukehren und den Arbeiter herabzudrücken, schädigen aufs schwerste das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, handeln aber auch gegen ihr eigenes wohlverstandenes Klasseninteresse. Der wirtschaftlichen Konzentration muß die politisch-parlamentarische entsprechen. Auf die Dauer werden sich auch die Deutschnationalen von der positiven Mitarbeit nicht fernhalten können. Sie als die Vertreter der Urproduktion, der Landwirtschaft, haben zu allererst das Interesse und die Pflicht die deutsche Wirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen. Es wird sich zeigen, ob und in wie kurzer Zeit sie sich von der Tyrannei der demagogischen Phrase befreien werden, unter der sie im Wahlkampf standen, und die auch jetzt noch nachwirkt. Der Entschluß zur Mitarbeit wird ihnen erleichtert werden, wenn die Parteien der Linken den bereits schüchtern unternommenen Versuch einer antiagrarischen Agitation aufgeben und das Interesse der deutschen Landwirtschaft als ein deutsches Gemeinschaftsinteresse erkennen wollten.

Das deutsche Volk und seine parlamentarische Vertretung haben, vielleicht zum letztenmal, aber in einer ungewöhnlich günstigen außenpolitischen Situation, die Möglichkeit Deutschlands Schicksal endgültig zum Bessern zu wenden. Von den Mitgliedern des neuen Reichstags ist zu verlangen, daß sie sich durch keinerlei Nachklang der Wahlagitation von dem Weg abbringen lassen, den Vernunft und Rechtsgefühl zu beschreiten verpflichten.

PAUL HUG · EIN BEISPIEL FÜR DIE VORBEREITUNGEN PRODUKTIVER POLITIK IM PARLAMENTARISCHEN REGIME

FS hat im Reich Aufsehen, bei manchen Politikern auch Kopfschütteln erregt, daß in dem kleinen Freistaat Oldenburg nach den Landtagswahlen im vorigen Sommer keine parlamentarische Regierung gebildet worden, ja daß eine solche bis heute noch nicht zustande gekommen ist. Der Freistaat Oldenburg wird seit Mai 1923 von einem Beamtenministerium regiert oder richtiger verwaltet. Meines Wissens ist Oldenburg zurzeit das einzige deutsche Land, das eine Beamtenregierung hat. Man kann nicht sagen, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darunter offensichtlichen Schaden gelitten hätten. Die 3 Männer, die der Landesverwaltung vorstehen, sind gewissenhafte, fleißige, erprobte Beamte, ohne politischen Ehrgeiz, ohne politische Tendenz, aber mit dem ehrlichen Willen streng verfassungsmäßig zu regieren. Schaden gelitten hat aber die Idee des parlamentarischen Systems, Schaden gelitten hat der demokratisch-republikanische Tätigkeitstrieb. Das fühlen die Parteien des Landes und die Fraktionen des Landtags, die treu und fest auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung stehen, sehr schmerzlich. Doch ist keine dieser Parteien ganz unschuldig an dem unbefriedigenden Zustand, der dem Geist der Verfassung nicht entspricht. Zufrieden mit der Beamtenregierung sind nur die rechtsstehenden Parteien, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Die vorsichtige Zurück-

haltung des Ministeriums legen sie als Hinneigung zu ihrer konservativ oder rückläufig gerichteten Politik aus. Sie ist aber aus der Zusammensetzung des Landtags gegeben. Das Beamtenministerium kann sich auf keine sichere Mehrheit stützen. Bestrebungen, die, an der Verfassung gemessen, als politisch rückläufig bezeichnet werden müßten, stoßen auf den Widerstand der Demokraten, der Sozialdemokraten, eines Teils des Zentrums, auch wohl des ganzen Zentrums und der beiden Kommunisten. In wirtschaftlichen Fragen, besonders Steuerfragen, bei denen Opfer von den Besitzenden verlangt werden, hat die Regierung zumeist eine, wenn auch knappe, so doch geschlossene Mehrheit gegen sich. Manchmal gesellen sich die Demokraten, sei es ein Teil der Fraktion sei es die ganze Fraktion, zu dieser Mehrheit. Da kommt es wohl vor, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten Regierungspartei sind, wenn die letztgenannten es nicht vorziehen sich der Stimme zu enthalten oder zu fehlen.

Um ein Bild von dem Kräfteverhältnis der Parteien im Landtag zu geben, mögen diese zahlenmäßig aufmarschieren. Die Fraktion der Deutschnationalen zählt zurzeit 2 Mitglieder, die Fraktion der Deutschen Volkspartei 12, die des Zentrums 10, die der Demokraten 9, die der Sozialdemokraten 12, dazu kommen, wie schon erwähnt, 2 Kommunisten.

Für das Zustandekommen einer parlamentarischen Regierung ist heute nicht mehr die Frage entscheidend, ob Große oder Kleine Koalition, oder ob die sozialdemokratische Partei sich an der Regierung beteiligen will. Zum Teil haben taktische Fehlgriffe dieses Zustandekommen gehindert, zum Teil auch die rückläufige Welle, die über die deutschen Lande geht. Die Deutsche Volkspartei erklärte es für bedenklich zusammen mit der Sozialdemokratie, die entweder einem Verfall oder einer Radikalisierung entgegensehe, in Oldenburg eine Regierung zu bilden. Jetzt, da der Spaltpilz in den eigenen Reihen der Deutschen Volkspartei Verheerungen angerichtet hat, dürfte ihre Überhebung geringer geworden sein. Die Frage, ob Große oder Kleine Koalition, hat allerdings zu der Zeit eine Rolle gespielt, als der erste Landtag nach der neuen Verfassung gewählt wurde. Obgleich die Deutsche Volkspartei die demokratisch-republikanische Verfassung mit beschlossen hatte, lehnte es die Sozialdemokratie ab mit jener Partei eine Koalition zu bilden. Sie wollte die Kleine Koalition, bestehend aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Unsere Partei kam den beiden anderen Parteien, die die Große Koalition wollten, darin insoweit entgegen als sie sich bereit erklärte in die Regierung einen der Fachminister aus der in der Revolution geschaffenen provisorischen Regierung (Direktorium genannt) in das verfassungsmäßige Ministerium herüberzunehmen, das aus 4 Köpfen bestehen sollte. Sie glaubte, die Deutsche Volkspartei könne sich damit zufrieden geben, weil dieser ehemalige Minister vor dem Zusammenbruch der nationalliberalen Partei angehört hatte und mit beiden Beinen im bürgerlichen Lager stand. Er hatte sich aber mit der gegebenen Tatsache der Republik ehrlich abgefunden. Eben darum jedoch schien die Deutsche Volkspartei ihn nicht akzeptieren zu wollen. Formal war die Volkspartei im Recht, wenn sie nach eigener Wahl ihren Vertrauensmann in die Regierung schicken wollte. Die Zentrumspartei und die Demokraten näherten sich nach unfruchtbaren Verhandlungen dem Standpunkt unserer Partei. So kam 1921 eine Regierung zustande, die aus 1 Zentrumsmann, 1 Demokraten, 1 Sozialdemokraten und dem Fachminister bestand. Dieser schied im Jahr 1922 aus der Regie-

rung aus unpolitischen Gründen aus. Es fanden wieder Verhandlungen mit der Volkspartei statt, da die Zentrumsparlei und die Demokraten die Große Koalition, das heißt die Einbeziehung der Volkspartei wünschten. Die Sozialdemokraten lehnten in ihrer Mehrheit diese Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition nicht mehr schroff ab, sie waren bereit unter gewissen Bedingungen in eine solche Regierung einen Vertreter zu entsenden. Die Hauptbedingung war, daß das Präsidium und das Portefeuille des Innern in den Händen des bisherigen Inhabers, des Demokraten Tantzen, blieben. Die Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Volkspartei gerade das nicht wollte und sich mit den ihr von den anderen Parteien zugewiesenen Ressorts der Justiz und des Kultus nicht zufrieden gab. Betrachtet man die parlamentarischen und parteipolitischen Machtverhältnisse formal, so hat dies Widerstreben der Deutschen Volkspartei den Schein des Rechts. Denn die Fraktion der Demokraten war unter den Fraktionen, die für die Regierungsbildung in Frage kamen, die numerisch schwächste. Diese Tatsache schien dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten von untergeordneter Bedeutung. Diese Parteien wollten sich als eine Arbeitsgemeinschaft betrachtet sehen, in die die Deutsche Volkspartei zwar eingeschlossen werden sollte, die aber ohne Rücksicht auf die Stärke der Fraktion die Regierung nach dem gemeinsamen Interesse der Arbeitsgemeinschaft besetzen wollte. Das war die Festigung der demokratischen Republik. Dieses Interesse verlangte, daß die Leitung der Regierung in die Hände eines zuverlässigen, energischen Republikaners gelegt werde. Als solcher mußte der bisherige Ministerpräsident Tantzen angesprochen werden. Teiltte auch der mehr konservative Teil des Zentrums diese Auffassung nicht mit dem Herzen, so gab doch für ihn der Wunsch den Ausschlag das Zentrum unter allen Umständen in der Regierung zu wissen. Die Kleine Koalition wurde geschaffen, die Regierung von je 1 Vertrauensmann des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten gebildet. Ministerpräsident blieb der Demokrat Tantzen. Im Juni 1923 mußte der Landtag neu gewählt werden. Wegen des Ruhrkriegs wollten die Parteien Kämpfe im Innern des Reichs möglichst vermeiden. Die Reichsregierung unter Cuno richtete in diesem Sinn an die oldenburgische Regierung das Ersuchen die Neuwahl hinauszuschieben. Diese unterbreitete dem Landtag den Antrag die Wahlen bis zum Herbst zu vertagen. Die Parteien der Linken waren bereit dem Antrag zuzustimmen, ebenso die Mehrheit des Zentrums. Die Deutsche Volkspartei mit Einschluß der Deutschnationalen waren dagegen und gebärdeten sich als die Hüter der Verfassung. Sollte die Verschiebung Gesetzeskraft erlangen, so mußten aber, da dazu eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, die Zentrumsparlei und die Parteien der Linken einschließlich der 3 Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geschlossen für den Antrag stimmen. Die Regierung erklärte, sie werde zurücktreten, wenn der Antrag abgelehnt werde. Trotzdem stimmten einige Zentrumsabgeordnete gegen den Antrag, der dadurch keine Zweidrittelmehrheit erhielt und somit gefallen war. Die Regierung trat zurück, obgleich ihr von sozialdemokratischer Seite noch in letzter Stunde von diesem Schritt abgeraten wurde, da, wenn man nach der Wahl eine Regierung im demokratisch-republikanischen Sinn bilden wolle, es zweckmäßig sei, daß das alte Ministerium vor den neuen Landtag trete. Der Appell war vergeblich. Danach blieb nichts anderes übrig als ein Beamtenministerium zu bilden, das auf Grund einer Vereinbarung der Parteien zustande kam und nur bis nach den Wahlen amtieren sollte.

Der neugewählte Landtag bot indessen fast das gleiche Bild wie der vorige. Die Sozialdemokratie hatte 2 Sitze an die Kommunisten abgeben müssen, zählte aber 12 Abgeordnete. Das Zentrum kam in seiner alten Stärke mit 10 Abgeordneten, die Demokraten hatten 1 Sitz gewonnen und traten mit 9 Abgeordneten an, die Deutsche Volkspartei blieb auf 12 Abgeordnete beschränkt. Auf Kosten der Volkspartei traten 2 Vertreter der Deutsch-nationalen Volkspartei neu ein.

Für die Regierungsbildung kamen wieder Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten in Frage. Man trat alsbald wieder an sie heran. Nach einigem Hin und Her beschloß die Mehrheit unserer Partei sich an der Großen Koalition zu beteiligen und die Konsequenzen auf sich zu nehmen. Es waren aber andere Hindernisse eingetreten, die eine rasche Regierungsbildung unmöglich machten. Gleich nach der Wahl kam das Zentrum mit einem Pronunziamento heraus, in dem die Partei erklärte, die Bildung der Großen Koalition sei eine gegebene Tatsache. In der Regierung dieser Koalition verlangte sie das Präsidium und das Äußere neben einem andern Ressort. Sie begründete ihr Verlangen damit, daß sich die Regierungsmaximen auf einer mittlern Linie bewegen müßten, und die Zentrums- partei als Mittelpartei zur Innehaltung einer solchen Politik berufen sei. Die parlamentarische Gepflogenheit, daß man den Ministerpräsidenten aus einer der numerisch stärksten Parteien; also der Sozialdemokratie oder der Deutschen Volkspartei, wählen müsse, auch die Gründe, die zur Wahl des Demokraten Tantzen als Ministerpräsidenten geführt hatten, wollte es nicht mehr anerkennen. Damit verließ das Zentrum auch den Standpunkt, daß neben der Eignung auch die demokratisch-republikanische Gesinnung in der Regierungsspitze zum Ausdruck kommen müsse. Der Frontwechsel, der mit dieser Erklärung vorgenommen wurde, dürfte seinen Grund einmal in der allgemein rückläufigen Bewegung und dann in dem Einbruch der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wie Sozialdemokraten in die Wahlkreise des Zentrums, das ist des oldenburgischen Münsterlandes, gehabt haben. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden dadurch sehr erschwert. Gewiß war das Zentrum mit dem Rücktritt der Regierung der Kleinen Koalition und der Ausschreibung der Landtagswahl in seinen Entschlüssen völlig frei geworden; aber es mußte die bisherigen Kameraden in der Koalitionspolitik verstimmen, daß das Zentrum, ohne sich vorher über die Gründe der Abkehr von der bisher befolgten Politik auszusprechen, jene Kundgebung erließ, mochte diese Politik nun richtig oder falsch sein. In den Verhandlungen stellte sich die Deutsche Volkspartei auf den Boden der Kundgebung. Die Demokraten sahen in deren Forderungen, da nun doch die parlamentarische Gepflogenheit: das Mehrheitsprinzip bei der Regierungsbildung, außer acht bleiben sollte, eine Schädigung ihres Prestiges und eine Kampfansage gegen ihren Regierungskandidaten Tantzen. Die Vertreter unserer Partei sekundierten den Demokraten mit der Begründung, daß die Ministerpräsidentenschaft Tantzens dem Land ein größeres Ansehen gegeben hätte als es je zuvor besessen hatte. Sie erklärten ferner, die Führung der Regierung durch den Vertrauensmann der Demokratie sei eine Gewähr für sie, daß der demokratisch-republikanische Geist der Verfassung auch nach innen wie bisher zur Geltung komme. Die beiden Linksparteien drangen bei dem ungleichen Kräfteverhältnis mit ihrer Ansicht nicht durch. Das Zentrum konnte zwar mit der Rechten keine Regierung bilden, ebenso-

wenig konnten dies aber die beiden Linksparteien ohne das Zentrum. Ein Druck der Linken auf das Zentrum und die Rechte durch Obstruktion der Linken führte auch nicht zum Ziel. Die weiteren Verhandlungen waren nur ein Feilschen um die Verteilung der Ressorts unter den bürgerlichen Parteien, wobei die Demokraten ihre erst zu weit gesteckten Forderungen einschränken mußten. Keine Partei bestritt, daß die Sozialdemokraten Anspruch darauf hatten das Ministerium der Sozialen Fürsorge zu besetzen. Vor 2 Monaten war endlich eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der die Regierung aus den Parteien der Großen Koalition gebildet werden konnte. Da trat der Ministerkandidat der Deutschen Volkspartei krankheitshalber von der Kandidatur zurück und legte sein Landtagsmandat nieder. Ein Ersatzmann ist noch nicht gefunden. Die Deutsche Volkspartei, der, wie eingangs gesagt worden ist, die Beamtenregierung sehr gut gefällt, hatte sich nur widerwillig vor den Reichstagswahlen auf Verhandlungen über die Regierungsbildung eingelassen. Der Zufall kam ihr jetzt zu Hilfe, so daß sie ihren Willen doch bekam. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden nun bis zum Abschluß der Reichstagswahlen vertagt.

Die Reichstagswahl am 4. Mai schuf eine neue Lage. Nach den am 4. Mai abgegebenen Wahlstimmen ist, unter Ausschluß der Stimmen im besetzten Landesteil Birkenfeld und im Landesteil Lübeck, im Freistaat Oldenburg die Zentrumspartei mit 40 000 Stimmen die stärkste Partei. Ihr folgt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei mit 35 800, dann die Deutschnationale Volkspartei mit 31 000, die Deutsche Volkspartei mit 22 800 und die Deutsche Demokratische Partei mit 22 000 Stimmen. Alle anderen Parteigruppen haben weniger als 20 000 Stimmen erhalten: die Kommunisten 12 000, die Deutschvölkischen 13 500. Im Landesteil Birkenfeld fand am 4. Mai auch die Landtagswahl statt, die im vorigen Jahr dort wegen des Ruhrkriegs nicht stattfinden konnte. Bei dieser Wahl hat nun die Deutsche Volkspartei 1 Mandat verloren, die Kommunisten haben dank den 3000 Reststimmen, die ihnen von der Landtagswahl im vorigen Sommer aus den Landesteilen Oldenburg und Lübeck zur Verfügung standen, 1 Mandat gewonnen.

Zum bessern Verständnis der Sachlage im oldenburgischen Landtag gegenüber der Reichstagswahl sei die Stärke der Fraktionen nach der Veränderung durch den Wahlausfall in Birkenfeld aufgeführt. Danach hat die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 12 Mitglieder, die Deutsche Volkspartei 11, das Zentrum 10, die Deutsche Demokratische Partei 9, die Deutschnationale Volkspartei 3, die Kommunistische Partei 3 Abgeordnete. Das Wahlergebnis vom 4. Mai 1924 stärkt die Stellung des Zentrums, schwächt die der Deutschen Volkspartei, drängt sie durch den Verlust eines Landtagsmandats in Birkenfeld unter allen Umständen hinter die Sozialdemokratische Partei, die im Landtag die stärkste Fraktion hat. Die Deutschnationalen bilden nach der Reichstagswahl am 4. Mai die drittstärkste Partei im Freistaat Oldenburg, ihre Landtagsfraktion steht aber nach der Landtagswahl von 1923 an 5. Stelle. Die Unstimmigkeiten, die sich aus dem Vergleich des Landtagsergebnisses vom Juni 1923 und dem Reichstagswahlergebnis vom 4. Mai 1924 ergeben, wären nur durch eine Auflösung des Landtags und dessen Neuwahl zu beseitigen. Will die Deutschnationale Volkspartei den Versuch machen im oldenburgischen Landtag die Stelle einzunehmen, die sie nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai einnehmen würde, so muß sie den Antrag auf Auflösung stellen. Stimmten die anderen Par-

teien einem solchen Antrag zu, so würde die darauf folgende Wahl nicht viel anderes als ein Zweikampf zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei werden. Es ist kaum anzunehmen, daß ein solcher Antrag gestellt wird. Bei den geringen Unterschieden in der politischen Auffassung zwischen den beiden Parteien in Oldenburg dürfte die Deutschnationale der Deutschen Volkspartei den Vortritt lassen. Ein Ministerium aus 5 Parteien zusammensetzen ist in dem kleinen Land unmöglich. 4 Minister sind schon viel, und diese Zahl ist gegeben, weil eben 4 Parteien vorhanden sind, die für die Regierungsbildung in Frage kommen. Schöben sich bei einer Neuwahl des Landtags die Deutschnationalen zwischen die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei oder zwischen das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, so träten für die Regierungsbildung neue Schwierigkeiten auf. Eine bürgerliche Partei müßte von der Beteiligung ausgenommen werden, wenn sich die Sozialdemokratie nicht freiwillig von der Beteiligung ausschließen wollte. Nun hat in der letzten Woche noch obendrein die Deutsche Volkspartei erklärt keine Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie bilden zu wollen. Die Gründe, aus denen heraus sie diese Augenblickspolitik treibt, sind aus den allgemeinen Stimmungen, die zurzeit im Reich herrschen, unschwer zu erklären. Wie kurzsichtig diese Haltung ist, braucht nicht noch gesagt zu werden. Sie dürfte daher hier, wie im Reich überhaupt, auch nur kurzlebig sein.

Man sieht, daß es bei Parteikonstellationen, wie sie in dem kleinen Land Oldenburg zurzeit bestehen, sehr schwierig ist mit dem parlamentarischen System produktive Politik zu machen. Es müssen von allen Seiten an den Gedanken der Koalition offen und ehrlich Konzessionen gemacht werden. Das ist aber nur möglich, wenn von den Parteien, die rechts von der Demokratischen Partei stehen, rückhaltlos die demokratische Republik als bestehende Tatsache anerkannt und die Verfassung geachtet wird.

MAX SCHIPPEL · ÜBERSEEISCHE AGRARKRISIS UND AMERIKANISCHE ARBEITER



IN früheren Aufsätzen wurden hier die Entwicklung und die wirtschafts- und handelspolitische Bedeutung der jüngsten Agrarkrisis in den *Vereinigten Staaten* mehrfach behandelt.¹ Heute seien zunächst ein paar Ergänzungen hinzugefügt, die sich vor allem auf die großen nord- und südamerikanischen Ausfuhrnebenbuhler der Vereinigten Staaten, auf *Canada* und *Argentinien*, dann mehr nebenher noch auf *Australien* beziehen. Die abnorme Lage der überseeischen Agrarproduktion nach dem Weltkrieg (von Deutschland wurde hier in anderm Zusammenhang gesprochen²) mag so noch eindringlicher zum Bewußtsein kommen.

Anschließend sei jedoch das Verhalten der amerikanischen Arbeiter kurz gestreift, das für unsere deutschen Antiagrarien ebenso überraschend sein muß wie seinerzeit etwa die Stellungnahme der französischen Arbeiter und der dem Antrag Kanitz so verzweifelt ähnliche parlamentarische Antrag Jaurès zur Zeit des Höhepunkts der frühern internationalen Agrarkrisis.

1) Siehe Schippel Die Agrarbewegung in Amerika und vorher Die Gärung unter den amerikanischen Farmern, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 666 ff. und 1921 I Seite 475 ff.

2) Siehe Schippel Internationale und deutsche Agrarkrisis, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 155 ff.



ARGENTINIENS Fleischgewinnung, bis zu einem gewissen Grad der Grundstock seiner ganzen wirtschaftlichen Weltstellung, hat den Rückfall nach dem künstlichen Anreiz der Kriegszeit ähnlich schwer empfinden müssen wie die vereinsstaatliche Landwirtschaft. Die so oft beobachtete eigenartig verhängnisvolle Rolle des Agrarkredits hat, wie im Norden der westlichen Erdhälfte, die Not verschlimmert. Die Rindermäster hatten in der Aufschwungsperiode in blindem Wetteifer Jungvieh aufgekauft; sie hatten nicht nur dessen Preise durch die Sucht die eigenen Herden zu vermehren maßlos emporgetrieben, sondern sie waren weiter vor einer entsprechenden Belastung mit Schulden nicht zurückgeschreckt. Zinsen- und Rückzahlungsverpflichtungen blieben gleich hoch, mochten die Preise und damit die agrarischen Einnahmen noch so tief zusammenbrechen. Wie die aus ihrer selbstzufriedenen Ruhe plötzlich aufgerüttelten amerikanischen Farmer, so sah man in Argentinien den Hauptgegner weniger in dem allgemeinen Weltmarktumschwung und um so mehr in den Machenschaften der Packer (frigorificos). Daß diese großen Schlachthaus- und Ausfuhrfirmen nordamerikanisches und britisches Großkapital verkörperten, erhitzte die Erregung nur, und die den packerfeindlichen Farmern entgegenkommenden Enqueteberichte aus den Vereinigten Staaten dienten vollends als willkommene Angriffswaffe bei den sich entspannenden heftigen Auseinandersetzungen.

Im Handumdrehen erzwang dieser agrarische Massendruck, der in Argentinien kaum durch eine gegensätzliche Klassenbewegung abgeschwächt wird, einige Gesetze zum Teil waghalsigster Art. Man schrieb den Viehhandel nach Lebendgewicht vor; an diesem Punkt scheiden sich fast überall die Interessen von Viehproduktion und Schlachtindustrie. Schlachthofgesellschaften sollten künftig einer besondern Konzession und Aufsicht unterworfen sein. Um die vermeintliche oder wirkliche Monopolwirtschaft besser abzuwehren, bewilligte man 10 Millionen argentinische Papierdollars zur Errichtung eines großen Regierungsbetriebs für Schlachtung und Kühlraumlagerung. In besonderer neuweltlicher Ungeniertheit halste man dabei auch noch einen Teil der Kosten den bisher bestehenden Privatschlachthausgesellschaften durch Sondersteuern auf.

Zum schroffsten Konflikt trieb man es endlich durch das Gesetz vom 3. Oktober 1923, bei dem, wie bei allen schwereren Agrarvorstößen seit den Anträgen Kanitz und Jaurès, die Preisregelung beherrschend in den Vordergrund rückte. Das argentinische Gesetz schuf einen Mindestpreis für das unmittelbar oder mittelbar zu Ausfuhrzwecken aufgekaufte Vieh und zugleich einen Höchstpreis für das im Inland abgesetzte Fleisch. Die wechselnde Festsetzung der grundlegenden Mindestpreise war einem 6köpfigen Ausschuß übertragen, zu dem bezeichnenderweise der Bund der Landwirtschaftsvereine, die Argentinische Landwirtschaftsgesellschaft, die Agrarische Liga, die Stadt Buenos Aires, die Gesamtregierung und endlich die Schlachthofgesellschaften selber je 1 Vertreter zu entsenden hatten; der Landwirtschaftsminister sollte zudem den Vorsitz führen. Die Packer verweigerten schon hierbei sofort ihre Mitarbeit. Der Rumpfausschuß ließ sich jedoch dadurch von seiner Aufgabenerfüllung nicht abhalten. Er machte den Stachel der Mindestpreisanordnung nach Lebendgewicht sogar noch dadurch besonders schmerzhaft, daß er die Gewichtsfeststellung im innern Produktionsgebiet, und zwar ohne Berücksichtigung der Entfernung vom jeweiligen Schlachthof,

maßgebend sein ließ. Das tödlich beleidigte britische und amerikanische Kapital ging nunmehr zur Sabotage und Geschäftsstilllegung über und erzeugte dadurch einen derart chaotischen, unleidlichen Zustand, daß die großen Viehzüchter selber die Regierung um Widerruf des ganzen Gesetzes anflehten. Dem Landwirtschaftsminister, der schon in der peinlichen Werdzeit des Gesetzes zeitweilig zurückgetreten war und nur auf dringendes Ersuchen des Präsidenten seine Amtsniederlegung rückgängig gemacht hatte, gelang es alsdann das Gesetz am 7. November auf 6 Monate suspendieren zu lassen. Über den Fortgang der Angelegenheit liegen augenblicklich keine genaueren Angaben vor. Wahrscheinlich ist dieser erste und vorläufige Abschluß der argentinischen Gesetzgebungskampagne zugleich der endgültige, aber die Gärung der agrarischen Massen ist damit natürlich keineswegs erloschen oder auch nur wesentlich abgeflaut.

Aus *Australien* mit seiner zunehmend wichtigen Schlachtindustrie und Gefrierfleischausfuhr liegen ähnliche Stimmungsschilderungen vor. Die Angriffe der Washingtoner Federal Trade Commission gegen die Packer blieben hier gleichfalls nicht unbeachtet; sie machten die Runde durch Presse und Versammlungen und halfen immer wieder die farmerpolitische Agitation beleben. Auf der britischen Reichskonferenz, im Oktober, benutzte der australische Premierminister den gefürchteten und verhaßten amerikanischen Rindfleischtrust nicht zum wenigsten dazu der mutterländischen Handelspolitik Vorzugszölle auf britischkoloniales Fleisch annehmbar erscheinen zu lassen.

Canada, in vielen Beziehungen eine Neuauflage der Vereinigten Staaten, wie sie sich seit den sechziger Jahren siedelungskolonial entfaltet, ist insofern eine Welt für sich, als es, von reichem Siedelungslandvorrat und niedrigem Bodenwert unterstützt, in erster Linie die Weltmarktpreise zum Weichen brachte. Die Weizenpreise von Winnipeg, dem jüngern nördlichen Mühlenzentrum, stehen seit langem tief unter den Preisen von Minneapolis, um das sich seit der Überwindung der Chicagoer Ausnahmestellung die Getreideinteressen des vereinsstaatlichen Innern vorwiegend gruppieren. Canada allein hat seit dem Krieg seine jährliche Weizenproduktion um eine größere Menge vermehrt als alle Jahresausfuhren Rußlands in der Vorkriegszeit betragen, und auch Rußland hat nunmehr seine Getreideexporte von neuem aufgenommen, obwohl zunächst in bescheidenem Umfang.

Trotz den erwähnten Sondervorzügen stöhnen die canadischen Farmer gleichfalls über unlohnende Preise: die Weltmarktüberproduktion habe selbst die am billigsten wirtschaftende Erzeugung in der Preisbestimmung überholt. Canada aber mit seinem im Verhältnis zum Innenverbrauch überwältigenden Export vermag die gewöhnlichen Mittel des Protektionismus, vor allem den Agrarzoll zum Zweck der Preisaufbesserung, nicht mit tieferer und nachhaltigerer Wirkung anzuwenden (ohne Agrarzölle ist freilich selbst Canada nicht). Daher das um so stärkere Drängen nach anderen staatlichen oder mehr freiwillig planwirtschaftlichen Eingriffen, beispielsweise nach einheitlicher Aufkaufs- und Absatzorganisation für Weizen, sei es von Staats wegen wie 1919-1920 unter dem canadischen (also nicht nur provinziellen) Wheat Board, sei es durch vereinte Selbsthilfe wie die Weizenpools, die immer wieder mit mehr oder weniger Gelingen provinzwise in Angriff genommen werden. Mangels "großer Mittel" forderte man schließlich eine gewisse Staatshilfe durch Herabsetzung der wesentlichsten die Landwirtschaft be-

lastenden Industrieschutzzölle. Im neuesten Bundesbudgetentwurf für 1924-1925 findet dieses Begehren in der Tat einen ziemlich kräftigen Niederschlag. Neben einer Ermäßigung der Umsatzsteuer, im großen und ganzen von 6 auf 5 %, aber mit viel stärkeren Herabsetzungen gerade für viele landwirtschaftliche Verbrauchsartikel, erscheint hier eine breite Liste von Zollermäßigungen, fast immer zugunsten der Landwirte, wie bei den Düngemitteln, den Maschinen und Arbeitsgeräten für den Landbau.



AS die Vereinigten Staaten anlangt, so bestanden nach den früher mitgeteilten Zollsteigerungen und Kreditreformen die jüngsten Erfolge der Farmer hauptsächlich darin, daß der Präsident, auf dem Gutachten der Tarifkommission fußend, von seiner ungewöhnlichen Befugnis die Weizenzölle auf Grund des Fordneygesetzes bei weiteren Preissenkungen zu erhöhen Gebrauch machte (ab 7. April statt 30 Cents pro Bushel 42 Cents Zoll). Im Mittelpunkt der Kämpfe stand zuletzt jedoch die McNary-Haughan-Bill, ein verbesserter oder doch erweiterter Antrag Kanitz-Jaurès oder auch, wenn man will, eine Übertragung des Indexgleitlohnprinzips auf den Erlös des Farmers. Der Antrag bezweckt die Agrarpreise, die dem Farmer zufallen, in feste Beziehung zu dem allgemeinen Preisniveau zu bringen. Der auf diese Weise nicht im Inland lohnend unterzubringende Produktionsbruchteil soll alsdann mit Hilfe eines für jedes Erzeugnis abzusondernden Ausgleichsfonds (equalization fund) zu Weltmarktpreisen nach dem Ausland abgestoßen werden.

Die Schwächen und Widersprüche dieses Plans ergeben sich aus dem für die Vereinigten Staaten in hohem Maß fortbestehenden Ausfuhrbedürfnis. Und für ein Land, das in seinen Dumpingzollbestimmungen jede Differenzierung zwischen Inland- und Auslandpreis seit langem systematisch zu verhindern und zu bestrafen sucht, hätte die Regelung offenbar doppelt viel Bedenkliches. So ist es kein Wunder, daß der McNaryantrag seit Monaten ruhe- und ergebnislos zwischen den beteiligten parlamentarischen Instanzen hin und her irrt.

Welch eine glänzende Gelegenheit für eine Arbeiterbewegung das Recht des billigsten Einkaufes (noch unter den canadischen Produktionskosten!) zu verfechten, über das gierige Agrariertum beim ersten provisorischen Nottarif und dann beim Fordneygesetz und schließlich über die unerhörte volksfeindliche Diktatur des Präsidenten bei den weiteren rein verwaltungsmäßigen Zollsteigerungen sich und andere zu entrüsten! Aber die amerikanischen Arbeiter in ihrer hervorragendsten Organisation, der American Federation of Labor, fühlen sich nun einmal nicht nach manchesterliberaler Vorschrift, wie sie für unsere deutschen sonderbaren Klassenkampfkäuze als Programmpunkt gilt, als reine Konsumenten sondern als Teilnehmer eines großen Produktionsorganismus, von dessen Aufschwung oder Verfall zugleich Gedeih und Verderb der auf den Arbeitsmarkt als Verkäufer angewiesenen lohnarbeitenden Gesellschaftsklasse abhängt.

So kam man denn schon im entscheidenden Jahr 1922 zu folgenden Kundgebungen der Leitung und der Jahresversammlung der Federation:

Vorstandsbericht: »Viele Anträge im Farmerinteresse wurden im Kongreß eingebracht, und die Vertreter der American Federation of Labor haben alle Kräfte aufgebieten sie zur Annahme zu bringen. Die Interessen der Arbeit und der Farmer sind so innig verbunden (intertwined), daß, wenn ein Teil unter schlechter Gesetz-

gebung leidet, der andere Teil mitbetroffen wird. Diese Erkenntnis trieb die Vertreter der American Federation of Labor dazu sorgsam jeden gesetzgeberischen Anlauf zur Wahrnehmung und Förderung der Agrarinteressen zu prüfen. Jede Gelegenheit wurde benutzt dem Kongreß die Notwendigkeit gesetzgeberischer Förderung des Farmergewerbes (farming industry) nahezuzeigen.«

Konventionsbeschluß hierzu, nach ausdrücklich ausgesprochener Billigung des »Verhaltens der Funktionäre (officers) der American Federation of Labor bei Unterstützung von Vertretern der Farmerorganisationen zugunsten von Reformgesetzen für Farmer«: »Die Koalition (the drawing together) von Farmer- und Lohnarbeiterorganisationen, diesen beiden Schichten mit so vielen Berührungspunkten, ist ein Vorzeichen (portent) für umfassendere gesetzgeberische Erfolge in der Zukunft. Wir empfehlen die Fortsetzung dieser Politik der Arbeitsgemeinschaft.«

Aus einer weiteren Konventionserklärung: »Jede Gelegenheit wurde ergriffen, um die Farmer davon zu überzeugen, daß die Arbeiter an ihrem Gedeihen interessiert sind. Was den Farmer schädigt (injures), schädigt die Arbeit und umgekehrt . . . Die arbeiterfeindliche Preßpropaganda sucht einen Keil zwischen Arbeitertum und Farmertum zu treiben . . . Möge der Vorstand . . . in der entsprechenden Aufklärung fortfahren und den Farmern zum Bewußtsein bringen, welche Fragen nicht nur die Arbeiter sondern zugleich die Farmer berühren.«³

Das war nach dem Emergency Tariff von 1921, der so gut wie ausschließlich Agrarzölle einführt und erhöhte, und nach dem 1jährigen Kampf um den Fordneytarif, der das Provisorium von 1921 auf den Gipfel trieb und zum Dauerzustand erhob. Und im April 1924 konnte man in amerikanischen Wirtschafts Rundschau vollends lesen, daß die Federation den Antrag McNary zum mindesten in seiner Tendenz gutheißt, also gegen den Versuch die agrarischen Preise den Industriepreishöhen anzugleichen grundsätzlich nichts einzuwenden habe. Ob diese Haltung im einzelnen der Schwierigkeit und Verwickeltheit solcher Probleme gerecht wurde, läßt sich von hier aus natürlich kaum beurteilen. Aber die ruhige, sachliche und entgegenkommende Stellung zu den landwirtschaftlichen Produktionsfragen der Vereinigten Staaten entspricht sicherlich durchaus den wohlverstandenen Interessen der amerikanischen Arbeiterbewegung.

WALTHER KOCH · JUNGSOZIALISTISCHE AUFGABEN IN POLITIK UND WIRTSCHAFT

RINGSTEN, das Fest, an dem so viele deutsche Jugendbünde sich zu entscheidungsvoller Beratung und froher Gemeinschaft zusammenfinden, wird uns in diesem Jahr keine einheitliche jungsozialistische Tagung bringen sondern auch nach außen hin das Bild der Zerklüftung der jungsozialistischen Bewegung widerspiegeln. Auf der einen Seite laden die Jungsozialisten von der Ruhr, besonders aus den Unterbezirken Dortmund und Bochum, zu einer Tagung nach dem Ludwigstein, der im schönen Werratal als Sinnbild deutscher Jugendbewegung hoch ragenden Jugendburg, zu einer außenpolitischen Woche unter der Leitung Otto Haubachs vom Hamburger Weltwirtschaftlichen Institut, und zwar als Fortsetzung eines Teils der vorjährigen Hofgeismarer Osterkonferenz; auf der andern rufen die Jungsozialisten Hannovers zu gleicher Zeit alle auf dem Boden des Maximus und des Klassenkampfes stehenden Jungsozialisten zu einer Woche nach Hannoversch Münden, unweit des Ludwigsteins und Kassels. Es liegt die Gefahr vor, daß sich die Extreme auf beiden Seiten gegenseitig übersteigern, den einen

3) Siehe *American Federation of Labor Report of the Proceedings of the 42. Annual Convention 1922 Cincinnati* Seite 112, 329 und 133.

oder andern Pol: "Volk" oder "Menschheit", gar zu abstrakt herauskehren und so das Verständnis für die Wirklichkeit und die Möglichkeiten praktischer Lösung unserer Aufgaben verlieren. Hier ein Suchen und Tasten nach neuen außen- und innenpolitischen Wegen, dort ein Sichverbeißen in die hergebrachte Denkweise. Da hilft kein Diskutieren über Begriffe mehr, sondern nur ein lebendiges Erfassen der großen deutschen und europäischen Aufgaben, die vor den Jungsozialisten stehen, und bei deren Lösung es sich zeigen wird, wie weit sie zur Erneuerung der alten Partei berufen sind, was sie zur Aufrichtung einer neuen Gesinnung an Stelle veralteter Dogmen, was sie zum Beginn eines fruchtbaren Handelns an Stelle routinierten Beharrrens zu wirken vermögen.

In dem Bewußtsein, daß man zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeit die Dinge zunächst nehmen muß wie sie sind, haben sich auf meine Anregung hin die Kasseler Jungsozialisten systematisch mit den Grundtatsachen unserer Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik auseinandergesetzt, und sie sind dabei zu dem Versuch gekommen ein politisches Programm der Jungsozialisten Kassels aufzustellen, das im Maiheft der Jungsozialistischen Blätter nunmehr abgedruckt ist. Diese Richtlinien sollen auf einer von der Volkshochschule einberufenen Pfingstwoche in Gudensberg bei Kassel zum Ausgangspunkt einer eingehenden Bearbeitung der Frage des neuen Aufbaus unserer Wirtschaft, des Deutschen Reichs und Europas dienen. Wird es möglich sein klar die Gründe für das Scheitern aller bloß äußeren organisatorischen Mittel zur Wiederbelebung der verfallenen Wirtschaft und Kultur zu finden und eine organische Lösung für die Konflikte im deutschen und europäischen Organismus aufzuweisen? Diese organische Lösung müßte unsere Wirtschaft im Sinn eines produktiven Aufbaus von unten umgestalten, das Deutsche Reich so neu gliedern, daß von den Ländern her der Staat in seinen Wurzeln gekräftigt wird, und die Notwendigkeiten für eine Konsolidierung des zertrümmerten europäischen Kontinents herausheben. Diese wirtschaftlichen und politischen Aufgaben können aber nicht ohne eine gründliche Umwandlung der Menschen und des Gemeinschaftslebens als solchen gelöst werden. Deshalb wird die Tagung uns auch an Erziehungsaufgaben heranzuführen, die in genossenschaftlichem Handeln, in neuem Schul- und besonders auch Volkshochschulleben und religiös sittlicher Besinnung verwirklicht werden sollen. So hoffen wir auch unsern Beitrag zur Lösung der in der jungsozialistischen Bewegung vorhandenen Spannung durch Hinweis auf das sachlich Gebotene geben zu können.

Welches sind nun die besonderen Aufgaben der jungsozialistischen Bewegung als politischer Realisierung des tiefsten Sehnsens innerhalb der deutschen Jugendbewegung, die der jugendlichen Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit neue Ziele für den anzustrebenden neuen Sozialismus weisen will?

Zu Beginn dieses Jahres wurde hier bereits die grundsätzliche Frage aufgeworfen, vor die die Jugend heute gestellt ist.¹ In der Jugend lebt tief die Auflehnung gegen die chaotische, auf brutale Ausbeutung und nackte Profitsucht gestellte Wirtschaft. Sie sucht nach neuen Formen des Zusammenarbeitens, zunächst einmal im eigenen kleinen Kreis der Jugendgruppe, sei es nun in Siedelungen, Werkgemeinschaften oder im Gruppenleben selbst. Ganz von selbst haben sich zum Beispiel innerhalb der Wandervogel- und

1) Siehe Koch Die Entscheidung der Jugend, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 24 ff.

freideutschen Bewegung die zur Zusammenarbeit bereiten jungen Menschen je eines Berufs in den verschiedenartigsten Gilden zusammengefunden. Es ist ja klar, daß diese Wiederbelebung des Gildengedankens mit der sehnsuchtsvollen Rückschau auf das ob seiner geschlossenen Einheit abgöttisch verehrte Mittelalter, etwa der gotischen Zeit zusammenhängt. Trotz dieser romantisch rückschauenden Betrachtungsweise steckt doch in dieser Neuentdeckung des Berufsgedankens und der Idee der Kooperation das richtige Ahnen einer kommenden Neugestaltung unserer Art zu wirtschaften und zu arbeiten. Nur wird sich der Gildengedanke der Jugend zu praktischem Erfassen der in der proletarischen Wirklichkeit nach Neugestaltung drängenden wirtschaftlichen Kräfte des gesamten Volkes durchringen müssen. Erst wenn man deutlich die Grenzen sieht, in denen eine durch die Jugend versuchte Gemeinwirtschaft zum Bau einer Volksgemeinschaft beitragen kann, erst wenn man aufhört nach Art der vormarxistischen Utopisten die Wirklichkeit nach der eigenen Gedankenwelt umformen zu wollen und Verständnis für die von Marx so scharf erfaßte Tatsache gewinnt, daß die Gedanken sich umgekehrt nach der Wirklichkeit zu bilden haben, erst dann kann auch die in den Ansätzen der Jugendgemeinschaften sich auswirkende Tendenz zu genossenschaftlicher Umbildung unserer Wirtschaft praktisch zur Gesundung unserer Volkswirtschaft beitragen. Die Augen müssen uns dafür aufgehen, wie sich in dem Hindrängen der Arbeiterbewegung zur Mitverantwortung wie in den Zusammenschlüssen der Unternehmer eine Umschichtung der Produktion bemerkbar macht. Unser Streben im Kleinen ist ja nur ein schwacher Nachhall eines sich ankündenden Umwandlungsprozesses: von der durch staatlich bürokratische Reglementierung vergeblich in Schranken gehaltenen Einzelwirtschaft zur Arbeitsgemeinschaft und Konzentration in vom Staat nicht abhängigen, ihn vielmehr durchdringenden Selbstverwaltungskörpern. Der in den Sozialistischen Monatsheften gezeichnete Aufbau der Wirtschaft im Gemeinschaftssinn, den dann der 2. deutsche Rätekongreß zu seiner Forderung erhoben hat, wird von der deutschen Jugend noch nicht genug studiert. Ebenso ahnt man meist noch gar nicht, welche Zukunftsaufgaben der deutschen Jugend bevorstehen, wenn sie den Artikel 165 unserer Reichsverfassung wahrhaft zur Durchführung bringen will, der in dem wirtschaftlichen Räte-system Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichberechtigt zur verantwortlichen Mitarbeit an der Produktion heranzuziehen sucht. Wie einst die Jugend vor 100 Jahren, die Burschenschaft, nicht ruhte und rastete, ehe das Versprechen von 1813-1815 erfüllt, landständische Verfassungen in jedem deutschen Land eingeführt und das Testament des Freiherrn vom Stein, die Selbstverwaltung, verwirklicht war, so müßten wir Heutigen es als unsere heilige Aufgabe ansehen die soziale und staatliche Wiedergeburt Deutschlands durchzuführen, nicht nach Art völkischer Agitatoren, die, weil sie ohne wahrhafte Menschheitsgesinnung, dazu ohne konkrete Beziehung zur volkswirtschaftlichen Wirklichkeit sind, eine schöpferische Tat gar nicht vollbringen können; vielmehr aus ihr selbst und dem Drängen der Massen heraus. Nur wenn wir erkennen, daß wahre Volksgemeinschaft nicht ohne Mitbeteiligung aller Volksgenossen an der Wirtschaft und ihrer Arbeit möglich ist, bringen wir die nationale Idee aus dem Reich der Abstraktion in die lebendige Wirklichkeit unseres sozialen Lebens. Ohne wirtschaftliche Grundlagen bleiben alle politischen, geistigen, nationalen Erneuerungsabsichten in den Köpfen stecken. Andererseits kann der sich in der Ge-

schichte und besonders kraß in der geschichtlichen Gegenwart abspielende Klassenkampf zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse niemals durch ein einseitiges Diktat einer dieser Wirtschaftsgruppen ausgefochten werden, er wird vielmehr seine Lösung nur in der, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in gleicher Weise zwingenden sachlichen Notwendigkeit sozialer Gemeinwirtschaft zur Förderung aller produktiven Kräfte finden. Der Klassenkampf der Arbeiter muß sich daher im Gegensatz zu der, Staat und Volksgesamtheit schädigenden Parteipolitik der Unternehmer unter dem Zeichen des Gesamtinteresses durchsetzen, die Steigerung der nationalen Produktion Voraussetzung einer gesunden Sozialpolitik wie einer den Frieden verbürgenden Reparationsleistung als notwendig erkannt werden. So führt gerade das wohlverstandene Interesse der doch die überwiegende Mehrheit des Volkes ausmachenden Arbeiterklasse zur Betonung des Interesses der Nation gegenüber allen Privat- und Gruppeninteressen. Nicht Lohnpolitik gegen Profitpolitik, sondern echt nationale Wirtschaftsgemeinschaft gegen alle Sonderbestrebungen muß die Parole sein, die gegen die nationalistische Verhetzung der Jugend durch die völkische Bewegung nicht nur für die sozialistische sondern darüber hinaus für alle nach Freiheit und sozialer Erneuerung unseres Volkes hindrängende Jugend gelten soll.

Solch eine nationale Politik, die nicht irgendwelchen Stimmungen und Leidenschaften dient sondern unbekümmert um demagogische Anwürfe von welcher Seite auch immer das für die Zukunft des Landes Erforderliche tut, hat natürlich innen- wie außenpolitisch bestimmte Voraussetzungen, die auch mehr und mehr von der Jugend eingesehen werden. Gerade in der Jugendbewegung spielt der Gedanke des Reiches eine große Rolle, freilich oft noch in romantischer Übersteigerung, zuweilen wiederum zu eng an Bismarckische kleindeutsche Tradition anknüpfend. Die Jugendverbände erlassen Kundgebungen zur Erhaltung der Reichseinheit; gerade jungsozialistische Kreise haben dagegen mit Recht Protest erhoben, weil ihre Fassung zu unbestimmt war, und die Unterschrift auch rechtsradikaler Jugendbünde sie zweideutig machte und nationalistische Auslegungen (zugunsten eines Rachekriegs) zuließ. Man sollte sich jedoch vor allem darauf besinnen, wie man praktisch die Reichseinheit stärken könnte. Durch Resolutionen allein gewiß nicht. Wir müssen es erleben, wie der kleinstaatliche Partikularismus, den wir schon überwunden glaubten, in Bayern und anderswo sein Haupt immer ungenierter erhebt. Müssen wir uns da nicht fragen, ob es wirklich im Sinn einer starken Zukunft Deutschlands lag die vielen, uns als Erbe des Landesfürstentums verbliebenen Kleinstaaten in der Verfassung zu erhalten? Man schrak vor einem gründlichen Umbau unseres Reichskörpers zurück, und nun müssen wir sehen, wie das Reichsgebäude in allen Fugen zu krachen beginnt. Es ist dringend nötig, daß wir uns schleunigst entschließen die Einheit des Reichs unter Beseitigung der überalterten Kleinstaaten durchzuführen. Dies kann freilich nicht im Sinn eines mechanischen Zentralismus geschehen sondern nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehörigkeiten, das heißt durch eine wirkliche Neugliederung des Reichs, wie sie hier immer gefordert wurde, und wie sie einzig und allein nicht nur jede Gefahr eines Separatismus ein für allemal bannt sondern auch die Voraussetzung für den Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland schafft. Wir müssen diese Neueinteilung, die innenpolitisch ein wirkliches Großdeutschland herstellt und außenpolitisch den Aufbau des

europäischen Kontinents erleichtert²⁾, freiwillig von Reichs wegen vollziehen, ehe wir von partikularistischen Agitationen oder gar von außen dazu gezwungen werden sollten. »Wir haben das Bismarcksche Erbe ohne organisches Weiterbilden restlos übernommen und müssen nun gewärtigen, daß uns das, was wir nicht freiwillig neu ordnen wollten, wie bei unseren Finanzen, so bei unserer Staatsgliederung, von außen abgenötigt wird.«³⁾ Noch haben wir unser Schicksal selbst in der Hand. Dieser Aufbau des Reichs von unten her entspricht ganz dem ausgeprägten Sinn für die Heimat und Landschaft, der in der deutschen Jugend aller Richtungen ebenso stark lebt wie der Gildengedanke. Nicht zufällig taucht da immer wieder das auch etwas romantisierende Wort Gau zur Gliederung der landschaftlichen Jugendbünde auf. Die deutsche Jugend, die sich ihr Vaterland neu erwarderte, hat zum Boden, zu Land und Leuten in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit wieder ein ganz neues Verhältnis gewonnen. Nicht Preußen und Anhalt und Lippe-Detmold, sondern Franken, Schwaben, Hessen, Niedersachsen, das sind die Elemente des deutschen Volkes, mit denen die deutsche Jugend ganz instinktiv rechnet, und die ganz sicher auch die Bausteine sein werden, um ein neues, einiges Deutsches Reich auf gesunder Grundlage aufzurichten. Im Gegensatz zu dem Partikularismus der Einzelstaaten, die das Wort Föderalismus meist mißbrauchen, wäre eine solche organisch auf Stämmen und Landschaften gegründete Reichseinheit der wahre Föderalismus, der wahre Bund. Dieser Neubau des Reichs erst könnte den Traum der deutschen Jugend vor 100 Jahren von einer die Kleinstaaterei wirklich überwindenden Vereinigung aller Deutschen ohne Gewalt erfüllen. Dann erst verkörperte das Deutsche Reich wirklich, wie es unsere Reichsverfassung auf dem Papier postuliert, »einig in seinen Stämmen, das deutsche Volk«. Dann erst könnte auch Preußen wirklich in Deutschland aufgehen, wogegen es sich so lange sträuben wird, als nicht dieses neue Deutschland in seiner Einheit und Mannigfaltigkeit zugleich gesichert ist.

Diese Sicherung des Reichs herbeizuführen, die Freiheit des deutschen Landes in allen seinen Teilen wiederherzustellen, ist die Aufgabe der künftigen auswärtigen Politik. Letzten Endes fallen die Entscheidungen über unsere Reichszukunft doch danach, wie wir unsere Stellung in dem Gefüge des europäischen Kontinents einnehmen. Der Zusammenhang einer gesunden nationalen Politik zur Herstellung einer das Volkwohl ermöglichenden nationalen Gemeinwirtschaft und einer vollkommern Reichseinheit mit der gesamten europäischen Politik wird von den verantwortungsbewußten Politikern immer mehr erkannt. Um so wichtiger ist es, daß das leidenschaftliche nationale Empfinden, das große Kreise der deutschen Jugend, auch der jungsozialistischen Bewegung, erfüllt, nicht den Blick für die größeren Zusammenhänge unseres Volksschicksals mit der europäischen und Weltpolitik trübt. Wir müssen über die Gegenüberstellung "Hie Volk, hie Menschheit" hinaus. Unser Volk lebt nun einmal nicht isoliert für sich, und ebensowenig gibt es eine ungegliederte Menschheit. Weder die "völkische" noch die "internationale" Einstellung kann uns da weiterhelfen, sondern nur die Einsicht, daß wir uns als Kernstück des Festlands in einer bestimmten geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lage befinden und unsern

2) Siehe *Hamburger Die Neugliederung des Deutschen Reichs und die auswärtige Politik*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1920 I Seite 450 ff.

3) Siehe *Koch Gewalt und Gewaltlosigkeit*, in den *Jungsozialistischen Blättern* 1924 Seite 41 ff.

deutschen Beruf für Europa nur dann wirklich erfüllen, wenn wir ebenso wie die Wahrung und Erneuerung unserer Reichseinheit den Zusammenschluß des ganzen Festlands anstreben. Europa kommt nicht erst, nachdem die deutsche Einheit endgültig hergestellt ist, vielmehr wird nur ein Deutschland überhaupt seinen Bestand wahren können, das sich in die großen europäischen Zusammenhänge eingliedert, sich als Hort friedlicher Arbeit und republikanischer Freiheit erweist. Jeder Rückfall in rein nationalistische Politik müßte umgekehrt den Zerfall des Reichs herbeiführen (wovon uns der Hitlerputsch mit seinen zunächst glücklicherweise verhinderten Folgen bereits einen Vorgeschmack gegeben hat). Soll eine solche, unsere Zukunft allein sichernde Anbahnung gesamteuropäischer Verbindungen gelingen, wie sie neuerdings immer klarer und von verschiedenen Seiten und in erfreulich entschiedener Weise verlangt wird⁴, so muß vor allem auch eine geistige Verbindung zumal der jungen Generation der europäischen Völker und eine sittliche Reinigung der Atmosphäre von Haß und Mißtrauen erfolgen, die sich zwischen Frankreich und Deutschland ausbreitet. Hier müssen einzelne verantwortungsbewußte Scharen vorangehen, wie das in einem außerordentlich sympathischen und lesenswerten Buch eines wirklich Geistigen, Florens Christian Rang, ausgeführt wird.⁵ Der Kampf um Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens stellt an die Jungsozialisten wie an die freigesinnte deutsche Jugend erneut die Forderung sich als Deutsche und gerade darum auch als ein Glied der europäischen Jugend zu betätigen.

ANNA SIEMSEN · DIE HUMANISTISCHE BILDUNG



SEIT einem Jahrhundert, man kann beinahe sagen: seit der Geburtsstunde des staatlich konzessionierten und durch das Abiturientenexamen privilegierten Gymnasiums, wird der Kampf um dieses humanistische Gymnasium innerhalb des Bürgertums geführt. Neuerlich ist er auf das politische Gebiet hinübergespielt worden. Es geht hier wie in manchen anderen Fällen: Bürgerliche Reformforderungen werden von den Sozialisten übernommen. Kaum ist dies geschehen, so wendet sich das Bürgertum gegen seine eigene Forderung, die plötzlich als sozialistische Zersetzung erscheint, und es zerstört, was es vorher angebetet hat.

Ein letztes Beispiel bietet ein Vorgang in Thüringen. Der sozialistische Unterrichtsminister Greil hatte bei der Aufstellung seiner Einheitsschulpläne für das Gymnasium die Pläne der Reformgymnasien zugrunde gelegt, das heißt, es begann in diesen Schulen Französisch mit dem 5. Schul- und 10. Lebensjahr, Latein mit dem 8. Schul- und 13. Lebensjahr, Griechisch mit dem 11. Schul- und 16. Lebensjahr. Für Französisch standen mit sinkender Stundenzahl 9 Schuljahre, für Latein 6 und für Griechisch 3 zur Verfügung. Ein Zustand, der auch in allen gymnasialen Studienanstalten seit Jahren durchgeführt ist. Dieses System war seit Ostern 1923 eingeführt. Man hatte also einen Sextanerjahrgang mit Französisch eingeweiht. Mit der Ergreifung der Macht durch die bürgerliche Regierung wurde, buchstäblich, am 1. Tag das Latein wieder an die 1. Stelle gesetzt. Und zwar begnügte man sich nicht

4) Siehe zum Beispiel *Coudenhove-Kalergi Paneuropa* /Wien 1923/, eine sehr gute Darstellung der (den Lesern der Sozialistischen Monatshefte vertrauten) Organisation der Welt in großen Wirtschaftskomplexen: als Manifestation des neuen europäischen Geistes nachdrücklich zu beachten.

5) Siehe *Rang Deutsche Bauhütte* /Sannerz 1924/.

damit für den neuen Sextanerjahrgang das alte gymnasiale Paradies der 6 Lateinstunden einzuführen, sondern nun forderten die Altphilologen die Einführung des Lateins auch für die Kleinen, die seit Ostern Französisch gehabt: und zwar, damit Versäumtes nachgeholt wird, mit 9 Stunden; dazu, damit sie ihr Französisch nicht vergessen, 2 französische Stunden. Mit diesen 11 Stunden glaubt man dem Geist der humanistischen Bildung zu opfern. So kann es doch wohl nicht weitergehen. Sonst erleben wir es, daß in Deutschland mit jeder Parlamentsmehrheit oder mit jeder Koalitionsbildung die Lehrpläne unserer Schulen wechseln. Unsere deutschen Patrioten sehen im Lateinunterricht bürgerlich-kapitalistische Politik, fürchten im Französischen den Sozialismus. Und gewisse Gelehrtenkreise sind oberflächlich genug humanistische Bildung und lateinischen Anfangsunterricht für ein und das selbe zu halten. Diese Gleichsetzung aber droht auch in weiteren Kreisen verheerend zu wirken. So wird es nötig sein, ehe das humanistische Gymnasium zum dauernden Zankapfel zwischen Bürgertum und Sozialismus wird, festzustellen, daß humanistisches Gymnasium und humanistische Bildung etwas wesentlich Verschiedenes sind, und dann zu fragen, ob humanistische Bildung ihrem Wesen nach für unsere Gegenwart und für die sozialistische Gesellschaft der Zukunft noch eine Bedeutung haben könne.

Humanismus bedeutet für die Jahrhunderte des aufsteigenden Kapitalismus, für die Jahrhunderte der Renaissance, eine bestimmte Geisteshaltung und Lebensrichtung, die für uns schwer zu umschreiben, sehr lebendig aber nachzuerleben ist, indem wir irgendein Werk dieser Zeit betrachten. Ob wir Hutten nehmen oder Montesquieu, Shaftesbury oder Kant, Milton oder Goethe (um die Gegensätze innerhalb dieser Einheit zu umschreiben), immer finden wir, daß das eigene Leben sein Maß erhält durch die als Einheit gefaßte Antike. Ich sage mit Absicht nicht Gesetz. Die meisten dieser Humanisten, dieser an der Antike gebildeten Menschen, sind so frei, daß sie ihr eigenes Gesetz, vertiefte Gesetze des Menschseins, zu finden streben. Aber die Antike ist für sie formbestimmend, stilbildend, um ein viel mißbrauchtes Wort anzuwenden, und zwar für den Stil ihres Lebens und Denkens so sehr wie für ihren Ausdruck. "Die Antike" aber, das ist eben wieder eine Einheit, ein sehr verschiedenartig, sehr wechselnd, oberflächlich oder tief, begrenzt oder umfassend, einseitig oder weit Geschautes, aber immer ein Ganzes. Die geschichtliche Bedingtheit, die Abhängigkeit von fremden Kulturen, die Gegensätzlichkeit innerhalb dieser Epoche und dieses Kulturkreises; alle diese Dinge, die uns heute zuerst ins Bewußtsein treten, werden bei solcher Geisteshaltung als völlig gleichgültig zurückgestellt. Bezeichnend ist die spöttische Ablehnung, mit der Schiller in seinen Distichen Wolffs Homerforschung trifft. Man hört förmlich das achselzuckende: "Wenn schon!" gegenüber der Behauptung, die Homerischen Epen seien nicht einheitlichen Ursprungs. Für Schiller, wie für jeden Humanisten ist "Homer" eine Einheit. Und die Entstehung dieser einheitlichen Gegebenheit ist für ihren Wert und ihre Bedeutung, für uns und unser Leben, von der äußersten Gleichgültigkeit. Letztes Denkmal dieser humanistischen Orientierung ist Schillers Abhandlung über naive und sentimentalische Dichtung. Hier wird in klarster Bewußtheit die Antike zum Maß der Dichtung überhaupt gemacht. Der unantiken, der damit undichterischen Dichtung wird in demütigem Stolz ein Raum im ethisch bestimmten Geistesleben gesichert, der ihr nach ästhetischen Maßen nicht gebührt. Schlegel greift anscheinend diese Bestimmun-

gen auf. Aber seine Arbeit und seine Umbiegung der Schillerschen Begriffe in Klassisch und Romantisch zerstört in Wahrheit nicht nur diese umgebogenen Begriffe; es ist der zerstörende Einbruch des Historizismus in die Welt des humanistischen Menschen. Für Schiller ist Naiv und Sentimental gleich Maß und, als unzulänglich bestimmtes, Gemessenes. Für Schlegel sind Klassisch und Romantisch zwei geschichtliche Gegensätze, über die man freilich verschiedene Werturteile fällen kann, die aber grundsätzlich völlig gleichberechtigt und für uns gleichbedeutend sind. In seinem Urteil erhält das Romantische sehr bald überwiegende Bedeutung. Selbstverständlich ist diese Haltung Schlegels nicht etwas Isoliertes, Epochemachendes. Es ist vielmehr die typische Haltung einer Zeit, für die der Entwicklungsgedanke in der Naturwissenschaft, der Relativismus in den Geisteswissenschaften bestimmend ist. Diese Zeit ist weder typen- noch stilbildend, und ihr erfolgreiches Streben ist die Auflösung alles Typischen in ein Nacheinander wechselnder Entwicklungsstufen. Derartige geschichtlich bedingte, also einmalige Entwicklungsstufen können selbstverständlich weder eine Einheit bilden noch maßgebend für uns sein. Die Antike wird Objekt der Forschung. Sie bestimmt nicht mehr die geistige Haltung. Das ist das Kennzeichen aller unhumanistischen bedeutenden modernen Werke, daß die Antike wohl erläuterndes Beispiel, aber nie bestimmendes Vorbild ist. Diese "wissenschaftliche", in Wirklichkeit kritisierende Haltung mußte zur Zerstörung der humanistischen Bildung, zur Zerstörung des wirklichen humanistischen Gymnasiums führen.

Diesem Gymnasium war das Latein etwas durchaus anderes als das bevorzugte Hauptfach. Es war die Form des vorbildlichen Denkens. Und die lateinischen und später griechischen Autoren waren nicht Objekt geschichtlicher Forschung sondern Meister und Vorbilder. Dieser Charakter des Gymnasiums hat sich länger gehalten als der Humanismus innerhalb der Wissenschaft. Geistige Entwicklungen wirken langsam auf die Schulen, wie wir heute zu unserm Schaden täglich erfahren. Ihre Zerstörung begann erst, als ein neues Lehrgeschlecht kam, als an Stelle des alten Humanisten der Altphilologe trat. Denn Philologie, das ist ein vollkommener und letzter Gegensatz zum Humanismus. Der Philologe, das ist der Kritiker, der Material sichtet, ordnet, vergleicht, in Zusammenhang bringt. Sein Ziel ist größtmögliche Voraussetzungslosigkeit, jene Uninteressiertheit, die die Beziehung zum eigenen Leben ausschaltet, um ja nicht durch fälschende "Werturteile" die Erkenntnis zu trüben. Die Antike verschwindet vor dieser Stellung. An ihren Platz tritt der Kulturkreis der Mittelmeervölker, und dieser Kulturkreis unterscheidet sich von anderen Wissensgebieten nur dadurch, daß er stärker durchforscht, daß die Arbeitsmethoden in ihm exakter ausgebildet sind. Seine Einheit ist ebenso dahin wie seine Vorbildlichkeit.

Die Auswirkung in unseren Schulen ist deutlich, und sie ist vernichtend. Der Vater unseres staatlichen humanistischen Gymnasiums, Humboldt, war Humanist in Wahrheit. Sein Werk ist erledigt. Was wir heute in allen unseren höheren Schulen ohne Ausnahme besitzen, das sind wissenschaftliche Fachschulen. Die größere oder geringere Stundenzahl, die für alte oder neuere Sprachen, für Mathematik oder für Naturwissenschaften angesetzt sind, ändern an diesem Charakter nichts. Wichtiger ist schon die Persönlichkeit des Lehrers. Die meisten unserer Altphilologen sind gute Fachwissenschaf-

ter, die kritische Behandlung eines Textes, seine Interpretation, die sprachliche Vergleichung und die Realien haben sie am Schnürchen. Hierin versagen unsere Universitäten nicht. Schade nur, daß alles sprachliche, kritische und Realienwissen für heranwachsende Menschen und deren Bildung höchstens Gelegenheitswert hat. Die Menge des wissenschaftlichen Stoffs erstickt aber die eigene Tätigkeit, die ausgebildete Methode und der Ehrgeiz immer den jeweils letzten "Stand der Wissenschaft" zu erreichen nehmen den Mut zur eigenen Entdeckung. Und das Ergebnis ist die allgemeine Klage über das Sinken unseres wissenschaftlichen Durchschnitts, der das Gymnasium genau ebenso unterliegt wie alle anderen höheren Schulen. Ich kenne nicht die französischen und englischen Gymnasien. Was ich von ihren Resultaten sehe, läßt mich glauben, daß dort der Humanismus noch wirksamer ist als bei uns. Das wäre verständlich. Für uns Deutsche ist das Stilgefühl der Franzosen unbegreiflich in seiner Stärke. Eine politische Rede Renaudels, ein Bild Renoirs, eine Skizze Anatole Frances: alle haben den gleichen Charakter des sichern und klaren Maßes. Hier ist die Tradition nicht unterbrochen und zerstört wie bei uns. Und es scheint, daß die Schulen es verstanden haben eine falsche und verfrühte Wissenschaftlichkeit abzulehnen, Schulen des Humanismus zu bleiben und keine Fachschulen zu werden. In England sind die High Schools und Colleges von altersher anscheinend so ausgesprochene Schulen der herrschenden Klasse, daß ihre Erziehung (der Unterricht ist nur ein geringer Teil dieser Erziehung) davon durchaus stil- und typusbildend wirkt. Aber mit Humanismus in unserm Sinn hat diese Schule sehr wenig zu tun.

Nicht um die Wiedererweckung eines Toten kann es sich bei unseren Reformbestrebungen handeln sondern um Erweckung einer geistigen Haltung, wie sie der Humanismus ehemals hatte, die nicht von außen zweckbestimmt sondern von innen her zielgerichtet ist. Wyneken hat einen solchen Versuch gemacht. Der ist an der großen Subjektivität seines Schöpfers und an der Übersteigerung der Forderung "Die Jugend nur der Jugend!" zerbrochen. Wyneken übersah die Tatsache, daß auch die Jugend innerhalb der Gesellschaft lebt. Trotzdem bleibt sein Gedanke lebendig und wirksam. Und wir sehen bei unserer ganzen Jugend das oft unbewußte Streben zur Selbstbesinnung und Selbstbestimmung zu kommen. In den extremsten Jugendgruppen wirkt es sich oft ungeschickt, aber unverkennbar aus. Und die ganze unerfreuliche Geheimbündelei, die sich an den höheren Schulen breit macht, wäre in ihrer unglaublichen Geistesarmut und Verworrenheit nicht erklärbar, wenn nicht der nur fachliche Unterricht die klaffende Lücke gelassen hätte, die nun mit Hakenkreuzen, Schlagringen, dem Ehrhardtlied und dem Bewußtsein einer geschichtlichen Mission ausgefüllt wurde. Diese Bewegung ist ein ernsthaftes Krankheitssymptom, nicht nur politischer Art. Nur müssen wir uns hüten diese Krankheit ausschließlich auf unseren höheren Schulen zu suchen. Auch unsere Aufgabe über die fachliche, die Berufsausbildung hinaus einen Mittelpunkt der menschlichen, also der humanistischen, Bildung zu suchen, darf nicht auf sie beschränkt bleiben. Die Zerstörung der alten humanistischen Bildung ist vom Lehrer ausgegangen. Fachexamina mit einem Einzelwissen, dem der einigende Kristallisationspunkt fehlte, setzten an die Stelle des Humanisten den Philologen. Der Jugendbildner einer neuen Schule kann nur entstehen, wenn ein solch einigender Mittelpunkt der Bildung gefunden wird.

Man hat versucht diesen Mittelpunkt im Beruf zu finden, dem künftigen Beruf des Schülers (siehe Kerschesteiner) und ist damit entweder krassem Utilitarismus verfallen oder hat Blindekuh gespielt mit der Wirklichkeit, was bei allen Aufsätzen Sprangers der Fall ist. Die Sache liegt einfacher. Der Humanismus verlegt in die Antike seine Idee des Menschen. Ihm spiegelt sich seine eigene Sehnsucht in ihr wider. An dieser, von ihm selbst geschaffenen Idee nimmt er sich das Maß seiner Bildung. Seine Bildungsidee ist auf einem transzendenten Glauben begründet. Die Wandlung, die wir durchzumachen haben, ist die, daß wir von der Transzendenz über den Umweg des historisierenden Relativismus zur Immanenz der Bildungsidee kommen. Maßgebend und richtungsbestimmend wird der Mensch sein: nicht der antike, der Mensch des Humanismus; nicht der Mensch der kapitalistischen Gesellschaft, der Berufs- und Fachmensch, nicht der Einzelmensch des reinen Individualismus, sondern der Mensch als gesellschaftsbedingtes und gesellschaftsschaffendes Wesen, dessen Idee, täglich von jedem von uns an gefundenen Tatsachen und gestellten Aufgaben neu zu prüfen ist, die sich also täglich und in jedem von uns neu bildet und bilden wird, aber die gleiche Wirklichkeit (Wirklichkeit im wahrsten Sinn des wirkend Seienden) besitzt und besitzen wird wie die Idee des antiken Menschen in der Zeit des Humanismus. Damit rückt eine werdende Wissenschaft in den Mittelpunkt unserer Lehrerbildung; die Pädagogik als Lehre vom Menschen, der sich in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft bildet, und von der Gesellschaft, die Bedingung zugleich und Schöpfung des Menschen ist. Diese Wissenschaft existiert noch nicht. Weder ihr Ort noch ihre Grenzen im System der anderen Wissenschaften sind klar bestimmt; aber sie beginnen sich abzugrenzen gegen Psychologie und Anthropologie auf der einen, Soziologie und Philosophie auf der andern Seite. Wenn aber jemand den Kopf darüber schüttelt, daß eine neue Wissenschaft eine Erneuerung der Schule und der Erziehung bringen soll, so ist ihm zu antworten, daß gerade umgekehrt ungelöste, aber immer brennender empfundene Aufgaben, daß die ganze Krisis unserer Erziehung diese neue Wissenschaft forderten, und daß nur aus diesen Forderungen des Lebens heraus sie Inhalt und Gestalt gewinnen darf. Allerdings aber brauchen wir Raum für die ihr gestellten Aufgaben, Raum für die neue Lehrerbildung, Raum für die Erziehung, der sie die Grundlagen schaffen soll.

Es wäre wünschenswert, daß sich die Universitäten der ersten dieser Aufgaben nicht verschließen möchten. Es hat den Anschein, als ob, wenigstens in Deutschland, sie diesen Fehler machen werden. Einen Fehler, der kaum wiedergutzumachen ist, aber ein typisches Beispiel dafür bietet, wie einseitig, wie einsichtslos und wie politisch unwissend unsere Universitätskreise sind. Weil in Thüringen ein sozialistisches Ministerium den ersten Versuch gemacht hat Raum für die neue pädagogische Wissenschaft an der Universität zu schaffen, deshalb zerstört die Universität ohne Nachprüfung das kaum Begonnene und läßt Mediziner und Naturwissenschaftler über Bildungsfragen entscheiden, die sie nie beschäftigt haben.

Es wäre beklagenswert, wenn diese Vorgänge in Jena Nachfolge im Reich fänden. Hindern wird auch das die notwendige Entwicklung nicht, nur wird sie dann im besten Fall außerhalb der Universitäten, im schlimmsten, aber sehr möglichen, Fall außerhalb Deutschlands vor sich gehen.



CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DER DICHTER IN DER WÜSTE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



ICH habe die Wüste betreten,
Den Ort der Verlassenheit.
Ich bin zu der großen Unwandelbaren gekommen.
In ihr Heiligtum.
Sie sitzt auf einem Thron von Licht,

Die Hände ruhvoll gefaltet,
Die Lippen still wie die Dämmerung,
Die Augen feierlich fragend.
Ich bin zum dürren, geschlagenen Land gekommen,
Das trotzig ist und Gott nicht fürchtet,
Damit ich meiner Seele von Angesicht zu Angesicht begegnen möge:
Nackt wie die Wüste nackt ist,
Bloß wie das große Schweigen bloß ist.

Ich will die Schweigenden fragen, die dahingegangen
Und vergessen sind.
Ich will die zu erwartende Schar fragen,
Die nachher kommen wird,
Und von der auch ich vergessen sein werde.
Wie die Wüste allen Göttern trotzt,
So trotze ich allen Göttern,
Den Schatten des Menschen, auf die Nebel seiner Unwissenheit geworfen
Ein hilfloses Kind, der Hand seiner Mutter folgend,
Legen meine Hand in die Hand des Ewigen.

Ich bin gekommen, um mich in der Unermeßlichkeit zu verlieren
Und meine Geringheit zu erkennen,
Um im Schoß meiner Mutter zu liegen
Und erquickt zu werden.
Ich bin allein und nicht allein.
Meine Seele ist mein Gefährte über allen Gefährten.

Siehe die Zeichen der Steppe:
Ein Bussard, der in luftigen Meeren schwebt,
Einsam zwischen zwei Unendlichkeiten,
Wie ich einsam zwischen zwei Unendlichkeiten bin.
Ein Wachholderbaum auf felsiger Berglehne,
Dunkles Signal, von weither rufend,
Daß der Müde im Schatten ruhen kann;
Ein Kloster für die Schwärme kleiner Vögel,
Die nachts über die Wüste hin eilen
Und in des Tages Hitze sich glücklich verbergen.
Eine Basaltklippe, von Flechten bestickt,
Von der Sonne orange und gelb erleuchtet,
Das Werk eines großen Malers,
Der sorglos seinen Pinsel verspritzt.
In ihrem Schatten ruht die scheue Antilope,

Die den Salbei durchflüzt und dahin ist
 Und doch unter Liebe liebend wird.
 Ein Meer von Beifuß, das trüb sich
 An purpurner Küste bricht, die zu fern ist;
 Weiße Alkalitümpel, schimmernd gleich
 Einer Luftspiegelung schöner, blauer Seen,
 Stetig zurückschwindend;
 Die Luftspiegelung malt Flüsse mit kühlen, weidenbestandenen Ufern
 An den Himmel;
 Die durstigen Ohren können fast
 Das Schlappen der Wässer hören;
 Doch entfliehen sie spottend
 Und verlassen den Durstenden, daß er sterbe.

Ich lege mich in der Steppe nieder,
 Lasse den warmen Sand durch meine Finger rieseln;
 Und es scheint mir, daß auch das Leben seine Luftspiegelungen habe.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quesel

Rußland In einem Rückblick auf die auswärtige Politik Rußlands in den letzten Monaten muß jedem die außerordentliche Regsamkeit der bolschewistischen diplomatischen Agenten ins Auge fallen. Am 7. März wurde im Palazzo Chigi die Ratifikation des italienisch-russischen Handelsvertrags vollzogen. Darauf folgte der russisch-chinesische Konflikt, der am 19. März zur Ausweisung Karachans aus China führte. Bei dieser Gelegenheit stießen die französische und die russische Diplomatie in Sachen der ostchinesischen Eisenbahn zusammen. Zum zweitenmal kam es zu unfreundlichen Auseinandersetzungen zwischen Rußland und Frankreich aus Anlaß der bessarabischen Frage, die von der bolschewistischen Delegation im Verlauf der völlig ergebnislosen russisch-rumänischen Verhandlungen in Wien aufgerollt wurde. Mit der am 14. April in London eröffneten englisch-russischen Konferenz beginnt eine Serie von Handelskonferenzen. So wurden für den Mai eine deutsch-russische, eine norwegisch-russische, eine holländisch-russische und eine belgisch-russische Konferenz angekündigt. Angesichts des engen Bündnisses zwischen Frankreich und Belgien hat man die belgisch-russische Konferenz als einen Versuch Frankreichs ausgelegt eine allzu große englisch-russische Annäherung zu konterkarieren. Die Gefahr für

Frankreich, daß die Bolschewisten mit England schnell ins reine kommen könnten, ist jedoch nicht groß. Schon seit Wochen sitzen nun Engländer mit Russen auf der englisch-russischen Konferenz in London bei einander, ohne daß ein greifbares Resultat erzielt worden wäre. Die englische Presse berichtet bereits, daß die Verhandlungen endgültig gescheitert seien. Die Times sagten, daß die Geldgeber in England »ein großes Mißtrauen gegen die Sowjetregierung und gegen das ganze Sowjetsystem« hätten; sie wollten dieser Regierung kein Geld leihen, und sie wollten in russischen Unternehmungen kein Geld in beträchtlichem Umfang investieren, ehe dieses Mißtrauen beseitigt sei. Das Mißtrauen des englischen Kapitals gegen die Bolschewisten, das im Lauf der Londoner Verhandlungen immer größer geworden zu sein scheint, rührt im wesentlichen daher, daß der bolschewistische Verhandlungsführer Rakowskij sich einem Kompromiß auf der Basis »Kredit gegen Anerkennung eines Teils der Schuld und gegen Schutz des Privateigentums« widersetzte. Ob das Kabinett MacDonald, das in seinem Programm die Aussöhnung mit »Sowjetrußland« als einen außenpolitischen Hauptpunkt bezeichnete, noch daran glaubt mit ihm zu einem Ausgleich zu gelangen, scheint zweifelhaft. Auf jeden Fall ist der Optimismus des gegenwärtigen Kabinetts seit dem Beginn der Verhandlungen wesentlich geringer geworden. Man kann sagen, daß MacDonald dem Memorandum

dum der Citybanken, daß die russische Regierung dem privaten Wirtschaftsverkehr unter vollem Schutz des Privateigentums die Tür öffnen müsse, näher steht als dem russischen Standpunkt. Die Bolschewisten fühlen das, und die Folge war, daß sich aus ihrer Presse eine Sturmflut von Beschimpfungen auf MacDonald ergoß. Insbesondere waren es Trotzki und Sinowjew, die sich durch leidenschaftliche Angriffe gegen MacDonald auszeichneten. Die Absichten, die die Bolschewisten mit dieser Taktik verbinden, sollen in der Hauptsache durch innenpolitische Gesichtspunkte bedingt sein. Noch mehr als die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der bolschewistischen Regierung durch die Großmacht England habe der gegenwärtige Zustand das Prestige der Bolschewisten im eigenen Land erhöht. Mit einer Delegation von 2 Dutzend bolschewistischen Agenten, so sagt man in London, am Verhandlungstisch in Whitehall zu sitzen, und sich trotzdem erlauben zu dürfen auf den verantwortlichen Premier Großbritanniens nach Belieben zu schimpfen scheint ein starkes Aktivum in der innenpolitischen Bilanz der Moskauer Regierung zu sein. Den ungünstigen Erfahrungen MacDonaldis und der City mit den Bolschewisten ist auch das unverhohlene Vergnügen zuzuschreiben, mit dem die englische Presse den deutsch-russischen Zwischenfall (Verhaftungen und Haussuchung im Gebäude der russischen Handelsdelegation in Berlin am 3. Mai) aufnahm. Ersieht man doch daraus, daß eine Kooperation mit den Bolschewisten überall auf die gleichen Schwierigkeiten stößt, selbst da, wo man sie mit heißem Bemühen erstrebt und ihr zuliebe wesentliche außenpolitische Interessen aufs Spiel setzt.

Jugoslawien Im Vordergrund der jugoslawischen Außenpolitik standen in den letzten Monaten die rumänische, die bulgarische und die kroatische Frage. Die letzte muß insoweit als ein Bestandteil jugoslawischer Außenpolitik angesehen werden, als die kroatischen Abgeordneten bisher im wesentlichen ihre eigene Außenpolitik verfochten, die zumeist englisch orientiert war und dadurch im Gegensatz zur Belgrader Politik stand, die sich in innigem Einvernehmen mit Paris befindet. Die Lösung des Fiumekonflikts durch den Pakt von Rom bestimmte die kroatische Opposition, die mit dem Pakt nicht einverstanden ist, von der bisherigen parlamentarischen

Abstinenz abzugehen und in die Skupschtina einzutreten, was zu einer Stärkung des oppositionellen Blocks führte, zu dem auch die südserbischen Türken und die 8 deutschen Abgeordneten gerechnet werden können. Die Schwächung der bisherigen Mehrheit durch den Eintritt der kroatischen Abgeordneten in die Skupschtina führte zur Vertagung des Parlaments und zu einer Kabinettskrise. Im Gegensatz zur kroatischen Frage, die dem jugoslawischen Staat infolge der englischen Beeinflussung der kroatischen Abgeordneten wohl noch große Schwierigkeiten bereiten wird, hat die rumänische bereits eine befriedigende Lösung gefunden. Durch einen Ausgleich ist im Banat die Grenze zwischen Jugoslawien und Rumänien in einer beide befriedigenden Weise gezogen worden. Im Zusammenhang mit dem Banater Grenzabkommen haben sich die Beziehungen zwischen Rumänien und Jugoslawien in der letzten Zeit immer freundschaftlicher gestaltet, was dynastisch durch die Heirat des Königs Alexander mit der rumänischen Königstochter Maria, politisch durch die dauernde Zugehörigkeit der beiden Staaten zu der von Frankreich geführten Kleinen Entente zum Ausdruck kommt. Hat die rumänische Frage eine befriedigende Lösung gefunden, so ist bei der bulgarischen Frage eine erfreuliche Entspannung zu verzeichnen, und zwar durch das energische Vorgehen des bulgarischen Kabinetts Zankow gegen die Mazedonier in Sofia, Küstendil und einigen anderen Orten Westbulgariens. 400 Mazedonier wurden am 3. März in jenen Gebieten verhaftet und nach Ostbulgarien in Schutzhaft gebracht. Als Grund dafür, daß das Kabinett Zankow sich so energisch gegen die mazedonische Bewegung wandte, wird die Notwendigkeit angesehen ein besseres Verhältnis zwischen Bulgarien und Jugoslawien herzustellen. Behauptet wird, daß das Kabinett MacDonald der bulgarischen Regierung diesen Schritt wesentlich erleichtert habe, weil es im Gegensatz zum Kabinett Baldwin balkanischen Verwickelungen durchaus abgeneigt sein soll. Sieht man von der kroatischen Frage ab, die noch ihrer Lösung harret, so kann im übrigen die jugoslawische Außenpolitik, der es in kurzer Zeit gelungen ist freundschaftliche Verhältnisse zu Italien und Rumänien zu schaffen sowie den Gegensatz zu Bulgarien in der mazedonischen Frage wesentlich zu mildern, als außerordentlich erfolgreich bezeichnet werden.

Bessarabische Frage Mit Besorgnis blicken die Friedensfreunde dieser Tage nach Bessarabien, das der Gegenstand eines heftigen Streites zwischen Rußland und Rumänien geworden ist. Moskau fordert eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit Bessarabiens, in der Erwartung, daß die bäuerliche Bevölkerung dieses Gebiets sich für Rußland erklären wird, weil sie von der bolschewistischen Herrschaft in Bessarabien die Aufteilung des Großgrundbesitzes erhofft. In diesem Sinn wird auch von den russischen Sendboten in Bessarabien die Agitation für dessen Losreißung von Rumänien geführt. Das von Großgrundbesitzerinteressen beherrschte Bukarest kann dieser Agitation nichts Zugkräftiges entgegensetzen, weil es die Rückwirkung einer gegen den Großgrundbesitz gerichteten Agrarreform in Bessarabien auf das eigentliche Rumänien zu sehr zu fürchten hätte, um sich zu einem solchen Schritt entschließen zu können. Gerade aus diesem Grund fühlt sich Rumänien dem bolschewistischen Rußland gegenüber schwach, und die Nachrichten, daß die Russen östlich des Dnjestr starke Truppenmengen zusammenziehen, hat daher in Bukarest große Beunruhigung hervorgerufen, obwohl der rumänische Generalstab öffentlich erklärt hat, daß das Heer völlig gerüstet sei, um jeden russischen Angriff abzuweisen. Übrigens soll der General Budjennij, der in russischem Auftrag die Mobilisierung in der Ukraine vorbereitet, auf große Schwierigkeiten gestoßen sein. In Bukarest will man auch erfahren haben, daß die bolschewistische Regierung Unterhandlungen mit der englischen Rüstungsindustrie über große Artillerie- und Munitionsbestellungen führt, wozu 1 Million Pfund Sterling von Moskau zur sofortigen Bezahlung bereitgehalten werden. Was die diplomatische Seite des bessarabischen Konflikts anbetrifft, so hofft Bukarest in den beiden Nachbarstaaten Tschechien und Jugoslawien eine genügende Rücken- deckung gegen Ungarn und Bulgarien zu haben, freilich auch nicht mehr als diese, da, trotz aller Abneigung gegen das bolschewistische Regime, die öffentliche Meinung des serbischen Volkes in der bessarabischen Frage eigentlich mehr nach der russischen Seite neigt. Dagegen kann man annehmen, daß Rumänien im Fall eines russischen Angriffs auf die militärische Unterstützung Polens und Frankreichs rechnen kann. Wenigstens sind in diesem Sinn die Vereinbarungen, die Bukarest mit Warschau und Paris

getroffen hat, bisher immer ausgelegt worden. Das Ziel Frankreichs in der bessarabischen Frage ist jedoch nicht der Krieg sondern die Verständigung. Die Kette der Besuche des Rumänenkönigs in Paris, Brüssel, London und Genf sind gleichfalls im Sinn der Verständigung zu deuten. Immerhin ist zu beachten, daß nach dem schnellen Abbruch der russisch-rumänischen Verständigungskonferenz ernsthafte Blätter von einer Kriegsgefahr schreiben.

Indien

Emil Lederer, der zurzeit als Professor an der Universität Tokio wirkt, hat in einer Artikelserie der Frankfurter Zeitung von kulturhistorischen und ökonomischen Gesichtspunkten aus das »wachsende Indien« behandelt. Mit Recht betrachtet er Indien als einen Bestandteil der Welt östlich von Suez, die ein halbes Dutzend mächtiger, über die halbe Erdoberfläche sich erstreckender Kulturkreise umfaßt. Diese östliche Welt ist älter als Europa und steht im Begriff eine Welt für sich zu werden. Politisch ist Indien freilich England untertan, und jeder Brite ist im asiatischen Reich Englands einstweilen noch »ein kleiner Gott«. Immerhin scheint die Macht Englands in Asien erschüttert zu sein, und die indische Unabhängigkeitsbewegung, über die hier mehrfach berichtet wurde (siehe zuletzt die Rundschau Nationale Bewegung, 1923 Seite 490 f.), schreitet, wenn augenblicklich auch nach außen nicht so sichtbar, unaufhaltsam fort. Bei der Untersuchung der Machtgrundlagen der englischen Herrschaft in Indien weist Lederer zunächst darauf hin, daß große Massen von Indern als Soldaten, Polizisten und Beamte in den Regierungsapparat einbezogen sind. Von besonderer Bedeutung ist der Militärdienst. Er »führt den Mann zuerst in die Kaserne, unterwirft ihn einer schweren Disziplin, macht ihn gefügig, prägt ihm für sein Leben automatischen Gehorsam ein. Wird er gar Unteroffizier, so bekommt die Disziplin für ihn auch den Sinn, daß er befehlen kann. Er wird Teilhaber des Gewaltsystems, und er wird es stützen. Der indische Bahnpolizist, der sich auf den Rikschahkuli stürzt und ihn mit seinem Knüttel bearbeitet, weil er aus der Reihe getreten ist, hält englische Ordnung aufrecht. Aber zugleich genießt er seinen Machttausch. Und diese Beteiligung des Volkes an der Beherrschung des Volkes schafft eine breitere Basis und "sichert", besonders da jetzt regelmäßig vornehme

Inder für höhere Stellen in der Armee in England erzogen werden.« Gegenüber den indischen Truppen ist die Zahl der englischen gering; ihre Gesamtstärke beträgt noch nicht 80 000 Mann (250 Mann auf 1 Million Inder), wobei jedoch zu beachten bleibt, daß alle technischen und Spezialtruppen englische sind. Lederer tritt jedoch der Anschauung entgegen, als ob die englische Herrschaft in Indien nur auf dem Militär- und Beamtenapparat beruht: »Es gibt große und einflußreiche Bevölkerungsgruppen, welche während der englischen Herrschaft und durch sie reich geworden sind, und es sind außerdem in der Tat durch die englische Herrschaft die entscheidenden Verbesserungen in Agrikultur, Industrie, Kommunikationen durchgeführt worden; das Land dankt seinen Reichtum englischer Verwaltungskunst und englischen Ingenieuren . . . Englische Universitäten, mit englischen und indischen Professoren, ziehen die intellektuelle Jugend an sich, und die Söhne aus reichen indischen Familien werden in England erzogen.«

Trotz herrenmäßigem Auftreten (die englische Sprache allein versetzt den eingeborenen Inder in die Stellung des dienenden Untertanen) und trotz brutalster Anwendung von Machtmitteln hatte es England bisher stets verstanden Indien nicht nur zu beherrschen sondern auch zu führen. Die Einbeziehung indischer Truppen in den europäischen Krieg hat jedoch die geistigen Grundlagen der englischen Führung in Indien stark erschüttert: »Welch ungeheure Wandlung für das Bewußtsein des indischen Volkes: Kämpfen gegen Weiße, siegen gegen Weiße, die man sonst auf der Straße nicht einmal scharf anzusehen wagte. Vernichten, pur et simple niederknallen, diese Halbgötter, welche sonst insgesamt als Reiche, Gebietende, Allmächtige in das Land kamen. Und siegen in einem Kriege, welcher den letzten Mann hinstellt in eine neue Welt, in der es zwar Gefahren gibt und Strapazen von unerhörter Härte, aber in der er zugleich eingegliedert ist in eine soziale Ordnung: als ihr letztes Glied zwar nur, als ihr dienendes Glied, aber immerhin eingegliedert in diese Ordnung, nicht außerhalb, nicht ganz Objekt, nicht ganz Sache mehr, die man nutzt und verbraucht, sondern Zugehöriger des ungeheuren Organismus, tragend die Hauptlast, daher doch auch vielfach geschont, berücksichtigt, sorgfältig behandelt und erzogen. Wie rasch lernt sich da das Denken, wie schwer vergißt es sich!

Diese Soldaten sahen anders als sie heimkamen, der Krieg hat sie aufgeweckt; instinktiv begannen sie ihre reale Macht zu spüren.« Eine ähnliche Erschütterung wie auf psychischem Gebiet hat der Krieg auch auf dem industriellen Feld hervorgerufen. Indien fühlt sich nach dem Krieg, in dem es die Völker Europas verachten und verabscheuen gelernt hat, nicht nur geistig sondern auch ökonomisch wieder stärker mit Asien verbunden. Die indische Baumwolle geht in erster Linie in die asiatischen Industriegebiete, besonders nach China und Japan. Aber nicht nur die Baumwollerzeugung ist im Ansteigen, auch die Baumwollverarbeitung nimmt zu. Die Anzahl der Spindeln in Indien, Japan und China zusammen genommen stieg von 10 Millionen im Jahr 1913 auf 14,6 Millionen im Jahr 1923, also um fast 50%. Auch der maschinelle Großbetrieb dringt vor. 1921 waren 1 238 000 Personen in Betrieben mit mehr als 50 Personen beschäftigt. »Wenn man vom Ökonomischen ausgeht, so öffnen sich für indische Volkswirtschaft mehrere Wege: Sie kann die Aufnahme von Fertigprodukten ablehnen und sich autark machen sowie zugleich in höchstem Maße Rohstoffe liefern. Freilich wird die dichte Bevölkerung und die Steigerung des Sozialprodukts durch die Industrialisierung wieder Einfuhren an Industrieprodukten zur Folge haben. Wenn aber die Unabhängigkeitsbewegung auf das ökonomische Gebiet übergreift, mag Indien mit seinen großen natürlichen Ressourcen und der Nähe zu asiatischen Industriegebieten (Japan!) die Möglichkeit der Herauslösung aus dem europäischen Wirtschaftskörper haben. Die weltwirtschaftliche Kooperation, die dem Freihandelsgedanken zugrunde liegt, hat nicht nur ökonomische Voraussetzungen, sondern auch politische. Und wer wollte leugnen, daß diese in Asien heute zu schwinden scheinen, wengleich bis heute die Handelsstatistik Indien noch immer als eines der aufnahmefähigsten Länder aufweist?«

Die in Indien weit verbreitete Erkenntnis, daß Asien auch ökonomisch ohne Europa leben kann, daß es nicht nur geistig eine Welt für sich ist sondern auch wirtschaftlich eine Welt für sich werden kann, übt einen starken Einfluß auf das außenpolitische Denken der gebildeten Inder aus. Lederer kommt zu dem Schluß: »Das Reich Europas in Asien ist vorbei; man spürt es überall diese Küsten entlang. Tut England nicht klug, wenn es diese Herrschaft lässig

und halbwillig (darin vielleicht selbst, wenn auch mit Bewußtsein, asiatisch-fatalistisch) entgleiten läßt, um in dem ehemaligen Untertanen einen guten Freund, einen zahlungsfähigen Kunden und dazu einige Flottenstützpunkte zu erhalten?«

Zu Lederers Betrachtungen kann man sagen, daß er von seinem Tokioter Beobachtungsposten aus die gekennzeichnete Entwicklung vielleicht zu schnell fortschreiten sieht. Ihr Vorhandensein wird dagegen niemand bestreiten können. Auch Lederers Ansicht, daß der Weltkrieg Asiens Selbstbewußtsein gegenüber Europa mächtig gestärkt habe, wird man beipflichten müssen. Sicher ist auch, daß die außenpolitischen Wirkungen dieser Entwicklung sich in absehbarer Zeit offenbaren werden.

Helfferrich † Das Mitgefühl mit dem grauvollen Ende, das Karl Helfferrich bei dem Eisenbahnunglück in Bellinzona am 23. April gefunden hat, macht es menschlich schwer ein Urteil über ihn als Außenpolitiker abzugeben. Gleichwohl muß wiederholt werden, was hier über den Außenpolitiker Helfferrich am 12. April 1920 bei dem Rückblick auf den Erzbergerprozeß gesagt worden ist: »Der Direktor der Anatolischen Bahn und der Deutschen Bank war recht eigentlich der Schrittmacher einer Außenpolitik, die sich in den Dienst geschäftlicher Interessen stellte. Beide Institute waren Privatunternehmungen, die sich die deutsche Außenpolitik weit mehr dienstbar machten als sie ihr dienten. Helfferrich gehörte beiden Gesellschaften an, die durch ihre Gründungen in Vorderasien den Riß zwischen Deutschland und Rußland unheilvoll erweiterten und den Osten in die Arme Englands trieben. Als Direktor der Anatolischen Bahn und der Deutschen Bank war er aber nicht nur Geschäftsmann sondern auch Außenpolitiker. Als solcher trat er aus dem Auswärtigen Amt in den Dienst dieser Gesellschaften und verwickelte so Politik und Geschäft da, wo diese Verwicklung dem Gemeinwohl am gefährlichsten war.« Charakteristisch für den Helfferrich der Kaiserzeit war seine kritiklose angelsächsische Orientierung. Diese zeigte sich besonders kraß in einer Broschüre, die er zu Kriegsbeginn zur Verteidigung der Bethmannschen Kriegspolitik über die Schuld am Krieg schrieb, und in der von ihm natürlich Rußland als der Alleinschuldige hingestellt wurde. Die angelsächsische Orientierung hat

Helfferrich bis zu seinem Tod festgehalten. Nach seiner eigenen Erklärung im Reichstag ging täglich eine große Anzahl von Engländern und Amerikanern in seinem Haus aus und ein, und ihrem Einfluß ist er sichtlich unterlegen. Die Londoner City schätzte Helfferrich denn auch als den großen Freund Englands, der unentwegt das Banner der proenglistischen Außenpolitik festhielt. Während des Ruhrkriegs hat Helfferrichs blindes Vertrauen auf die Hilfe Englands wesentlich dazu beigetragen, daß die passive Resistenz bis zur völligen Erschöpfung und fast bis zum Ruin Deutschlands fortgesetzt wurde. Seine Neigung das Unglück, das seine englische Orientierung angerichtet, seinen Gegnern zuzuschreiben trat auch nach der Niederlage Deutschlands im Ruhrkrieg wieder in die Erscheinung. Wahrheitsgemäß stellte er im Reichstag fest, daß im Ruhrkriegsjahr durch Inflationsbesteuerung 18 Milliarden Goldmark aus dem unglücklichen deutschen Volk herausgepreßt worden seien. Verantwortlich hierfür suchte er die republikanische Staatsform zu machen, wobei er jedoch verschwiegen, daß 12 von diesen 18 Milliarden auf den Ruhrkrieg entfallen, zu dessen prominentesten Urhebern er gehörte. Während des Weltkriegs zählte Helfferrich zu den Politikern, die alle Kraft gegen Rußland und Frankreich einsetzten und gegen England nur einen Scheinkrieg führen wollten. Der Verzicht auf die deutsche Flotte als Kampfmittel, der Tirpitz zum Rücktritt veranlaßte, entsprach seiner Politik. Aus diesem Grund war er auch ein schroffer Gegner des Unterseebootkriegs. Als dieser schließlich nach 1jährigem Aufschub, der England die Zeit gab wirksame Abwehrmaßnahmen zu treffen, dennoch zur Ausführung kam, blieb Helfferrich sich selbst nicht treu sondern verteidigte mit Zahlenfechtereien eine Maßnahme, gegen die er selber war, und die er bekämpft hatte. Wie in der Unterseebootfrage so ließ Helfferrich auch in allen anderen Dingen jene gerade Linie vermissen, die großen Persönlichkeiten eigen ist.

Kurze Chronik Der amerikanische Senat hat ein Gesetz angenommen, das die *Einwanderung in die Vereinigten Staaten* beschränkt und diejenigen Völker bevorzugt, die am leichtesten in dem Angelsachsentum aufgehen. Zu beklagen haben sich die slawischen und die romanischen Völker. Am schwersten werden die Japaner getroffen, die infolge einer

besondern Bestimmung in Zukunft völlig von der Einwanderungsmöglichkeit ausgeschlossen werden sollen. ◊ In aller Stille ist der *Südpol englisch* geworden. Großbritannien hat, wie aus den in der Gazette officielle des Iles Falkland veröffentlichten Verfügungen hervorgeht, das Gebiet zwischen 20° und 25° westlicher Länge und über 58° südlicher Breite annektiert; es umfaßt die meisten bisher erforschten Südpolarländer und alle Zugangsstraßen zum antarktischen Kontinent, ist reich an Seehunden und Walfischen, also wirtschaftlich ausbeutungsfähig und, bei der Entwicklung des Flugwesens, für die Zukunft wohl auch nicht ohne politische Bedeutung. ◊ In *Ägypten* ist das erste Parlament eröffnet worden. Saglul, der nationale Heros Ägyptens, ist von Mac-Donald zu Verhandlungen nach London geladen worden. Die erste und brennendste Frage der englisch-ägyptischen Verhandlungen in London wird wohl wieder der Sudan sein. Das neue Ägypten will auf seine Souveränität über den Sudan unter keinen Umständen verzichten, während England Ägyptens Ansprüche auf den Sudan als "chimärisch" bezeichnet. ◊ Die Verfassungsgebende Versammlung *Mesopotamiens* hat am 28. März mit großer Mehrheit Muhsid zu ihrem Präsidenten gewählt. Der König Faisal hat in seiner Thronrede vorgeschlagen den zwischen England und Mesopotamien abgeschlossenen Vertrag anzunehmen, wonach Mesopotamien den Beistand Englands und des Völkerbunds erhält. Von der Konstituante sollen jedoch nur 14 Abgeordnete bereit sein für den Vertrag zu stimmen. Auf 2 Abgeordnete, die als Anhänger der Ratifizierung des Vertrags mit England bekannt waren, wurden Mordanschläge verübt.

Literatur

Der ehemalige Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft *Heinrich David* hat ein Buch Englands europäische Politik im 19. Jahrhundert /Bern, Ernst Bircher/ geschrieben, das geradezu ein Musterbeispiel der angelsächsischen Orientierung ist. An sich bringt es eine fleißige Zusammenstellung von äußeren Geschehnissen der Politik, und wenn auch nirgends ihre tieferen Zusammenhänge und Wurzeln klargelegt werden, wie dies 7 Jahrzehnte nach dem ersten Versuch einer wirklichen Geschichtsdarstellung durch Marx selbstverständlich sein sollte, so hat doch auch die bloße Wiedergabe politischer und diplomatischer Tatsachen ihren Wert. Die pro-

englische Tendenz tritt dabei mit einer solchen Naivetät zutage, daß sie dadurch ungefährlich wird. In allem Ernst wird als ein Ziel der englischen Politik nach Pitt-Canningschen Worten die »Befreiung Europas« hingestellt. Dann braucht es nicht wunderzunehmen, daß der wirkliche Befreiungskampf Europas: nämlich Napoléons Ringen um den Zusammenschluß des Festlands, aus dem »flammenden Haß des größten Hassers: Napoléons« hergeleitet wird. (Beiläufig: welch eine Psychologie! Wenn David sich auch nur ein ganz klein wenig mit der Persönlichkeit dieses Größten der europäischen Politik beschäftigt hätte, wäre ihm aufgefallen, daß von allen Leidenschaftlichen Napoléon gerade der Haß die allerfremdeste war.) Der Verfasser betrachtet es eben mit Lord Palmerston als die Mission Englands überall da, wo der Druck reaktionärer Machthaber den Liberalismus und das Recht der Selbstbestimmung der Nationen bedrohte, das englische Gegengewicht in die Wagschale zu legen, und er resümiert sich dahin, daß die »englische Politik ihre vornehmste Aufgabe darin gesehen hat die Verantwortung für die wohlthätige Entwicklung der politischen Zustände im allgemeinen auf sich zu nehmen und dabei, weit häufiger als es unbilliger Voreingenommenheit deutlich geworden ist, als Vermittlerin dem Ausgleich von Gegensätzen, die die einzelnen Staaten entzweiten, zu dienen«. In der Tat, die Ereignisse der letzten Jahre, vom Weltkrieg selbst schon ganz abgesehen, haben England deutlich bei der Erfüllung dieser »vornehmsten Aufgabe« gesehen. Offenbar um ihr zu genügen, hat England alle Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und damit eines wahren Friedens in Europa, die sich in den 6 Nachkriegsjahren boten, zunichte gemacht und in der Schürung des Ruhrkriegs einen Haß gegen Frankreich in Deutschland entstehen lassen, der das schwerste Hindernis für Deutschlands und Europas Zukunft bildet. Das Buch Heinrich Davids, das in seiner moralischen Lobpreisung der englischen Absichten letzten Endes mit dem wirklichen Charakter der englischen Politik auch deren wahre Größe verkennt, ist ein lehrreiches Dokument für die anglophile Suggestion und Autosuggestion der kontinentalen Geister: ein Dokument, das hoffentlich bald nur noch die Vergangenheit kennzeichnet, die dem neuen europäischen Gemeinschaftsgeist Platz machen muß.

Sozialpolitik / Lydia Eger

**Wohlfahrts-
pflege** Seit einem Jahrzehnt arbeiten der Verein für öffentliche und private Fürsorge sowie karitative Wohlfahrtsverbände aller Richtungen daran eine Neuregelung des Fürsorgewesens herbeizuführen. Und fast möchte es unbegreiflich erscheinen, daß die langjährigen Bemühungen jetzt unter dem Schutz des Ermächtigungsgesetzes das Gewand einer Notverordnung bekommen haben, anstatt daß sie unter normalen Verhältnissen in eine entsprechende Gesetzesform gekleidet wurden. Die Forderungen der interessierten Verbände und Fürsorgeträger lauteten auf Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege in der Fürsorge für die Betreuten selbst, auf Dezentralisation in Organisation und Verwaltung, auf Beseitigung des Unterstützungswohnsitzes, der eine schwerfällige Belastung der gesetzlichen Handhabe war, endlich auf ausreichende Finanzierung durch die dazu fähigen Stellen.

Die Notverordnung (Fürsorgeverordnung), die am 1. April 1924 in Kraft getreten ist, bringt eine Reihe von Neuerungen, die kurz betrachtet werden sollen. Die Kriegsopfer- und Kriegsfolgenfürsorge baute sich auf dem Begriff des Kausalzusammenhangs auf; die früheren Methoden der Armenfürsorge gingen nebeneinander, und so führten die verschiedenen Prinzipien notwendig zu verschiedenen, ja sich widersprechenden Bestimmungen. Der ganze Apparat wurde dadurch umständlich, verteuert; hierzu trat noch die Inflation, und so konnte das System nur durch weitgehende Reichszuschüsse aufrechterhalten werden. Diesem Übelstand hätte ein allumfassendes Reichswohlfahrtsgesetz abhelfen können, so wie es in der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums vom Februar 1923 vorbereitet wurde. Das Notgesetz verlangt eine zusammenfassende vorbeugende Fürsorge, die nicht vom Einzelfall ausgeht und diesen einer einzelnen Stelle zuweist, die vielmehr den Schützling, ja möglichst dessen ganze Familie in den Mittelpunkt stellt. Denn trotz allen Verwaltungsschwierigkeiten ist die Familieneinheit der Gegenstand der Fürsorge. Neben diese Vereinheitlichung tritt in der Notverordnung die Dezentralisation, Wohlfahrtspflege ist in ihrer Durchführung nicht Reichsangelegenheit, sondern Aufgabe derjenigen, die die verhältnismäßig engste Fühlung mit dem Schützling haben, also der Gemeinde oder, noch besser, der eigenen Familie.

Die Verpflichtung der Familie wird jetzt besonders betont; soweit im Verwandtenkreis flüssige Gelder über den notwendigen Lebensbedarf der Besitzer vorhanden sind, sollen diese auf dem Verwaltungsweg durch die Behörde der öffentlichen Fürsorge herangezogen werden. Natürlich entstehen hier leicht große Schwierigkeiten, wenn es an der nötigen Prüfung der Verhältnisse durch die Behörden fehlt. Der Gedanke der verwandtschaftlichen Verpflichtung, den die neue Verordnung dem Volk wieder einimpfen will, könnte leicht das Gegenteil des Beabsichtigten hervorrufen, wenn die wirtschaftliche Belastung für den Verpflichteten zu stark wird, und dann Mißgunst und Haß unter den Verwandten eine familienzerstörende Wirkung hervorrufen. Die Zentralisation soll nur auf einem Gebiet, und zwar nach den übereinstimmenden Wünschen von Gemeinden, Ländern und Einzelvereinigungen, erhalten bleiben: in der Kriegsbeschädigten- und Kriegsfolgenhilfe, weil hier die Verantwortung und zugleich die sparsamste Verwendung der Mittel auf Seiten des Reichs liegt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Mithilfe des Hilfsbedürftigen selbst bei seiner Versorgung. Es kann sich freilich nicht darum handeln den Arbeitszwang im Sinn des Unterstützungswohnsitzgesetzes einzuführen. Es wird vielmehr die *sinnmäßige* Eingliederung des Schützlings in die Produktion verlangt werden müssen. Ferner eine feine Unterscheidung zwischen Faulenzern, denen gegenüber nur der Zwang hilft, und solchen Personen, die durch die gegenwärtige Wirtschaftslage hilfsbedürftig geworden sind, denen man also den Übergang von der einen zur andern Arbeit weitgehend erleichtern muß. Gerade hier hat die freie Liebestätigkeit noch immer ihre Bedeutung, indem sie jedem Einzelfall mit der ihr eigenen Einzelsorge nachgeht. Die Verordnung verlangt deshalb auch, daß die Leitung der öffentlichen Wohlfahrtspflege ein bindendes Glied zwischen öffentlicher und privater Fürsorge darstelle und die freie Arbeit nicht nur als unvermeidliche Dienerin, sondern als wertvolle Helferin betrachte. Der Lastenträger hat den Namen Fürsorgeverband erhalten und ist entweder Bezirksfürsorgeverband oder Landesfürsorgeverband (Zusammenschluß mehrerer Länder oder auch Teilung eines großen Landes in mehrere Landesfürsorgeverbände). Die Bezirksfürsorgeverbände werden sich meist mit den Gemeinden oder Gemeindeverbänden decken; es

können aber auch neue Verbände gebildet werden.

Ganz besondere Schwierigkeit machte die Frage der Zuständigkeit: Arbeitsort oder Wohnsitz? Besonders deshalb, weil die Lohnabzüge schon den Industriezentren zuzuflossen, während die Wohngemeinden leer ausgingen. Ein besonderer bei den Stadtstaaten aber häufig vorliegender Fall ist der, daß Wohnsitz und Arbeitsort verschiedenen Ländern angehören. § 7 der Fürsorgeverordnung bestimmt, daß die endgültige Fürsorgepflicht dem Bezirksfürsorgeverband obliegt, in dessen Bezirk der Hilfsbedürftige bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts ist dem Unterstützungswohnsitzgesetz entnommen, deckt sich jedoch mit der dortigen Anwendung insofern nicht, als der Einwand, daß ein Aufenthalt wegen Mangels der Geschäftsfähigkeit oder der Willenserklärung nicht begründet worden ist, nicht mehr zulässig ist. Das hat seine besondere Bedeutung bei der Fürsorgepflicht für Kinder. Selbstverständlich muß sich die in Frage kommende Person an dem betreffenden Ort nicht nur vorübergehend aufhalten. Zweifel werden hier, abgesehen von den Wanderarbeitern, selten entstehen. Als gewöhnlicher Aufenthaltsort gilt dann, wenn Wohnort und Arbeitsort getrennt sind, der Arbeitsort. Nur wenn der Arbeiter allabendlich an seinen Wohnort zurückkehrt, tritt dieser in die Stelle des gewöhnlichen Aufenthaltsorts ein. Gegenüber dem Unterstützungswohnsitzgesetz ist die Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts nicht an eine Frist gebunden; ein soeben angetretenes Arbeitsverhältnis genügt zur Begründung des Aufenthalts. Ebenso wie der Unterstützungswohnsitz ist auch der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der Kostenersatz weggefallen.

Nachdem am 1. April entsprechend § 60 der 3. Steuernotverordnung die Gehaltszuschüsse des Reichs weggefallen sind, ebenso alle Zuschüsse an private Organisationen, stehen Länder und Gemeinden vor der Schwierigkeit die ihnen übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Es ist ihnen deshalb eine Erhöhung des Einkommen- und Körperschaftsteueranteils auf 90% zugebilligt worden; im übrigen sollen sie die Mittel durch die Mietsteuer aufbringen. Wie das möglich sein wird, steht freilich dahin, da ja auch der Wohnungsneubau aus diesen Mitteln bestritten werden soll. Andererseits werden Länder und Gemeinden da-

durch entlastet, daß die 3. Steuernotverordnung eine Aussetzung der Verzinsung und Tilgung öffentlicher Anleihen bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen gebracht hat. Ein durch die finanziellen Verhältnisse erzwungener überstürzter Abbau im Fürsorgewesen wäre natürlich sehr bedenklich; das fürsorglicher geschulte Personal kann unter keinen Umständen entbehrt werden, und Sparsamkeit an dieser Stelle würde sich an der Arbeit selber bitter rächen.

Sozialversicherung: Umstellung Mit der Einführung der Rentenmark wurde auch eine Umstellung der deutschen Sozialversicherung nötig, an der während der Inflationsjahre mit unaufhörlichen Notbestimmungen über die Papiergeldhöhe von Beiträgen und Leistungen reichlich herumlaboriert worden war. Jetzt ist in der Angestelltenversicherung, entsprechend den gegenüber der Vorkriegszeit weit niedrigeren Einkommen, die Versicherungsgrenze auf 4000 Mark festgesetzt worden. Die monatlichen Beiträge sind in 5 Klassen von 1,50 bis 12 Mark abgestuft. Das Ruhegeld beträgt monatlich 30 Mark, Witwen- und Waisenrente 18 und 15 Mark. In der Invalidenversicherung wurden ebenfalls 5 Klassen mit Beiträgen von 0,20 bis 1,00 Mark wöchentlich gebildet; die Invaliden- und die Altersrente betragen 13, die Witwenrente und die Waisenrente je 9 Mark monatlich. Die gleiche Umstellung erfolgte bei der Kranken- und Unfallversicherung.

Darüber hinaus wird, wie auch schon seit Jahren, ein systematischer Umbau der gesamten Sozialversicherung gefordert, die Schaffung einer Einheitsorganisation für alle Zweige der Versicherung. Rudolf Knabe /Berlin/ meint in einem Artikel der Sozialen Praxis vom 6. März 1924, die Grundlage der Berufsgenossenschaften sei hierfür die geeignetste. Im einzelnen ist die Organisation so gedacht, daß die Berufsgenossenschaften Träger der gesamten Sozialversicherung werden und die bisherigen Sonderzweige mit übernehmen. Die Krankenversicherung bleibt bestehen, die Angestellten- und Invalidenversicherung wird in eine Pensionsversicherung für Angestellte und Arbeiter verwandelt, die auch die Unfallfürsorge nach bestimmten Grundsätzen mit umfassen soll. Sämtliche Arbeitnehmer bis zu einer gewissen Einkommensgrenze werden einbezogen. Soweit nötig, wird für einzelne Berufszweige (Dienstboten, Verkäufer) eine neue Berufsgenossenschaft gebildet. Die einzel-

nen Berufsgenossenschaften gliedern sich in Sektionen und diese wiederum in Bezirks-genossenschaften, die Berufsgenossenschaften ihrerseits schließen sich zum Verband der Berufsgenossenschaften Deutschlands zusammen, der als Rückversicherungsgenossenschaft gilt, während das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde fungiert. Die Finanzierung erfolgt nach dem Umlageverfahren; die Beträge, die vom Arbeitgeber an die Bezirks-genossenschaften abzuführen sind, müssen die Leistungen und sonstigen Unkosten decken. Die Leistungen der Krankenversicherung sind die selben wie bisher; die Pensionsversicherung gewährt Renten vom 65. Lebensjahr ab und nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit. Solche Personen, die weniger als 50 % erwerbsbeschränkt sind, erhalten keine Rente sondern sind, ihren Fähigkeiten entsprechend, in den Betrieben einzustellen; Die Verwaltung der Sektionen erfolgt paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Es war voraussehen, daß diese Ausführungen nicht ohne Entgegnung bleiben würden. So äußert sich der Knappschaftssekretär Hermann Schirmer /Kassel/ in der Sozialen Praxis vom 3. April 1924 dahin, daß die Berufsgenossenschaften eine ungeeignete Grundlage bilden würden. Sie umfassen längst nicht den größten Teil der Versicherten und können, abgesehen von den Unfallverhütungsvorschriften, bei weitem nicht das leisten, was die Krankenkassen seit langem aufzuweisen haben. Diese Auffassung erscheint durchaus richtig. Keine Versicherung ist so wenig in das Sozialleben eingedrungen wie gerade die Unfallversicherung; die Tragkraft der Berufsgenossenschaften ist wegen der geringern Zahl der Träger und wegen der bisher einseitigen Verwaltung weit schwächer als die der Krankenkassen, und es kann sich bei einer Vereinheitlichung der Organisation wohl nur darum handeln die Unfallversicherung auf geschickte Weise in das übrige System der Sozialversicherung einzugliedern.

Türkei; Bergarbeiterschutz Die Nationalversammlung von Angora hat ein Gesetz über den Betrieb von Bergwerken beschlossen, dessen wichtigster Inhalt folgender ist: 1. Jeder Bergbauunternehmer hat Wohnungen, Bäder, voll ausgestattete Ambulatorien, Küchen, Schulen und Moscheen für die Arbeiter und ihre Kinder zu errichten. 2. Zwangsarbeit und Arbeit von Kindern unter 13 Jahren ist ganz, Beschäftigung von Kin-

dern unter 16 Jahren ist unter Tage verboten. 3. Der Unternehmer hat 2 % der Lohnsumme zum Unterhalt von Krankenhäusern zu entrichten, ohne diese Summe vom Lohn abziehen zu dürfen. 4. Der Unternehmer hat alle Arbeiter, die infolge ihrer Arbeit erkranken oder einen Unfall erleiden, auf seine Rechnung ärztlich behandeln zu lassen; es sind Massenspeisungen für die Arbeiter einzurichten. 5. Der Arbeitstag darf im Maximum nicht über 8 Stunden betragen, Überstunden sind doppelt zu bezahlen. 6. Werden die Löhne nicht ausgezahlt, so können zur Befriedigung der Arbeiter die Kohlenvorräte oder jedes andere Eigentum der Eigentümer des Werks beschlagnahmt und zugunsten der Arbeiter verkauft werden.

Es ist wohl anzunehmen, daß die meisten dieser Bestimmungen vorerst nur auf dem Papier stehen bleiben werden. Wie weit die neue Türkei eine wirkliche Sozialpolitik wird treiben können, wird von der Entwicklung ihrer Wirtschaft abhängen, das heißt davon, ob die erwachenden nationalen Kräfte sich zu wirklicher produktiver Gestaltung konzentrieren werden. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, wie überall, vornehmlich aber in den Staaten, die im Weltkrieg unterlegen sind, eine richtige Orientierung der Außenpolitik, die das Werden des neuen Europas erkennt.

Informationsmittel Der 15. Band der Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ bringt das *Hausarbeitsgesetz* in der Fassung vom 30. Juni 1923. Niemand anders war so in der Lage diesen Stoff aus theoretischer Mitarbeit und vielseitiger Anschauung darzustellen wie Käthe Gaebel, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium. Besonders ausführlich sind die Abschnitte besprochen, die sich mit den Fachausschüssen beschäftigen, und zwar deshalb, weil die Ausschüsse, obwohl sie erst 8 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes gebildet wurden, doch noch keine wirkliche Tätigkeit entfalten konnten. Dem Kommentar sind ferner die Ausführungsverordnungen des Reichs beigelegt. Im 26. Band der gleichen Sammlung werden die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums über *öffentliche Notstandsarbeiten*, vom 17. November 1923, wiedergegeben.

Kurze Chronik In der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 9. September 1923 in

Luxemburg sprach Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, über die *Verhütung der Arbeitslosigkeit*. Er betonte die Notwendigkeit der Reorganisation privater Vereinigungen wie der genannten, auch nachdem das Internationale Arbeitsamt die Verhütung der Arbeitslosigkeit in seinen Aufgabenkreis einbezogen hat. Er stellte dar, was vom Internationalen Arbeitsamt auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist: in den Washingtoner Beschlüssen Überwachung und allmähliche Abschaffung der gewerblichen Stellenvermittlung, Organisation der gruppenweisen Anwerbung von Arbeitern für das Ausland, Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, Ausführung öffentlicher Arbeiten während Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Thomas forderte die Vereinigung auf nach ihren Kräften für die Ratifikation des Übereinkommens und Durchführung der Vorschläge Sorge zu tragen. \diamond Die Blätter des Deutschen Roten Kreuzes /Charlottenburg, Cäcilienhaus/ brachten am 15. Februar ein Gutachten für die internationale Rote Kreuz-Hilfe über die Notlage in Deutschland nach dem Stand vom Dezember 1923. Neben der Not der Jugend, der ländlichen und städtischen Mittelstandskreise wird insbesondere die *Notlage der geistigen Arbeiter* dargestellt. Ein Beispiel: Die Möglichkeit des Büchereinkaufs ist für Gelehrte im Vergleich zur Vorkriegszeit von durchschnittlich 10 % auf 1,1 % der Jahreseinnahmen zurückgegangen. 21 % der preußischen Privatdozenten waren zum Nebenerwerb gezwungen, mehr als 20 % bezogen ein Einkommen, das dem eines ungelerten Arbeiters nachstand. Von den 5000 im Reichsverband organisierten deutschen Journalisten und Schriftstellern waren 1000 ohne Stellung, die übrigen bezogen nur noch ein Zehntel ihres Friedenseinkommens. \diamond Der Bericht des Kaiserin Augusta-Hauses, der Reichsanstalt zur Bekämpfung der *Kleinkindersterblichkeit*, über sein Geschäftsjahr 1922-1923 gibt ein erschütterndes Bild der Kriegsfolgen, soweit sie die Volksgesundheit berühren, und der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen alle Anstalten und Organisationen zur Behebung dieser Nöte zu leiden hatten. Obgleich die Anzahl der in der erwähnten Anstalt eingelieferten Kinder stark abgenommen, ist die Anzahl der aufgenommenen tuberkulosekranken Kinder die gleiche geblieben; die Zahl der Todesfälle hat sich erhöht. Im Reich sind die Anstalten der geschlossenen Fürsorge zurückgegangen,

14,8 % der Säuglingsheime und -krankenanstalten wurden im Lauf des Berichtsjahres geschlossen, und gegenüber dem Jahr 1921 sind etwa 50 % der Krippen eingegangen. Dagegen ist die offene Fürsorge weiter ausgedehnt worden; mehr als 4200 Säuglingsfürsorgestellen werden jetzt im Reich gezählt. \diamond Der Bericht der *Angestelltenkammer Bremen* für das Jahr 1923 zeigt im wesentlichen das gleiche Bild, das die gesamte Volkswirtschaft aufweist: verhältnismäßig guter Geschäftsgang Anfang des Jahres, erhebliche Verschlechterung am Schluß, infolgedessen starke Erhöhung der Arbeitslosenzahl und Verschlechterung der Gehälter. \diamond Heute, am 27. Mai, wird *Eduard Bernhard*, seit langen Jahren Mitglied des Ausschusses des Berliner Gewerbegerichts, 70 Jahre alt. Bernhard ist ein praktischer Sozialpolitiker aus Überzeugung und Gesinnung, und er hat sich namentlich um die Entwicklung des Schlichtungswesens große Verdienste erworben. Seine berufliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Tiefbaus führte ihn zu einer eingehenden Beschäftigung mit den sozialen Problemen, die sich bei einer tiefern Erfassung der Produktionsaufgaben von selbst ergeben. Und dieses Interesse setzte sich bei ihm dann in aktive Betätigung in einer Reihe von sozialpolitischen Organisationen um. Seitdem das Berliner Gewerbegericht besteht, also seit etwa 30 Jahren, war er in ihm Beisitzer und dann Vorsitzender der Arbeitgeberbeisitzer, und er hat bei der Beilegung der großen Berliner Lohnkämpfe in diesen Jahrzehnten in hervorragender Weise mitgewirkt. Sein gerechtes Denken und namentlich sein soziales Empfinden haben ihm auch gerade in den Kreisen der Gewerkschaften Vertrauen verschafft, was ihm die Durchführung seiner Aufgaben erleichterte.

Literatur Das Sächsische Landesamt für Wohlfahrtspflege gibt seit 3 Jahren und, nach kurzer Unterbrechung im Jahr 1923, ab Januar 1924 wieder regelmäßig die *Blätter für Wohlfahrtspflege* alimonatlich heraus. Sie bieten vielerlei Anregung und können Behörden und Fürsorgestellen wegen der Aussprache über praktische Versuche und Erfahrungen nur angelegentlichst empfohlen werden. In der 1. Nummer dieses Jahres findet sich das Protokoll über eine Aussprache des Landesamts für Wohlfahrtspflege mit den mit der Durchführung von Sparmaßnahmen beauftragten Stellen über Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Wohl-

fahrtspflege. In dieser Konferenz wurden Leitsätze aufgestellt, aus denen folgende Punkte hervorgehoben zu werden verdienen: Gespart werden kann durch Zusammenfassung der einzelnen Zweige der Fürsorge in einheitlichen Trägerschaften, durch örtlich dezentralisierte Familienpflege, durch Heranziehung der Unterhaltungsverpflichteten und Ausdehnung der Unterhaltungspflicht sowie Aufhebung der *exceptio plurium* (§ 1717 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), Planwirtschaft im Anstaltswesen, Ausbau der Familienunterbringung neben der Anstaltsfürsorge. Sehr zu begrüßen ist, daß neben diesen wirklichen Sparmaßnahmen auch die Wege genannt sind, die eine Ersparung nur vortäuschen, in Wirklichkeit aber wieder finanziell belastend wirken: Abbau bewährter beruflicher Außenbeamter und -fürsorgerinnen, Abbau von Einrichtungen vorbeugender Art, unzulängliche Hilfe im Einzelfall. ◊ In 2 Schriften macht uns *Hans Fehlinger* mit der Internationalen Arbeitsorganisation vertraut. Die erste ist unter dem Titel *Die Internationale Arbeitsorganisation und ihre Ergebnisse* erschienen /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes/ und bringt einen Überblick über die Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes von Robert Owen an über Blanqui, Legrand bis zu Adolf Wagner, Brentano und Hertling und der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation. Deren Organe, die von ihr abgehaltenen Konferenzen, ihre Vorarbeiten für die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung werden eingehend dargestellt. Die 2. Schrift, *Erfolge der Internationalen Arbeitsorganisation* /Leipzig, Dieterich/, bringt den selben Stoff in wesentlich zusammengedrückter Form. Beide können als Informationsmittel und Handbuch empfohlen werden.

Genossenschaftsbewegung / August Müller

Internationale Der Ausschuß des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt am 9. und 10. Februar in Antwerpen eine Sitzung ab, an der Deutschland nicht teilnahm. Die Verhandlungen waren mit Beschwerden über Genossenschaftsverfolgungen in Bulgarien und Italien ausgefüllt. Ferner wurde berichtet, daß die vollständige Unabhängigkeitserklärung der russischen Genossenschaften nur noch eine Frage kurzer Zeit sei, und daß in Lyon eine Flagge für den Bund hergestellt werde, die die Farben des Spektrums zeige.

Vom 21. bis zum 25. März trat dann der Zentralvorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes in Prag zusammen. Dort beteiligten sich deutsche Vertreter. Auch auf dieser Konferenz kamen die in verschiedenen Ländern herrschenden Streitigkeiten zwischen den abweichenden Richtungen der Genossenschaften und vor allem die Klagen über Verfolgungen durch die Behörden zum Ausdruck. Ferner wurde über die Lage der Genossenschaften in Bulgarien, Georgien und Rußland gesprochen. Der Moskauer Zentrale wurden 2 neue Plätze im Zentralvorstand des Bundes eingeräumt. Die Finanzlage des Bundes ist nicht sehr erfreulich, und seine Tätigkeit leidet unter dem Mangel an Mitteln. Über die Flagge des Bundes wurden weitere Angaben gemacht; sie soll auf weißem Untergrund 7 farbige Streifen und Sterne tragen. Kleine Nachbildungen dieser Flagge will man als internationales Abzeichen herstellen. Weniger leicht war die Verständigung über die internationale Genossenschaftspolitik. Die Thesen, die vom Baseler Kongreß angenommen waren, fanden so viel Widerspruch, daß man zu dem Ergebnis kam, eine Einheitlichkeit über internationale wirtschaftliche Fragen könne innerhalb des Internationalen Genossenschaftsbundes nicht wohl erzielt werden. Man will darum das Thema nicht weiter behandeln. Im August soll in Gent ein internationaler Genossenschaftskongreß stattfinden, verbunden mit einer internationalen Ausstellung, die vom 15. Juni bis zum 15. September dauern soll. 28 Staaten haben bisher ihre Teilnahme angemeldet. Die deutschen und österreichischen Delegierten gaben die Erklärung ab, daß sie sich wegen der Ruhrbesetzung an Kongreß und Ausstellung nicht beteiligen würden. Die Veranstaltung wird aber trotzdem stattfinden. Die Beteiligung fascistischer italienischer Genossenschaften an der Ausstellung wurde damit erklärt, daß der Bund tolerant sei und alle Arten Genossenschaften willkommen heiße. Die Beziehungen zur Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam, die man eingeleitet hat, scheinen sich nicht sehr gut fortzuentwickeln. Die Leitungen der Genossenschaften und der Gewerkschaften waren zur Lösung verschiedener Fragen mit einander in Verbindung getreten; sie wollten besonders eine Vereinbarung treffen, durch die Sympathiestreiks in genossenschaftlichen Betrieben verhütet werden sollten. Die bolschewistischen Teilnehmer an der Konferenz sahen aber in den Verhandlungen einen »Verstoß gegen die

Neutralität«, weil nicht zugleich mit der internationalen bolschewistischen Gewerkschaftszentrale in Moskau verhandelt worden sei. Darauf beschloß man, daß sich der leitende Ausschuß des internationalen Bundes bei den Verhandlungen möglichst reserviert verhalten solle; die Verbindungen mit internationalen Gewerkschaftszentralen dürften nicht so weit gehen, daß dadurch die Neutralität des Internationalen Genossenschaftsbundes verletzt würde.

Im Anschluß an die Tagung fand dann noch eine Konferenz der Großeinkaufsgesellschaften statt, in der man die Errichtung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft beschloß. Sie hat zunächst ihren Sitz in Manchester und wird durch die Großeinkaufsgesellschaften der einzelnen Länder gebildet, die innerhalb von 6 Monaten ihren Beitritt anmelden müssen, wenn sie zu den Gründern gehören wollen. 2mal jährlich soll eine Generalversammlung stattfinden; die Leitung der internationalen Großeinkaufsgesellschaft wird ein 9köpfiger Ausschuß übernehmen, der in der 1. Generalversammlung des Unternehmens gewählt wird. Man wird abwarten müssen, ob sich aus diesen Ansätzen tatsächlich eine internationale Großeinkaufsgesellschaft entwickelt. Der Frage einer internationalen Bank wurde eine Resolution gewidmet, die durch ihre Inhaltslosigkeit vermutlich die Ablehnung des Projekts verdecken soll.

Hamburg: Der Konsum-, Bau- und Produktion Sparverein Produktion, dessen Entwicklung in dieser Rundschau stets im einzelnen verfolgt wurde, feierte am 24. Januar sein 25-jähriges Bestehen. Ende 1922 verfügte die Produktion über 136 000 Mitglieder, und im Dezember 1923, in der Zeit der härtesten Krisis, hatte sie bereits wieder einen Umsatz von insgesamt 1¹/₂ Millionen Goldmark.

Die Produktion stellt den hervorragendsten Typus jener Genossenschaften dar, die danach streben die Verteilung von Gebrauchsgütern als Grundlage einer möglichst umfangreichen und vielseitigen Eigenproduktion zu benutzen. Von vornherein setzte sie sich die Organisierung der Sparkraft ihrer Mitglieder in besonderer Weise zum Ziel, viel mehr als die anderen Genossenschaften in Deutschland. Sie förderte auf Grundlage dieser Organisierung der Sparkraft vor allem den genossenschaftlichen Wohnungsbau und erreichte höchst beachtenswerte Ergebnisse durch dieses Zusammenwirken

von Spartätigkeit, genossenschaftlichem Wohnungsbau und allgemeiner Genossenschaftsarbeit. Durch den Krieg ist ihr Wirken nach dieser Richtung leider in gewisser Hinsicht stillgelegt. Aber auch sonst dürfte die Produktion diejenige Genossenschaft in Deutschland sein, die die mannigfaltigsten und leistungsfähigsten Eigenproduktivbetriebe aufzuweisen hat. Sie besitzt eine der größten Schlachtereien in Deutschland, verbunden mit einer Fleischkonservenfabrik, 2 Bäckereien, 1 Konditorei, 1 Mühlenbetrieb, 1 chemisch-technischen Fabrik, 1 Schrotmühle, 1 Kaffeerösterei, 1 Mineralwasserfabrik. Ferner betreibt sie 1 Möbelfabrik, 1 Schlosserei, 1 Schmiede, 1 Klempnerei, 1 Tischlerei, 1 elektrische Werkstatt, 1 Baubureau, 1 Ziegelei, bewirtschaftet ein 1600 Morgen großes Landgut und 2 Molkereien und besitzt 268 Verkaufsstellen, 2 Kaufhäuser, 2 Kohlenlager, 35 Automobile, 100 Wagen, 70 Pferde, 30 große Elbkähne und 2 Schleppler. In Haffkrug an der Ostsee hat die Produktion ein eigenes Kindererholungsheim eingerichtet. Neben ihren 136 000 Mitgliedern umfaßt sie noch 2000 Arbeiter und Angestellte, so daß ein guter Teil der Großhamburger Bevölkerung in ihre Interessen eingegliedert ist.

Alles dieses hat sich aus kleinen Anfängen entwickelt, zunächst gegen den Widerstand starker, Geist und Willen der Arbeiter beeinflussender Kräfte. Die Entwicklung der Hamburger Produktion ist implizite die Entwicklung des wirtschaftlichen Wirkens des revisionistischen Gedankens in Deutschland; sie ist daher mit den Sozialistischen Monatsheften eng verknüpft, und viele Blätter dieser Zeitschrift sind Blätter der Geschichte jener vorbildlichen Genossenschaft. Die Zweifeln wurden im Lauf dieser 25 Jahre erst zum Schweigen gebracht und dann in Förderer und Bewunderer verwandelt. Die Produktion verdankt ihre Erfolge nicht nur der Tatsache, daß sie auf dem richtigen Prinzip aufgebaut ist; sie wurde auch auf ihre jetzige Höhe durch die hingebende und tatkräftige Arbeit ihrer Leiter gebracht, die dem Unternehmen bis zum heutigen Tag den richtigen sachlichen und idealistischen Geist erhalten haben. Vor allem hat die Produktion die Namen ihrer Gründer: Adolph von Elms und Helma Steinbachs, zu ehren, die auch den Lesern der Sozialistischen Monatshefte unvergeßlich sind. Die gegenwärtigen Leiter des Unternehmens haben deren Tradition bewahrt und nach besten Kräften mit dem ihnen anvertrauten Pfund gewuchert.

Gewerkschafts- Einige Jahre vor dem Aus-
bank bruch des Krieges wurden

zwischen den Leitungen der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften eifrige Verhandlungen über ein Zusammenwirken beider Bewegungen geführt. Im Tarifamt deutscher Konsumgenossenschaften war bereits eine Institution geschaffen, in der beide Organisationen zusammenwirkten. Daran schloß sich die Gründung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsanstalt Volksfürsorge. Aber die Pläne auch eine gemeinsame Feuerversicherungsanstalt zu schaffen sind gescheitert. Ebenso kam es auf Gebieten sozialer Art, bei Bekämpfung der Heimarbeit, Bekämpfung der Unternehmer, die keine Tariflöhne zahlen, bei Bekämpfung der Gefängnisarbeit und ähnlichem, über schönklingende Formulierungen eigentlich nicht hinaus. Die durch den Krieg und die Nachkriegszeit bewirkte Veränderung der Position der Gewerkschaften hat übrigens das Interesse der Gewerkschaften an einer Mitwirkung der Konsumgenossenschaften bei Behandlung dieser Fragen geschwächt.

Ein vielerörtertes Thema war dann noch die Frage der Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Bank. In gewissem Maß ist ja die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bis zum Ausbruch des Krieges eine Art von Gewerkschaftsbank gewesen, die ziemlich erhebliche Summen der Gewerkschaften, die langfristig festgelegt werden konnten, verwaltete. Es war darum ganz selbstverständlich, daß der Gedanke auftauchte, ob ein Zusammenwirken beider Organisationen bei der Schaffung eines Bankinstituts möglich sei. Die Erörterungen über diese Frage führten aber nicht zum Ziel. Vor einiger Zeit teilte das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften mit, daß eine Gewerkschaftsbank: die Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, am 26. März 1923 gegründet worden sei. Das Unternehmen hat ein Anteilskapital von 90 Millionen Mark. Es ist zu ungünstiger Zeit ins Leben getreten, und es wird sich erst noch zu erweisen haben, ob es lebensfähig ist. Vorläufig ist der Aufgabenkreis dieses Unternehmens vorsichtigerweise allerdings recht eng gezogen, was durchaus zu begrüßen ist. Worauf es zurückzuführen ist, daß eine genossenschaftlich-gewerkschaftliche Zusammenlegung der Kapitalkräfte nicht zustande kam, läßt sich schwer sagen. Vermutlich

ist das dadurch zu erklären, daß weder bei den Genossenschaften noch bei den Gewerkschaften der Gedanke einer gemeinsamen Bank besonders viel Freunde gefunden hat. Die Schwierigkeiten wären aber nicht unüberwindlich. Wenn die modernen Gewerkschaften dem schon früher gegebenen Beispiel der christlichen Gewerkschaften gefolgt sind und ein besonderes Bankinstitut gegründet haben, so ist das wohl auch zum Teil ein Beweis für eine Einstellung der Gewerkschaften wirtschaftlichen Fragen gegenüber, die die Bedeutung des organisierten Verbrauchs verkennt. Bei aller Würdigung der nicht zu bestreitenden sachlichen Schwierigkeiten muß man doch sagen, daß es tiefere Einsicht in die sozialen Aufgaben der genossenschaftlichen und der gewerkschaftlichen Bewegung bekundet hätte, wenn der Versuch gemacht worden wäre ein gewerkschaftlich-genossenschaftliches Bankunternehmen ins Leben zu rufen.

Kommunistische Einer in einer Sitzung des
Agitation bolschewistischen Genossenschaftsrats in Moskau am

20. September 1923 ausgegebenen Parole folgend arbeiten die deutschen Kommunisten in jüngster Zeit lebhaft darauf hin auch die Konsumgenossenschaften den kommunistischen Parteizielen dienstbar zu machen. Im Herbst 1923 wurden verschiedentlich Konferenzen abgehalten, darunter eine in Chemnitz am 21. Oktober und außerdem ein sogenannter Ernährungskongreß am 15. Oktober in Leipzig. Auf diesen Tagungen wurden Anweisungen erteilt, wie man die Genossenschaften erobern könnte; das hielt die Veranstalter aber nicht davon ab die gesamten Konsumgenossenschaften zu ihren Veranstaltungen einzuladen. Eine weitere Konferenz fand am 2. Dezember in Weißenfels statt; ihr schloß sich in der Zeit vom 10. bis zum 17. April eine "Genossenschaftswoche" an, deren Ziel es war die Genossenschaftsverwaltungen entweder auf das kommunistische Genossenschaftsprogramm festzulegen oder, wie es in einer von Limbach in Sachsen ausgehenden Adresse heißt, »erbarmungslos niederzuschlagen«. Eine Anzahl Vereine erfreut sich kommunistischer Verwaltungen, vor allem in Mitteldeutschland und in Thüringen; wie es scheint, werden sie stark zur Förderung kommunistischer Parteizwecke mißbraucht. In einer Veröffentlichung in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 26. April 1924 wird ausgesprochen, daß die deutschen Konsumgenossenschafter sich

in den nächsten Wochen endgültig schlüssig zu machen hätten, ob sie mit dieser kommunistischen Richtung oder gegen sie gehen wollten. Man darf daraus wohl schließen, daß sich die Dinge nun so weit entwickelt haben, um die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vor die Frage zu stellen, ob für Konsumgenossenschaften mit kommunistischer Verwaltung noch Platz in den Reihen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vorhanden ist. Eine kommunistische Konsumvereinszentrale in Weißenfels ist Propagandazentrale zur Verbreitung "kommunistischer Zellen" in der Konsumvereinsbewegung.

Aufklärungs-schriften

Als einen Beitrag zum Genossenschaftswesen und zur modernen Frauenbewegung bezeichnet Robert Schlosser eine von ihm herausgegebene Schrift über die *Frauenfrage* und die Genossenschaftsbewegung, die im Verlag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reisholz erschien. Die genannte Genossenschaftsorganisation wendet der Aufgabe besondere Aufmerksamkeit zu die Frau für das Konsumgenossenschaftswesen zu interessieren. Diesem Wunsch verdankt auch die vorliegende Broschüre ihre Entstehung. Sie faßt eine Anzahl von Aufsätzen aus weiblicher Feder über genossenschaftliche Themen aus der Genossenschaftsliteratur der verschiedensten Länder zusammen, wobei allerdings auch einige Männer über die gleichen Fragen zu Wort kommen. Die Schrift hat vorwiegend propagandistischen Charakter; sie wird aber auch mit Nutzen von denen gelesen werden, die sich für die grundsätzliche Stellung der Frauen gegenüber der Konsumgenossenschaftsbewegung und der Konsumgenossenschaften gegenüber der Frauenbewegung interessieren. Leider ist das Buch auf abschaulichem grünen Papier gedruckt, so daß die Lektüre nicht gerade eine angenehme Aufgabe ist.

Als 1. Band einer Internationalen Genossenschaftsbücherei ließ die Thüringer Verlagsanstalt in Jena eine Schrift Vahan Totomjanz' *Grundlagen des Genossenschaftswesens* erscheinen. Sie enthält gekürzt eine Anzahl Vorlesungen, die der Verfasser an der Genossenschaftsuniversität in Rom, am Russischen Genossenschaftsinstitut in Prag und schließlich an der Prager Deutschen Universität gehalten hat. Das Büchlein behandelt die Genossenschaftsprobleme in umfassender und, wie sich bei dem Verfasser von selbst versteht, äußerst

sachlicher und anregender Art. Es ist als Einführung in das Genossenschaftswesen gedacht und erfüllt diese Aufgabe besser als manches dickleibige systematische Werk. Die Thüringer Verlagsanstalt hat durch das Schriftchen ihre Genossenschaftsbücherei sehr gut empfohlen.

Kurze Chronik Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erweiterte ihre Produktivbetriebe am 1. Januar 1924 durch Übernahme der *Genossenschaftsweberei* Leupoldsdgrün, die bisher eine selbständige Produktivgenossenschaft bildete. ◊ Die *Kolonialwarenhändlergenossenschaftsbewegung* zeigt in der letzten Zeit eine starke Ausdehnung. Auf einem außerordentlichen Verbandstag des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften, der am 7. Januar in Berlin stattfand, wurde mitgeteilt, daß sich im Jahr 1923 die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften um 124 auf 578 erhöht hat. 11 Genossenschaften mußten ausgeschlossen werden, weil sie sich in Aktiengesellschaften umwandelten. Außerdem besteht im Rheinland eine kaufmännische Genossenschaftsbewegung unter dem Namen Westland, Rheinisch-Westfälischer Landesverband der Kolonialwarenhändler, mit dem Sitz in Essen; sie errichtete vor 3 Jahren eine eigene Wirtschaftsstelle in Form einer Aktiengesellschaft, den Westkauf, der zurzeit etwa 120 Genossenschaften angeschlossen sind. Der Verband besitzt die Rechte eines Revisionsverbandes und hat nunmehr seine Ausdehnung über ganz Deutschland beschlossen. Er hat in Berlin eine Zentralwirtschaftsstelle eingerichtet und verfügt im ganzen über 9 Provinzialzentralen neben dem Westkauf. ◊ Die *Preußische Zentralgenossenschaftskasse* hat nunmehr die Umänderung ihrer Verfassung vollendet, über die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 47) bereits berichtet worden ist. Ihr Grundkapital wurde um 20 Millionen Goldmark erhöht; zugleich erhielt der preußische Finanzminister die Ermächtigung die Einlage des Staates bis zu 30 Millionen Goldmark zu erhöhen, wenn dies erforderlich sein sollte, um dem Staat gegenüber anderen Beteiligten die Mehrheit des Grundkapitals zu erhalten. Am 22. März wurde in der preußischen Gesetzessammlung eine neue Fassung des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits veröffentlicht, die alle Änderungen in der Verfassung des Instituts berücksichtigt.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Wolfgang Metzger

Psychoanalyse und Philosophie Sigmund Freuds letzte theoretische Schriften zeigen, daß die Triebkräfte seiner Lehre noch durchaus lebendig sind: das Streben Vorgänge im beseelten Organismus niemals als Zufälligkeiten sondern stets als sinnvoll und demnach als innerlich erklärbar anzusehen; sie zeigen, daß ihm die Tatsachen über der Lehre stehen. In der unlängst herausgebrachten französischen Ausgabe der 1909 in Amerika gehaltenen Vorlesungen über Psychoanalyse hebt er noch gegen Jung seine ursprüngliche Aufstellung auf schärfste hervor: Sexualtriebe und Ichtriebe seien zweierlei, und die Lust (libido) vertrete ausschließlich die Energie der erstgenannten. In der 1920 veröffentlichten naturphilosophischen Schrift *Jenseits des Lustprinzips* /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ betont er, daß der Gegensatz zwischen den Selbsterhaltungstrieben (früher »Ichtrieben«) und den Sexualtrieben aufzugeben sei, da auch jene libidinös, also sexueller Natur seien; er stellt sich die Frage, ob nicht vielleicht andere als sexuelle Triebe gar nicht vorhanden seien, möchte sie jedoch nicht behagen, obwohl ihm der Nachweis nichtlibidinöser Triebe recht schwer wird. Sexualtrieb fällt demnach mit Lebenstrieb zusammen. Dies sagt Freud nicht, aber folgerichtig stellt er dem Sexualtrieb als Gegenspieler nunmehr einen Todestrieb gegenüber. Das Ich und das Es /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ zeigt auch nicht mehr einfach das Bewußte und das Unbewußte als gegnerische Bollwerke der verdrängenden und der verdrängten Kräfte, da jederlei Kräfte, zum Beispiel auch sittliche, unbewußt wirken können, und man jederzeit bewußtseinsfähige Gedächtnisinhalte oder gar unbewußte Gedankenentwickelungen kaum verdrängt nennen kann. Das »Ich« und das »Es« vertreten etwa die früheren Heerlager des Bewußten und des Unbewußten, stehen aber nicht mehr in deren Gleichgewichtsverhältnis.

Das »nach Georg Groddecks Buch vom Es /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ sogenannte Es ist die abgesehen von allen möglichen Außenbeziehungen betrachtete organische Einheit des Menschen; das Ich ist nur die unter dem Einfluß des Wahrnehmungssystems modifizierte oberste Schicht des Es, die außer von den Ansprüchen des

Es und denen der Außenwelt auch noch von denen des Überichs bestimmt wird, dieses Trägers des Gewissens, den das Ich aus der Überwindung des jugendlichen Vaterhasses selbst entwickelt hat; und es ist kein Wunder, daß, obgleich über das Ziel: den Lustgewinn, kein Streit herrscht, im Ich allerlei Kämpfe über die zugleich intensivste (Es), zweckmäßigste (Außenwelt) und befriedigendste (Überich) Erreichung des Ziels entstehen müssen. Der wesentlichere Kampf: zwischen dem Lebenstrieb und dem Todestrieb, spielt sich stumm und selten faßbar in den Tiefen des Es ab; nur als Zerstörungstrieb verkleidet, wagt sich der zweite hie und da an die Oberfläche (siehe auch diese Rundschau, 1923 Seite 636 f.). Der Todestrieb hat die Aufgabe (die »Absicht«) »das organische Lebende in den leblosen Zustand zurückzuführen«. Ebenso haben nach Groddeck *alle* Krankheiten, auch Ansteckungen und Unglücksfälle eine Aufgabe, eine Absicht des Es auszuführen. Es ist demnach vorausgesetzt, daß alles, was am lebenden Menschen geschieht, innern Sinn hat, daß es keinen Zufall, keine äußere Notwendigkeit gibt. Sinn haben aber heißt Absichten, Ziele verfolgen, und so kommt Freud, wie Groddeck, konsequent zur Annahme einer Art Zweckdenkens nicht nur für jederlei Lebewesen sondern sogar für Organe, entsprechend den vitalistischen Psychoiden und Entelechieen zum Beispiel in Hans Driesch' *Philosophie des Organischen* /Leipzig, Wilhelm Engelmann/. Da alle Ziele des Lebenstriebs im Grunde sexueller Natur sind, so ist danach die Erfüllung, die ja zudem in allen denkbaren Lebensbetätigungen und Schicksalen stattfindet, fast immer symbolisch.

Auf diesem Weg wird nun oft, in Ansätzen schon bei Freud, kraß erst bei einzelnen seiner Schüler, der Sinabegriff noch weiter eingeeengt: Sinn haben heißt dann etwas bildlich darstellen oder ausführen wollen, Symbol sein; und bei vielen, zum Beispiel Groddeck, nur noch Symbol geschlechtlicher Tatsachen sein. Die Symbolbeziehung, ihre Entstehung und ihr Inkrafttreten, wird so zu einem Brennpunkt der psychoanalytischen Lehre und Forschung. Erkenntnistheoretische Arbeiten, zum Beispiel *Otto Fenichels* Arbeit *Psychoanalyse und Metaphysik* (im Philosophischen Heft der Imago), sprechen indes nicht davon, und die psychoanalytische Theoriebildung zeigt völlig eindeutig, daß eine erkenntnistheoretische Durcharbeitung des Begriffs nicht als nötig empfunden wird, weil die

Symbolbeziehung, obwohl sie durchweg ganz naiv auf Grund eines irgendwie möglichen Sinnzusammenfalls gesucht wird, theoretisch niemals unmittelbar auf diesen zurückgeführt wird sondern stets auf eine äußere Koppelung im Sinn der Assoziationslehre, die irgendwann einmal, entweder im eigenen Vorleben oder in dem beliebig früher Vorfahren, durch Zusammentreffen oder durch die Klammer gemeinsamer Benennung entstanden ist. Wobei sich für jede ein Spezialmechanismus gebildet hat, der, auch bei völliger Untätigkeit durch die Geschlechterfolge jahrtausendlang unversehrt fortbestehend, alle weiteren Aktivierungen besorgt. Normalerweise sind die jüngsten Mechanismen in Tätigkeit; nur bei deren Störung springen der Reihe nach ältere und älteste ein (Regression). Alles, auch das Irrsinnigste, heute Abnorme ist Restbestand einstiger Norm. Was Freud der Dingkoppelung zutraut, zeigt auch seine Erklärung des Bewußtwerdens von Gedanken. Dies geschieht (nach Ich und Es) »durch Verbindung mit (den entsprechenden akustischen) Wortvorstellungen«; eine Annahme, die durch die Fälle bewußten Denkens bei Mangel an jeglicher Wortvorstellung widerlegt wird, worüber Wladimir Eliasberg (Die Praxis der Aphasiebehandlung, in der Klinischen Wochenschrift vom 5. Februar 1924) berichtet. So gelangt die Psychoanalyse in der Sinndeutung auf der andern Seite zur extremsten Mosaikerklärung der biologischen Kausalität, zur Mnemelehre Semons. Dies zeigt überraschend deutlich die Psychomechanik *Walter Gutmanns* /Wien, Hugo Heller & Co./, der eine Synthese der Lehren Freuds und Semons versucht, ohne zu merken, daß sein neuer Begriff der »engraphischen Qualität« (Umbildung des Gesamtorganismus durch das Erlebnis) bei konsequenter Durchführung alle alten Schläuche des Engramm- und Mechanismenschatzes zerreißen müßte.

Beispiele für die symbolische Deutung außersexueller Tatbestände bieten gerade die erkenntnistheoretischen Versuche im Philosophischen Heft der *Imago*: *Egenolf Roeder* will in einer Arbeit Das Ding an sich, nachweisen, daß die logischen Formen in *Aristoteles' Analytica posteriora* nichts als Bilder geschlechtlicher Tatsachen sind, und daß alles logische Verstehen »seine Bündigkeit nur von dieser vorangegangenen Raumerfahrung« erhalte; was alle spätere Wissenschaft nur zu verdecken bemüht war. *Johannes Herrmann* zeigt an *Hume* und *J. Stuart Mill*, wie die Evidenz wissen-

schaftlicher Thesen entsteht. Bei *Hume* habe die überragende Bedeutung der Ähnlichkeitsbeziehung ihren Grund in seiner geschlechtlichen Inversion, als einer Anziehung des Ähnlichen; der Kampf des Sohnes gegen die übermächtige väterliche Autorität bestimme Mill die Erfahrung über die Deduktion aus (autoritativ geltenden) Allgemeinsätzen zu stellen. So erweist sich der Subjektivismus als die Erkenntnistheorie der Psychoanalyse, was Freud (ähnlich wie *Groddeck*) in Ich und Es allgemein so ausspricht: Bei einer Überbesetzung des Denkens werden die Gedanken wirklich, wie von außen, wahrgenommen und darum für wahr gehalten.«

Fenichels Arbeit, die in dem selben Gedanken gipfelt, zeigt übrigens, wie fern alle diese Erwägungen der wirklichen Arbeit der psychologischen Analyse stehen (entsprechend den erkenntnistheoretischen Erwägungen vieler anderer moderner Wissenschaften). Seine Erklärung: die Psychoanalyse sei Naturwissenschaft im strengsten Sinn, die nur für wahr nehme, was der Realitätsprüfung durch den Verstand standhalte, mutet etwas sonderbar an neben den Aufstellungen über Erlebnisse im Mutterleib und über urmenschliche Familienverhältnisse, auf die die Psychoanalyse durch ihr historisches Zurückführungsschema gedrängt wurde; allenfalls auch noch neben Büchern wie *Otto Ranks* Inzestmotiv in Dichtung und Sage /Wien, Franz *Deuticke*/, das die »Grundzüge einer Psychologie des dichterischen Schaffens« bloß aus diesem Motiv geben will (übrigens eine wundervolle Sammlung von Selbstbekenntnissen darüber enthält). Auf eine Anzahl guter Analysen trifft *Fenichels* Erklärung zu. Um so sinnloser wird vor ihnen aber seine Ablehnung der Intuition und der »Einfühlunge, denen er jeden Erkenntniswert abspricht.

Intuition Intuition heißt doch das Aufgehen eines Sinnes, eines tiefen Zusammenhangs, der Bedingtheit alles einzelnen aus einem Ganzen (Charakter, Wesen) dort, wo vorher nur eine Vielheit von vielleicht klassifizierbaren, vielleicht raumzeitlich zusammenstoßenden, vielleicht teilweise einander oder sogar dem Erkennenden selbst ähnlichen Dingen, Formen, Geschehnissen, Wirkungen war, die aber trotzdem nicht mehr mit einander zu tun zu haben schienen als die Menschen im Gewühl einer Großstadtstraße, die mitunter kleine Gruppen bilden, sonst aber gegen einander gleichgültig sind.

zusammenhanglos, oft unverträglich und feindselig. In diesem Sinn ist Intuition nur möglich bei Aufgabe alles eigenen Beliebens und ganzer Hingabe an die Dinge, damit ihr Zusammenspiel unge-
 trübt auf den Erkennenden wirke; wie das schon Eckehart mit unerwarteter Nüchternheit beschreibt, zum Beispiel in den Reden der Unterweisung (übersetzt von H. Büttner, im 2. Band von Meister Eckeharts Schriften und Predigten /Jena, Eugen Diederichs/, zuverlässiger noch in der von Ernst Diederichs besorgten Urtextausgabe, in den von Hans Lietzmann herausgegebenen Kleinen Texten /Bonn, A. Marcus & E. Weber/). Damit Intuition über die Wirklichkeit unterrichte, müssen demnach Sinn und innerer Zusammenhang in den Dingen da sein vor dem Erkennen, ohne uns; nicht bloß in Denkgebilden des Menschen. Daß dies zutrifft, zeigte Wolfgang Köhler in den Physischen Gestalten (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 635 f.). Das Verstehen eines fremden Menschen und seines Verhaltens ist nur ein Sonderfall solcher Intuition; es ist keine »Einfühlung«, kein »sich selbst im andern Vorstellen«, keine »Projektion des eigenen Ichs in den andern« (was ja bei außermenschlichen Sinneinheiten nie zum Verständnis verhelfen könnte), führt demnach auch nicht, wie Fenichel meint, zu glatter Selbsttäuschung, wo nicht zufällig (das heißt fast nie) die Personen einander tatsächlich ähnlich sind. Daß es Menschen gibt, die wirklich die verschiedenartigsten anderen verstehen und demgemäß behandeln können, weist mittelbar schon darauf hin, daß es anders ist. Ein eindringliches Zeugnis dafür ist *Oskar Pfisters* schönes Buch Die Liebe des Kindes und ihre Fehlentwicklungen /Leipzig, Ernst Bircher/, in dem der Verfasser die Frühformen dieser für das ganze Sein entscheidenden Macht in ihrer ungeahnten Mannigfaltigkeit zusammenhängend behandelt. Ohne die Überschreitung der Bewußtseinsgrenzen, wie sie erst die Psychoanalyse konsequent und mit tauglichen Mitteln durchführte, und ohne deren fruchtbarste Annahme, den dynamischen Zusammenhang der Triebe, wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen, die mehr gibt als ein Dutzend Lehrbücher der Psychologie.

Triebebegriff Gerade aus den Beispielen dieses Buches wird deutlich, daß die Psychoanalyse die Annahme des Triebzusammenhangs viel weiter und tiefer ausbauen könnte als es bisher geschah. Dies

wurde gerade durch das Bild, das sie sich von diesem Zusammenhang machte, verhindert: Es genügte in erster Annäherung die Triebenergieen als eine Art Quantum von Betriebsstoff aufzufassen; die einzelnen Triebe sind dann Abflußröhren, die aus dem Behälter des Betriebsstoffs nach verschiedenen Richtungen ins Freie führen, so daß Schließung der einen oder übermäßiger Abfluß in der andern den Druck in allen übrigen entsprechend vermehrt oder vermindert. Die hemmenden oder verdrängenden »Ichtriebe« wurden nun nicht als gleichrangige Gegenkräfte im selben Feld wie die libidinösen »natürlichen« vorgestellt, sondern dem Bild gemäß von außen eingreifend, etwa wie Beamte, die, Leitungen öffnend und schließend, Ströme umleiten und stauen und bei Unvorsichtigkeit Leitungsbrüche und Überschwemmungen verschulden. Die Triebrichtungen und Äußerungsformen sind allein bestimmt durch diese festen Leitungen oder besser Entladungsmaschinen, die irgendwann einmal entstanden, wie es die unesehen übernommene Assoziationstheorie nahelegte; jede Änderung der Triebform beruht auf Übergang zu einer neuerbauten oder einer veralteten Maschine. Außer dem Zusammenhängen und der Menge der Energie sind also sämtliche Eigenschaften des Kräftesystems nur durch starre Bindungen von außen festgelegt gedacht; ohne diese formenden Fesseln herrscht völlige Beliebigkeit, Chaos.

Die Tatsachen legen eine ganz andere Annahme nahe. Das Triebsystem wäre danach eine Gesamtheit von Kräften, die sich unter einander und mit der Umwelt in einem Zustand geringster Spannung, einem Gleichgewichtszustand befinden oder, wenn er gestört ist, darauf zustreben. Die Ruhe des normalen Zustands des Menschen ist dann nicht mehr die mechanische Festigkeit eines starren Gefüges, auch nicht die Ruhe, die eintritt, wo jede Spannung fehlt, sondern die Festigkeit eines stabilen Gleichgewichts gegen einander wirkender Kräfte. Die Triebäußerungen stellen die dynamischen Vorgänge dar, durch die der, sei es durch Umweltseinwirkungen sei es durch die bei Lebewesen besonders wichtigen inneren Verschiebungen, gestörte Gleichgewichtszustand wieder erreicht wird. Stärke, Ort, Richtung und Form der Triebäußerungen sind bestimmt durch die selben Eigenschaften der Abweichung vom Gleichgewicht, also durch das Verhältnis der Kräfte und Spannungen im Organismus. Allzu große und

heftige Gleichgewichtsstörungen: Isolierung oder Ausfall von Kräften, übermäßige Herabsetzung oder Beseitigung von Widerständen, Aneinandervorbeiwirken von Kräften, bewirken Entstehung oder Zerstörung der Persönlichkeit. Zurückführung aller Triebe auf einen "eigentlichen" Trieb oder ein Triebpaar wird so überflüssig. Es wird auch unmöglich anzunehmen, daß in irgendwelchen Urzeiten einer der Triebe ungehemmt geherrscht habe und später erst gefesselt wurde, wie es die stammesgeschichtliche Hypothese zum Beispiel des Ödipuskomplexes behauptet; die Triebe müssen in der Stammes- wie in der Kindesentwicklung von allem Anfang an einander emporgewachsen sein.

Hinweise auf eine Gestalttheorie der Persönlichkeit (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 633 ff.) sucht man in der psychoanalytischen Theorie umsonst. Die Erkenntnis, »daß der normale Mensch nicht nur viel unmoralischer ist als er glaubt, sondern auch viel moralischer als er weiß«, weist dahin, aber Freud (Ich und Es) begnügt sich damit es »zuzugeben« und arbeitet weiterhin mit Mischung und Entmischung von Trieben, mit Verschiebung der verfügbaren Energie, so daß sie der einen Regung »entzogen«, der andern »zugeführt« wird. Aber das Material zu einer solchen Theorie verdanken wir fast ausschließlich der Psychoanalyse, und unangesprochen liegt sie der lebendigen psychoanalytischen Arbeit eigentlich überall zugrunde. Mit Recht führt Pfister den Kritiker vor solche konkrete Arbeit: hier möge er kritisieren, nicht an vorläufigen Allgemeinsätzen. Es mußte aber allgemein aufgewiesen werden, was die ungeheure Verschiedenwertigkeit psychoanalytischer Arbeiten schon praktisch zeigt: daß Sinn und Fruchtbarkeit dieser Arbeiten bis zur bloßen Stoffsammlung hinab allein vom gesunden Gefühl des einzelnen Forschers abhängt und nicht im geringsten durch die Grundvoraussetzungen gewährleistet ist, die von denen der verworfenen alten Schulpsychologie erstaunlich wenig abweichen.

Grundlagen seelischen Geschehens

Auf welchen Grundvoraussetzungen eine der Wirklichkeit und ihrem Sinn gemäße Theorie seelischen Geschehens und besonders geistiger Leistungen aufbauen muß, zeigt Kurt Koffka's Schrift Die Grundlagen der psychischen Entwicklung /Osterwieck, A. W. Zickfeldt/. Im Sinn der Annahmen Wertheimers (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 636 f.)

weist Koffka nach, daß schon die einfachsten Reflexe durch die Entstehung fester Leitungs- und Schaltungsmechanismen so wenig erklärt werden können wie sogenannte höhere Sinn- und Leistungszusammenhänge durch leitende (Nervenfaser-)verbindung zufällig zusammentreffender Elementarteile. Daß gar nicht, wie bisher stets vorausgesetzt wurde, solche Elementarteile und -eigenschaften, sondern Dinge in Funktionszusammenhängen, geradezu *Charaktere* der ersten Inhalte der Wahrnehmungswelt sind, und zwar im Leblosen so gut wie im Lebendigen, lange bevor irgendwelche Erfahrungen über die Außenansicht eigener Gemütszustände und somit etwaige Projektionen des eigenen Ichs in die Außenwelt möglich sind. Diese Charaktere werden über Detailverschiedenheiten hinweg erfaßt, die für uns Europäer unüberwindlich geworden sind.

Aber anscheinend auch nur für uns. *Lucien Lévy-Bruhl* weist in seinem Werk *Les fonctions mentales dans les sociétés inférieures* (deutsch herausgegeben von Wilhelm Jerusalem Wien, Wilhelm Braumüller/) nach, daß die Naturvölker ganz in dieser Weise wahrnehmen und denken. Während wir nur noch eine dürftige Auswahl alles Wahrgenommenen als Zeichen eines Charakters auffassen und behandeln, gibt es für die Urmenschen nichts, was nicht Kundwerdung irgendwelcher Charaktere wäre, und allein auf diese kommt es ihnen an; sie finden einen und den selben, wo wir nichts als Unterschiede sehen. Zu den Eigenschaften dieser Charaktere gehört ein spezifisches Wirken; sie sind Grund jedes Geschehens. Es ist dem Naturmenschen nicht begreiflich, weshalb zum Beispiel das Tückische in einem Bild weniger tückisch wirken sollte, aber auch nicht, weshalb es weniger beeinflussbar sein sollte als in einem lebenden Leib. Als handelnde Individuen gedachte Seelen, Geister, Gespenster sind sichtlich spätere Erstarrungen dieser viel wirklichkeitsgemäßen Denkgebilde; sie sind zudem weit seltener als meist angenommen wird. Damit fällt die Animismushypothese samt ihren Folgerungen auch hier: Nicht einmal der einzelne Mensch kennt in sich eine Privatseele; wie sollte er sie in andere Dinge hinausprojizieren? Auch sich selbst fühlt er bloß als Träger des Wesens seines Stammes, Geschlechts, Totems; und dieses Wesen denkt und handelt durch ihn wie durch die anderen. Damit ist eine Selbstverständlichkeit der Verantwortung und des Zusammengelhörens gegeben, die uns Ich-

menschen kaum vorstellbar ist, und das Gegenteil eines ursprünglichen Kampfes aller gegen alle oder einer hemmungslosen Herrschaft einzelner Triebe. Wenn es gelänge die oft schon greifbaren formalen Bedingungen der Charakterwahrnehmung und des Charakterausdrucks in der Natur allgemein zu erforschen und so Lévy-Bruhls vorläufige Merkmale (Gemeinsamkeit, Gefühlsbetontheit) und Benennungen (prälogisch, mystisch, magisch) durch eine konkrete Beschreibung der Struktur und Entstehung und des Erkenntniswertes dieser Denkgebilde zu ersetzen, so wäre damit eine allgemeine Theorie der Symbole gegeben, die gerade der Psychoanalyse sehr zustatten käme; denn sie vermöchte das bisher völlig dunkle *erstmalige* Auftreten einer Symbolbeziehung zu erklären, gleichzeitig aber, da sie diese ja aus allgemeinen Eigenschaften des Organismus verstünde, machte sie die Zurückführung auf einen ersten Fall und den ganzen hypothetischen Apparat, der das neuerliche Auftreten mit dem angenommenen ersten verbinden sollte, überflüssig, weil sie die Möglichkeit einer Neuentstehung zu jeder Zeit in sich faßte.

Temperamentslehre - Erfreuliche Klärung unserer Begriffe von geistiger Krankheit verheißt *Ernst Kretschmers* Körperbau und Charakter /Berlin, Julius Springer/. Dieser Versuch einer neuen Temperamentslehre geht von der Betrachtung der Haupttypen derjenigen Geisteskrankheiten aus, die bisher weder durch Angriffe auf das organische Gleichgewicht (Unfälle, Ansteckungen) noch durch Angriffe auf das seelische Gleichgewicht (Erlebnisse) des Menschen befriedigend erklärt werden konnten. (Es ist stark die Hälfte aller Geistesstörungen.) Kretschmer vergleicht die Körperbeschaffenheit und die Eigentümlichkeit, den formalen Charakter ihres Irreseins mit den geistigen und leiblichen Eigenschaften der gesunden Mitglieder der Familien, denen sie entstammen. Das Ergebnis ist, daß diese Krankheiten wohl nur ungewöhnlich scharfe Ausprägungen allgemeiner Temperamenteigenschaften sind. Hier also hat der Begriff der Krankheit keinen Sinn, sofern man den einzelnen Menschen für sich betrachtet, sondern nur in seinem Verhältnis zu Umwelt und Mitmenschen: Die Erscheinungswelt, nach der sich unser Verhalten in der Wirklichkeit richtet, und die ja bei keinem Menschen mit der eines andern völlig übereinstimmen kann, scheint hier oft ungewöhnlich

stark vom Durchschnitt abzuweichen. Oft scheint auch bei wenig entstellter Außenwelt eine traumhafte, dichterische Innenwelt eine solche Lebhaftigkeit und Gegenwart anzunehmen, daß die äußere daneben gleichgültig oder völlig belanglos wird. Dabei lassen die geselligen Triebe sich einzuordnen, in der jeweiligen Umgebung für normal zu gelten, die den Menschen sonst mehr beherrschen als er ahnt, oft stark nach: er fügt sich schlecht ein. Nur wenn die Fäden zur umgebenden Wirklichkeit so locker werden, daß er ohne Hilfe nicht mehr in ihr zurechtkommt, oder an ihr vorbeihandelt, sich und andere ahnungslos gefährdend, nennt man ihn (geistig) krank. Das Buch scheidet zuerst die auffälligsten Körperbautypen: einerseits die pyknischen (behäbigen), denen die zylothymen Temperamente zugeordnet werden; andererseits die asthenischen (schmalbrüstigen, zerbrechlichen) und athletischen, die kindhaft unausgeprägten und mißgeformten, denen die schizothymen Temperamente zugeordnet werden. Dann stellt es an einigen charakteristischen Stammbäumen den Zusammenhang mit den gesunden Verwandten her, beschreibt an lebendigen Beispielen die Temperamentsgruppen und betrachtet schließlich geschichtliche Persönlichkeiten von den gefundenen Gesichtspunkten. Die Zylothymiker sind nach Kretschmer durch die Stimmungslage zwischen gehoben (heiter) und bedrückt (traurig) gekennzeichnet; das seelische Tempo schwingt zwischen beweglich und behäbig. Ihre Reaktionen sind reizgemäß, rund, natürlich, weich (»offene Gesichter«), ihr allgemeines Verhalten fügt sich den Verhältnissen, da sie kaum die Fühlung mit der Umgebung verlieren. Im Lebensverlauf schwingt ihr Charakter um einen festen Punkt, eine gleichbleibende Mitte. Besonders heftige Schwingungen ergeben je nach der Lage des Mittelpunkts und ihrer Richtung das manische oder das depressive Irresein, die ohne Persönlichkeitsveränderung wieder zurückgehen können. An Untergruppen werden genannt: die Geschwätzig-Heiteren, die ruhigen Humoristen, die stillen Gemütsmenschen, die bequemen Genießer, die tatkräftigen Praktiker. Die Schizothymiker sind durch ihre Empfindlichkeitslage zwischen (über-) empfindlich und unempfindlich (kühl bis stumpf) gekennzeichnet. Das seelische Tempo ist sprunghaft oder zäh, oft beides zugleich. Ihre Reaktionen sind oft nicht reizgemäß: verhalten, lahm, gesperrt, steif, gekünstelt usw. (»verschlossene, rätselhafte,

leere Gesichter«). Dahinter ist aber oft ein zartes Gefühlsleben, eine reiche Innenwelt versteckt. Im allgemeinen Verhalten zeigen sie sich in loserer Fühlung mit der Umwelt, vielfach ganz mit sich selbst beschäftigt oder nur einigen Ausgewählten offen, bei ihrer alternativen Denk- und Gefühlsweise oft mit den Verhältnissen in Streit. Die tragischen Naturen stammen sämtlich aus dieser Klasse. Im Lebensverlauf verschiebt sich gern mehr oder weniger auffällig ihr Charakter: Ein flötespielender Prinz wird zu einem Friedrich II., ein Musterknabe zu einem verbummelten Studenten, ein flotter Junggeselle zu einem Heiligen, ein zartes Kind zu einem brutalen Egoisten. Ist diese Verschiebung so heftig, daß sie den körperlichen und geistigen Organismus verwirrt oder zertrümmert, so ergibt sich anscheinend die Schizophrenie in ihren tausend Formen, deren Wirkungen auf den Charakter nie rückgängig zu machen sind, auch wenn der Geist sich wieder beruhigt. An Untergruppen werden genannt: auf der empfindlichen Seite unter andern die Empfindsam-Affektlahmen, die Vornehm-Feinsinnigen, die weltfremden Idealisten; auf der unempfindlichen Seite die kühlen Herrennaturen und Egoisten, die trockenen und lahmen Pedanten, die zerfahrenen Bummler. Eine Welt der weitesten Gegensätze, die aber durch ihren Vererbungszusammenhang sich als einheitlich erweist.

Die hier genannten Geisteskrankheiten sind also im Gegensatz zu einer verbreiteten Meinung ihrer Natur nach keine Krankheiten der Intelligenz, der geistigen Fähigkeiten überhaupt, wenn sie diese auch oft mittelbar recht derb angreifen, sondern Ausnahmeformen und -zustände der Persönlichkeit, die jene Anlagen je nach den Umständen ebensowohl zu fördern oder unberührt zu lassen wie zu schädigen vermögen, und bei hervorragenden Gaben am Zustandekommen außerordentlicher Taten und Werke wesentlich beteiligt sein können; so daß in solchen Fällen der Name Geisteskrankheit vollends sinnwidrig werden kann. Das gilt besonders für die schizoiden Persönlichkeitsformen.

Erkenntnistheoretisch und ontologisch ist wichtig, daß die recht festen Zusammenhänge zwischen Form und Wesen des Menschen nicht bloße eindeutige Zuordnungen (das heißt gesetzlich festes, aber nicht weiter begreifliches Zusammenexistieren) sind; sondern daß man anscheinend weder die geistige Veranlagung eines Menschen noch seinen Le-

benslauf beschreiben kann, ohne dazu die selben Begriffe zu benutzen wie zur Beschreibung seines Körperbaus, obgleich doch der Geist als unräumlich und rein qualitativ, der Lebenslauf als Ausschnitt aus der unendlichen Kausalkette ganz anderen Sphären angehört als der Körper und ihm darum völlig unvergleichbar sein sollte. Zur Verdeutlichung des Gesagten versuche man die Ausdrücke des Buches sinngemäß zu verdeutschen. (Damit ist zugleich gesagt, daß auch am Körper nicht mehr Einzelmerkmale (Verbrecherohrläppchen) für bezeichnend gehalten werden.) Diese allgemeinen Folgen des Buches sind besonders wertvoll, da es nicht geschrieben ist: eine philosophische Ansicht zu belegen. Von unmittelbarer Bedeutung fürs Leben sind schließlich die Nachweise, daß der gesellschaftliche Platz, die Eignung für bestimmte Funktionen im sozialen Gefüge, daß auch die geistige Richtung und Art (vom Intelligenzgrad abgesehen, weniger von besonderen eingebauten "Befähigungen" als vom Ganzen des Temperaments her bestimmt ist.

Obleich Kretschmers Ergebnisse keineswegs endgültig sind und genug ungelöst lassen, kann durch sie das überkommene System der 4 Temperamente jedenfalls als erledigt gelten.

Krankheitsbegriff

Die Fragwürdigkeit des Krankheitsbegriffs im Geistigen zeigt sich besonders deutlich in der Schrift *Karl Jaspers' Strindberg und van Gogh* (Bern, Ernst Bircher), in der in einer Vergleichung von Strindberg und Swedenborg mit Hölderlin und van Gogh den Beziehungen zwischen Schizophrenie und Schöpferium nachgegangen wird. Der Titel des Buches sowie der Mangel an jedem persönlichen Verhältnis des Verfassers zu Strindberg können, trotz seinen gegen teiligen Versicherungen, in der 1. Hälfte des Buchs den Anschein erwecken, es handle sich, wenn auch nicht um die beliebte Art unangenehme Größen als krank zu erledigen, so doch um die Gewohnheit literarischer Forschung zu glauben, man habe geistige Werke im wesentlichen erfaßt und ausgeschöpft, wenn man sie im einzelnen auf irgendwelche Quellen und Ursachen zurückgeführt hat; was auch dann ein Irrtum ist, wenn man die wesentliche und einzige Ursache in der Persönlichkeit des Dichters sucht. Diese Art der Auslegung nimmt das Werk nicht als etwas, was in sich Sinn und Gültigkeit hat. Sie nimmt es bloß als Symptom oder als Sammlung von Symp-

tomen. Und das ist gleich falsch, ob es sich um Symptome erfreulicher oder "normaler" Erlebnisse oder Symptome einer Krankheit handelt. Nicht darauf kommt es in einem Werk an, was man daraus auf eine Person schließen kann, was es von den Erlebnissen und Anschauungen erzählt, die ein Mensch einmal hatte; sondern darauf, was es uns, ganz abgelöst von allen Entstehungsbedingungen, zu denen auch die Person des Schöpfers gehört, selbst an neuen, tieferen und reicheren Möglichkeiten des Erlebens, des Träumens, des Verstehens gibt; was es uns vom Sein selbst sagt, indem es einen Sinn unseres Daseins und einen Platz und Weg zwischen den Dingen vor uns stellt.

Daß Jaspers an sich keine klassifikatorische Erledigung beabsichtigt (wenn er ihr auch unterliegt), zeigt die Tatsache, daß er für Hölderlin, da die vorhandenen psychiatrischen Kategorieen viel zu grob und äußerlich seien, um solch einen Menschen auch nur von fern zu fassen, den Psychiater auf Hellingrath und Dilthey verweist, also auf diejenigen Forscher, die auch in den dunkelsten Werken des Dichters nicht in üblicher Weise bloß Symptome sahen sondern sie einmal ernst nahmen: gültigen Sinn darin suchten und fanden. Das Buch will gar nicht die Bedeutung etwa Strindbergs darstellen. Es untersucht, wie abnorme Menschen diese Bedeutung, die als unbestreitbar vorausgesetzt ist, bekommen können; wie von einer sogenannten Störung der Persönlichkeit Leistungen mitbedingt sein können, die in solcher Art und Höhe von normalen Menschen kaum bekannt sind. In den Beispielen des Buches schafft die Schizophrenie keine neue Weltanschauung: der skeptische Strindberg zum Beispiel kommt nach wie vor "experimentierend" von Ansicht zu Ansicht, ohne irgendwo Wurzel zu schlagen. Sie wirkt vielmehr auf die vorgebildete Weltanschauung auf zweierlei Art. 1. Bei Strindberg und Swedenborg bleibt die Art des Seins unberührt. Die Geisteskrankheit gibt in der Erscheinungswelt dieser Menschen (in Gesichtern, Stimmen, Beziehungen, leibhaftigen Bewußtheiten bis zu körperlichem Erleiden) Stoff, mit dem ihr durchaus klar bleibender Verstand sich fortan deutlich beschäftigt. Eine solche Welt entspricht einem religiösen oder mythischen Bedürfnis auch Normaler; nur ist diesen ihr handgreifliches Wirklichwerden versagt: daraus entspringt nach Jaspers die Wirkung dieser Kranken. Das heißt, Jaspers ist, seiner allgemeinen Einstel-

lung zum Trotz, in das Erklären aus der Reihe einzeln aufgeführter Krankheits-symptome verfallen; was sich aus der ursprünglichen Absicht des Buches erklärt eine Krankheitsgeschichte für den Psychiater zu geben. In den Dingen, die Jaspers aufzählt, liegt die Bedeutung Strindbergs nicht. Wesentlich ist: Während der gewöhnliche Mensch die Zweifel, Unklarheiten und ungelösten Fragen des Daseins nur Augenblicke hindurch quälend spürt, und sie dann, seinem Gleichgewicht zuliebe, einfach wieder unterdrückt, sind sie ihm so zum Kern des Lebens geworden, so unerbittlich nahe gerückt, daß er gar nicht erst versucht sie zu vertuschen sondern sein Gleichgewicht opfert und nicht zur Ruhe kommen kann, bevor sie wirklich gelöst sind. 2. Bei van Gogh und Hölderlin liefert die Krankheit auch keine neuen Gegenstände in der Erscheinungswelt. Sie wirkt vielmehr auf den Charakter dieser Welt und auf das Wesen des Menschen selbst, auf die Form seines (geistigen) Seins: Sie löst seine Fesseln, öffnet letzte Tiefen; alles Zweifeln und Schwanken weicht einer göttlichen Sicherheit; es ist, als ob ihm alle Dinge erst erwachten, ein Gesicht bekämen, zu reden begännen, ähnlich wie in Kinder- und Urzeiten; und in heldenhafter Anspannung der erhaltenen Kritik und Disziplin wird das im Gefühl eindeutig Erlebte zur Mitteilung gefordert. Alle artistische Absicht vergeht: Vers und Pinselstrich werden rau, scheinbar kunstlos, aber es ist ein höheres Gesetz, dem die überlieferten Regeln weichen: Malen und Dichten wird eine religiöse Angelegenheit, an die er sich völlig hingibt. So wird das schlichteste Wort, das alltäglichsste Ding tief und wesentlich. Es zeigt sich, daß das Aufwachen der Dinge mehr war als eine bloße Einbildung dieses einen Menschen: Wir fühlen uns vor der Natur. Was zu anderen Zeiten vielleicht selbstverständlich war, uns aber heute ein fernes Ziel, tritt uns hier verwirklicht entgegen. Und das ist dieser Kranken tiefere Bedeutung. Sollte aber wirklich diese größte Tiefe des metaphysischen Erlebens nur da möglich sein, wo die Seele durch ein Leiden so weit aufgelockert wurde, daß sie als Zerstörte zurückbleibt? Sollte nicht vielmehr die Erschütterung dieses plötzlich hereinbrechenden und nicht lange erträglichen Erlebens selbst es sein, die das bewirkt? Man darf daher von solchen Menschen nicht zu ihrer Verteidigung (deren sie wahrlich nicht bedürfen) sagen, geisteskrank seien sie gewesen, aber es sei nicht schlimm, es

haben ihrem Werk ja nicht geschadet. Nein, wir verdanken vielleicht ihr Werk, so wie es ist, ihrem außergewöhnlichen Zustand. Wir können aber einen Reichtum nicht aus einem Mangel herleiten; darum dürfen wir seinen Mitspender nicht Krankheit nennen.

Gemeinverständliche Schriften Die Schrift Theodor Friedrichs' Zur Psychologie der Hypnose und der Suggestion (Kleine Schriften zur Seelenforschung; herausgegeben von Arthur Kronfeld /Stuttgart, Julius Püttmann//), worin kurz und sachlich der augenblickliche Stand der Hypnothetik dargestellt ist, zeigt, daß wir zu einem wirklichen Verständnis dieser eigenartigen Vorgänge noch einen weiten Weg haben. Abgesehen von der wichtigen Erkenntnis, daß zur Vermittlung der wunderbaren Einflüsse unsere "alltäglichen" Sinne durchaus zureichen, sind wir auch nach den Neuformulierungen Bleulers und der Psychoanalytiker nirgends über mehr oder weniger nahe Analogieen mit Schlaf und Aufregung, Kindheit und Verliebtheit, mit tierischem und urmenschlichem Verhalten hinaus. Doch weist das Ende der Schrift vorwärts: Wenn aus der Annahme der Psychoanalytiker, der Hypnosezustand sei die leibhaftige Wiederkehr eines verdrängten Vergangenen: der Kinderaffekte der Folgsamkeit gegen die Eltern, folgt, daß Menschen mit starker Verhaltung und dauerhafter Nachwirkung von Affekten, also eine bestimmte Gruppe (nach Kretschmer) schizoider Typen, besonders leicht hypnotisierbar sein sollen, so ist wenigstens über diese Theorie eine Entscheidung durch den Versuch wohl heute schon möglich. Hans Theodor Sanders gibt in dem Büchlein Hypnose und Suggestion /Stuttgart, Franckh/ eine nicht vollständige, aber recht anschauliche Beschreibung der verschiedenen Zustände der Hypnose und ihres Zustandekommens, der Möglichkeiten wacher und hypnotischer Beeinflussung, ihrer Bedeutung in den verschiedenen Lebensgebieten und besonders der Grenzen, die ihr durch die Persönlichkeit gesetzt sind. Gegenüber dem Zug der Zeit die Art der Menschen bis ins Letzte aus der "Erbmasse" herzustellen hebt Sanders mit Recht den Einfluß von Umständen und Umgebung auf die schließliche Triebrichtung hervor.

Totenliste Der Tod *Wilhelm Jerusalem*, der hier schon in der Rundschau Philosophie (1923 Seite 572) mitgeteilt wurde, ist

auch für die Psychologie ein Verlust. Das Thema seiner ersten psychologischen Schrift Die Psychologie im Dienste der Sprachbetrachtung /1866/ zeigt noch seine Herkunft von der Philologie. Im Lehrbuch der empirischen Psychologie /1888/ nennt er Wilhelm Wundt seinen philosophischen Lehrer. Die Grundzüge der physiologischen Psychologie Wundts geben den Anlaß zu seinen psychologischen Studien, deren Ergebnisse zum erstenmal in der Urteilsfunktion /1895/ zusammengefaßt wurden. Später wandte er sich pädagogischen und schließlich soziologisch-ethischen Fragen zu. Daß er die Fühlung mit der Psychologie dabei nicht verlor, zeigt die Schrift Die Psychologie im Dienst der Grammatik und Interpretation /1896/ und aus der spätern Zeit die deutsche Ausgabe des Lévy-Bruhl'schen Werkes, deren Einleitung einen erfreulichen Beweis geistiger Frische und Aufnahmefähigkeit lieferte.

Anfang April starb in Prag der Psychiater *Arnold Pick*, im Alter von 74 Jahren. Er stammte aus Groß Meseritsch in Böhmen, promovierte 1875 in Wien und habilitierte sich 1878 für Psychiatrie und Neurologie an der Deutschen Universität in Prag; seit 1886 war er außerordentlicher Professor und Leiter der Psychiatrischen Klinik der gleichen Universität. Er hat sich um die Erforschung funktioneller Störungen, wie Bewegungs- und Sprachstörungen komplizierterer Art, besonders um die sehr schwierige Scheidung dieser Störungen von den eigentlichen Geisteskrankheiten, große Verdienste erworben. Sein Hauptwerk Die agrammatischen Sprachstörungen, dessen 1. von einem umfassenden Wissen Zeugnis ablegender Band 1913 erschien, konnte Pick wegen einer schweren Augenkrankheit nicht mehr vollenden.

Kurze Chronik Seit März 1920 besteht in Berlin eine *Psychoanalytische Poliklinik*, über deren Tätigkeit ihr Gründer und Leiter Max Eitingen auf dem 7. internationalen psychoanalytischen Kongreß in Berlin am 26. September 1922 sehr zuversichtlich berichtete. Nach den Behandlungslisten beschränkt sich der Erfolg der Methode sichtlich auf ihre klassischen Fälle: Hysterie, Angst- und Zwangszustände. ◊ Das von Magnus Hirschfeld begründete und geleitete wissenschaftlich-humanitäre Komitee, dessen Hauptziel die soziale Gleichstellung der *Homosexuellen* ist, hat am 15. Mai 1922 sein 25jähriges Bestehen gefeiert. ◊ An der Berliner Universität liest jetzt *Erich von Hornbostel*

über Musikwissenschaft. Er hat auf diesem Gebiet seit vielen Jahren verdienstliche Arbeit geleistet; erwähnt seien seine Vorträge über die Probleme und den Stand der vergleichenden Musikwissenschaft (siehe den Bericht über den 2. Kongreß der Internationalen Musikgesellschaft 1906 /Leipzig, Breitkopf & Härtel/), in denen er mit besonderer Eindringlichkeit die in Frage stehenden psychologischen Probleme behandelte und die Bedeutung des Phonographen für diese Wissenschaft hervorhob. Er selbst hat, vielfach gemeinsam mit Otto Abraham, durch seine zahlreichen Veröffentlichungen phonographierter Melodien Bedeutendes auf diesem Gebiet geleistet. Das dem Berliner Psychologischen Institut angeschlossene Phonogrammarchiv verdankt ihm die stärkste Förderung. Einen wesentlichen Beitrag zur Psychologie gab er, gemeinsam mit Max Wertheimer, in der Arbeit über die Wahrnehmung der Schallrichtung (siehe die Rundschau Technik, 1921 II Seite 1147).

Literatur Eine kurze und klare Darstellung der Lehre Freuds (allerdings nicht in ihrer letzten Entwicklung) und daran anschließend eine ebenso klare Zusammenstellung von Einwänden dagegen gibt *Charles Blondel* in einem Buch *La psychanalyse* /Straßburg, Librairie Istra/. Seine grundsätzliche und vollständige Ablehnung der Lehre scheint von Gefühlsgründen mitbestimmt zu sein. ◊ Weniger schroff ist *Adolf A. Friedländer*s Kritik in dem Sammelbericht *Eigenes und Fremdes zu der Freudschen Psychoanalyse* (im 22. Band der Zeitschrift für angewandte Psychologie /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/). Die Schrift gibt etwa die durchschnittliche Ansicht der außenstehenden Psychiater auch des Auslands wieder (deren er mehrere anführt). Sie enthält eine Menge Belege zu der oben auseinandergesetzten Fassung des Sinn-, Symbol- und Ursachbegriffs und zu deren Früchten. Aber Friedländer behält der Psychoanalyse gegenüber bestimmt Unrecht, wenn ihm »die Einschätzung der unbewußten seelischen Geschehnisse in höchstem Maß zweifelhaft ist«; und wenn er vermutet, daß bloß kranke Menschen Komplexe hätten; und wenn die ihm bekannten Psychologen bei Kindern keine Zahlensymbolik finden und bei ihren Kranken keine Träume, wie sie das Material der Psychoanalyse liefern, so liegt das sicher nicht immer bloß an den Kindern und den Kranken. ◊ Was das Fehlen er-

kenntnistheoretischen Selbstbewußtseins wert sein kann, wurde bei der Besprechung von *Ernst Kretschmers* Körperbau und Charakter erwähnt; was es schadet, lehrt uns des selben Verfassers *Medizinische Psychologie* /Leipzig, Georg Thieme/. Die von anderen (der experimentellen Psychologie, der Völkerpsychologie, der Psychoanalyse) übernommenen Definitionen, Darstellungen und Deutungen stehen logisch unverträglich zwischen seinen eigenen Forschungsergebnissen; obwohl wir, unter besonnener Verwertung Freudscher Forschungen, wertvolle Belehrung über die »seelischen Apparate« erhalten (das heißt alles seelische Geschehen, das nicht von der ruhigen wachen Besinnung geleitet ist), über Trieb und Temperament, über Persönlichkeit und Erlebnis, obwohl im Anschluß daran der Arzt manche erprobte Anweisung erhält, gelangt das Buch darum nicht zur innern Einheit.

Rechtswissenschaft / Ernst Kantorowicz

Völkerrecht Unter Mitwirkung der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden ist im Haag eine Akademie für internationales Recht gegründet worden, deren Kuratorium unter anderen *Walter Schücking*, Völkerrechtslehrer an der Berliner Handelshochschule, angehört. Die Akademie soll durch Verbreitung der Lehren des internationalen Rechts zum Walten der Ordnung und zur Befestigung des Rechts im Leben der Völker beitragen. Die im Versailler Vertrag niedergelegte Völkerbundssatzung hatte den Völkerbundrat mit dem Entwurf eines Plans zur Errichtung eines Ständigen internationalen Gerichtshofs betraut. Dieser Gerichtshof ist durch einen Beschluß der Bundesmitglieder vom 13. Dezember 1920 mit dem Sitz im Haag errichtet worden. Zum erstenmal ist ein Streit zwischen Staaten zur Entscheidung im Prozeßverfahren dadurch gebracht worden, daß Deutschland in einem Streit mit Frankreich über den sogenannten Wimbledonfall von seinem vertragsmäßigen Recht Gebrauch machte den vom Völkerbund eingesetzten Gerichtshof anzurufen. Gegenstand des Streits war folgender Tatbestand: Deutschland hatte im russisch-polnischen Krieg seine Neutralität erklärt. Unter Hinweis auf diese Neutralitätserklärung hatten die deutschen Behörden dem von einer französischen Gesellschaft gecharterten englischen Dampfer Wimbledon, der Kriegsmaterial für die polnische Militärkom-

mission in Danzig an Bord führte, die Durchfahrt durch den Kieler Kanal gesperrt. Der Dampfer mußte infolgedessen einen Umweg machen. Nach dem Versailler Vertrag sollen der Kieler Kanal und seine Zugänge den Kriegs- und Handelsschiffen aller mit Deutschland in Frieden lebenden Nationen auf dem Fuß völliger Gleichberechtigung dauernd frei und offen stehen. In einer besonderen Bestimmung zählt der Versailler Vertrag bestimmte Beschränkungen auf, die der Verkehr von Schiffen erfahren darf, unter anderen solche, die sich aus den Polizeivorschriften und Ein- und Ausfuhrverboten ergeben. Mit der Begründung, daß Deutschland durch das Verbot der Durchfahrt der Wimbledon jene allgemeine Bestimmung des Vertrags verletzt hätte, wurde Ersatz des durch den Umweg und Aufenthalt des Dampfers verursachten Schadens verlangt. Der Ständige internationale Gerichtshof hat Deutschland am 17. August 1923 zum Schadenersatz verurteilt, indem er in seiner Mehrheit annahm, daß Deutschland sich zwar im russisch-polnischen Krieg nach freiem Belieben neutral erklären durfte, daß aber dadurch nicht die Pflichten berührt, worden wären, die Deutschland durch Unterzeichnung des Versailler Vertrags gegenüber dessen Signatarmächten übernommen hatte. Die Mitglieder des Gerichtshofs, die in der Minderheit geblieben waren, hatten ihre abweichende Meinung mit der Annahme begründet, daß die Bestimmung des Versailler Vertrags über die Offenhaltung des Kanals mangels anderer ausdrücklicher Vereinbarungen sich nur auf den Friedenszustand als den Normalzustand beziehen könne. Die Aufzählung von einzelnen Deutschland erlaubten Verkehrsbeschränkungen könne nicht als vollständig angesehen werden und schließe die Vornahme weiterer Beschränkungen zur Wahrung höchster Interessen als kriegsführender oder neutraler Macht nicht aus. Schücking, den Deutschland als Richter für diesen Fall in den Gerichtshof entsenden durfte, hat seinen abweichenden Standpunkt insbesondere damit begründet, daß Deutschland im Versailler Vertrag zwar die Belastung des Kieler Kanals mit einer Internationalisierung auf sich genommen hätte, ohne jedoch damit auf Sondermaßnahmen im Kriegsfall zu verzichten. Auf jeden Fall ist die "undiplomatische" Austragung eines Streits zwischen 2 Staaten im Weg eines Prozessverfahrens vor dem Ständigen internationalen Gerichtshof epochemachend in der Geschichte des Völkerrechts.

Strafprozessreform Durch eine Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 hat die *deutsche* Regierung auf Grund des 2. Ermächtigungsgesetzes Verfassung und Verfahren der Strafgerichte gründlich reformiert. Die Verordnung hebt die Zuständigkeit der landgerichtlichen Strafkammern als Gerichte 1. Instanz auf und weist die bisher zur erstinstanzlichen Zuständigkeit der Strafkammern gehörigen Sachen Gerichten niederer Ordnung zu. In erster Linie soll der Amtsrichter allein entscheiden, und zwar bei allen Übertretungen, sowie bei Vergehen, wenn sie auf dem Weg der Privatklage verurteilt werden (Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung usw.), oder wenn die Tat mit keiner höhern Strafe als Gefängnis von 6 Monaten bedroht ist. Darüber hinaus entscheidet der Amtsrichter allein aber auch bei anderen Vergehen, falls die Staatsanwaltschaft dies bei der Anklageerhebung beantragt; die Staatsanwaltschaft soll allerdings einen solchen Antrag nur stellen, wenn zu erwarten ist, daß auf keine schwerere Strafe als Gefängnis von 1 Jahr erkannt werden wird. Auch bei gewissen Verbrechen (schwerer Diebstahl, Hehlerei, Rückfallverbrechen); kann durch Antrag der Staatsanwaltschaft die Zuständigkeit des Amtsrichters begründet werden, und zwar ohne Rücksicht auf das zu erwartende Strafmaß; der eines Verbrechens Beschuldigte kann Widerspruch erheben, der eines Vergehens Beschuldigte nicht. Soweit nach diesen Bestimmungen nicht der Amtsrichter allein entscheidet, und Schwur- oder Reichsgericht in 1. Instanz zuständig sind, werden zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht 2 Schöffen zugezogen. Aber auch hier kann die Staatsanwaltschaft den Einfluß des Laienelements lähmen: Auf ihren Antrag ist ein 2. Amtsrichter zuzuziehen, so daß an die Stelle des Kleinen (1 Amtsrichter, 2 Schöffen) ein Größeres Schöffengericht (2 Richter, 2 Schöffen) tritt. Von den Schwurgerichten läßt die Verordnung nur noch den Namen bestehen. Sie folgt hier wie in manchen anderen Punkten dem Heinzechen Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte, dessen wesentlicher Inhalt in dieser Rundschau (1923 Seite 444 ff.) mitgeteilt wurde. Die Schwurgerichte werden Ganz große Schöffengerichte mit 3 Richtern und 6 Schöffen, die in gemeinsamer Beratung und Abstimmung über die Schuld- und Strafrage entscheiden. Die Straf-

kammern des Landgerichts sind in Zukunft nur noch Berufungsgerichte. Sie entscheiden als Kleine Strafkammern mit 1 Richter und 2 Schöffen, wenn sich die Berufung gegen ein Urteil des Amtsrichters, und als Große Strafkammern mit 3 Richtern und 2 Schöffen, wenn sie sich gegen ein Urteil des Schöffengerichts wendet. Durch die Aufhebung der erstinstanzlichen Zuständigkeit der landgerichtlichen Strafkammern zugunsten der Zuständigkeit der Amtsgerichte in 1. Instanz wäre die längst geforderte Berufung in allen nicht zur Zuständigkeit der Schwurgerichte oder des Reichsgerichts gehörigen Strafsachen endlich eingeführt. Die Verordnung schließt aber die Berufung bei Übertretungen und bei Privatklagen wieder aus, wenn wegen der Tat der Freispruch oder Verurteilung ausschließlich zu Geldstrafe erfolgt ist. Der Ausschluß gilt nicht, wenn die Privatklage wegen Preßbeleidigung erhoben wurde. Revisionsgerichte sind die mit 3 Richtern besetzten Strafsenate der Oberlandesgerichte und die mit 5 Richtern besetzten Strafsenate des Reichsgerichts. Für den Instanzenzug ergibt sich jetzt das folgende, nicht gerade einfache Bild: Amtsrichter, Kleine Strafkammer, Oberlandesgericht; Kleines Schöffengericht, Große Strafkammer, Oberlandesgericht; Größeres Schöffengericht, Große Strafkammer, Oberlandesgericht, falls die Revision sich ausschließlich auf die Verletzung von Landesrecht stützt, sonst Reichsgericht; sogenanntes Schwurgericht, Ganz großes Schöffengericht, Oberlandesgericht, wiederum bei der Verletzung von Landesrecht, sonst Reichsgericht. Bisher war nur für jede dem Angeklagten nachteilige Entscheidung in der Schuldfrage Zweidrittelmehrheit erforderlich, in Zukunft gilt dies auch für die Straffrage. Eine der wichtigsten Neuerungen ist die Durchbrechung des Verfolgungszwangs: Übertretungen werden nicht verfolgt, wenn die Schuld des Täters gering ist, und die Folgen der Tat unbedeutend waren, es sei denn, es liege öffentliches Interesse vor. Bei Vergehen kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Amtsrichters unter den gleichen Voraussetzungen von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen; ist sie bereits erhoben, so kann das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren durch einen unanfechtbaren Beschluß einstellen. Ist ein Beschuldigter wegen einer andern Tat bereits verurteilt, so kann von Erhebung einer öffentlichen Klage abgesehen werden,

wenn die eventuell in Betracht kommende Strafe neben der andern nicht ins Gewicht fällt.

Die Verordnung hat in weiten Kreisen einen Sturm der Entrüstung erregt, besonders, weil der Reichsjustizminister sie auf dem Weg der Notverordnung durchsetzte. Der Deutsche Anwaltsverein bezeichnete in einer Kundgebung die Verordnung als den Todesstoß für das Ansehen der deutschen Strafrechtspflege. Der Republikanische Richterbund wandte sich ebenfalls dagegen, während die Strafjustizkommission des Deutschen Richterbunds die Verordnung als bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiet der Strafjustiz begrüßt, »obwohl über einige Einzelheiten der Verordnung die Meinungen der Richter geteilt seien«.

Nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 wird man der Regierung das formale Recht die Strafprozeßordnung auf dem Weg der Verordnung durchzuführen kaum bestreiten können. Zweifelhaft muß es dagegen sein, ob dieser Weg wie der Inhalt der Verordnung sehr glücklich gewählt sind. Sachlich enthält die Verordnung unbedingt manches Gute, vor allem die Aufhebung der erstinstanzlichen Zuständigkeit der Strafkammern. Schwere Bedenken muß es dagegen begegnen, daß der Staatsanwaltschaft eine entscheidende Macht übertragen ist. Sie hat zu entscheiden, ob Vergehen und gewisse Verbrechen vor das Schöffengericht oder den Amtsrichter kommen, ob das mit 1 Richter und 2 Schöffen besetzte Kleine Schöffengericht oder das mit 2 Richtern und 2 Schöffen besetzte Größere Schöffengericht das Urteil spricht; sie entscheidet, ob Übertretungen verfolgt werden, sie entscheidet gemeinsam mit dem Amtsrichter ohne Hauptverhandlung, ob Vergehen verfolgt werden sollen. Schwere Bedenken müssen auch gegen die Beschränkung der Berufung erhoben werden, die die Verordnung bringt. Ganz unbefriedigend ist die Organisation des Schwurgerichts. Kann man über die Zweckmäßigkeit des Schwurgerichts mit seiner Arbeitsteilung zwischen Geschworenen und Richtern streiten, so wird über die Unzweckmäßigkeit des von der Verordnung eingeführten übergroßen Schöffengerichts kaum ein Streit möglich sein. Nicht zu billigen ist schließlich die neue Verteilung der Macht zwischen gelehrten und ungelehrten Richtern. Das Übergewicht der Laien besteht nur theoretisch. Soziologisch und psychologisch sind die Laien bei der neuen Strafgerichtsverfas-

sung in der Minderheit. 3 gelehrte Richter setzen sich gegenüber 6 Geschworenen respektive 2 Schöffen unbedingt durch, und von dem Urteil des Amtsrichters bis zu dem der Berufungsinstanz ist ein weiter Weg.

Unter keinen Umständen darf durch den raschen Schlag der Verordnung vom 4. Januar 1924 der Weg zu einer wirklich befriedigenden Strafprozeßreform für lange Zeit verbaut sein.

Ausbildung Die sozialdemokratische Fraktion des *preußischen* Landtags hatte schon vor längerer Zeit den Antrag gestellt darauf hinzuwirken, »daß hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtsassessorenprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben«. Noch ist diese erwünschte Möglichkeit nicht geboten. Aber durch eine vor einem Jahr erlassene Verordnung hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Grundsätze für die Zulassung hervorragend begabter und tüchtiger Personen, die nicht im Besitz des Reifezeugnisses einer höhern Lehranstalt sind, zum Hochschulstudium und also auch zum Studium der Rechtswissenschaft festgesetzt: Personen, die auf Grund hervorragender Anlagen und ausgezeichneter, namentlich in ihrem Beruf vollbrachter Leistungen die Gewähr dafür bieten, daß sie durch akademische Studien zu höheren geistigen Leistungen gelangen werden, die aber durch besondere Verhältnisse verhindert waren auf einem der sonst vorgeschriebenen Ausbildungswege zum Hochschulstudium zu gelangen, können durch eine von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung des Ministeriums zu einem bestimmten Hochschulstudium an preussischen Universitäten zugelassen werden. Zugunsten solcher Persönlichkeiten kann von urteilsfähigen Personen, die den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen und dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit nicht fern stehen, ein Antrag auf Zulassung gestellt werden. Zur endgültigen Beurteilung der Bewerbungen nach ihrer ersten Sichtung im Ministerium wird an der Universität Berlin ein besonderer Ausschuß (in der Regel 1 Fachvertreter, 1 im Erziehungswesen bewährter Praktiker, 1 Ministerialvertreter) gebildet. Der Ausschuß urteilt nach dem Ergebnis einer

Klausurarbeit und eines Colloquiums. Auf Grund der gutachtlichen Äußerung der Kommission entscheidet der Minister über die Zulassung, die nur für ein bestimmtes Studium gilt. Sie verleiht den Bewerbern die vollen Rechte der übrigen Studierenden. Doch werden sie nach wie vor zu einem Doktorexamen oder zu einer Staatsprüfung nicht zugelassen. Der preussische Justizminister hat im August 1923 eine Ausbildungsordnung in Kraft gesetzt, die an die Stelle der bisher geltenden Prüfungsordnung tritt. Da auch sie die Zulassung zur Referendarprüfung als den ersten Schritt auf dem einzigen Weg zum Assessorexamen nur den Inhabern des Reifezeugnisses einer deutschen höhern Lehranstalt ermöglicht, ist der Weg, den jener Erlaß des Unterrichtsministeriums über die Zulassung von Personen ohne Reifezeugnis zum Hochschulstudium eröffnet, nur kurz. Die Referendarprüfung beginnt mit einer häuslichen Arbeit (6 Wochen Frist). Dann folgen 4 Klausurarbeiten, je 1 aus dem Gebiet des Bürgerlichen Gesetzbuchs, aus dem selben oder einem andern Privatrechtsgebiet, aus dem Gebiet des Strafrechts und aus dem Gebiet des Staats- oder Verwaltungsrechts. Den Schluß bildet eine 2tägige mündliche Prüfung. Sie umfaßt am 1. Tag das gesamte Privatrecht, Strafrecht, Grundzüge des Zivilprozeß- und des Strafprozeßrechts sowie der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die zugehörige Rechtsgeschichte, am 2. Tag Staats- und Verwaltungsrecht, Grundzüge des Finanz- und Steuerrechts, Völkerrechts, Kirchenrechts und die zugehörige Rechtsgeschichte sowie die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. Arbeits- und Wirtschaftsrecht gehören zum Prüfungsstoff beider Tage. Für den 2. Tag soll ein Mitglied des Prüfungsausschusses aus der Zahl der für die Volkswirtschaftslehre berufenen Prüfer entnommen werden. Nach den Bestimmungen muß bei der Prüfung das geltende Recht im Vordergrund stehen. »Das römische Recht und das nicht mehr geltende deutsche Privatrecht dürfen nur im Zusammenhang mit dem geltenden Recht und nur insoweit zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden, als es für die Erörterung der geschichtlichen Entwicklung geltender Rechtssätze oder dogmatischer Rechtsgrundsätze von Wert ist. Mit Übersetzungen verbundene Erläuterungen der Quellen des römischen Rechts finden nicht statt.« Während der 3jährigen Vorbereitungszeit wird der Referendar 1 Jahr bei einem Landgericht

und der zugehörigen Staatsanwaltschaft, 1 Jahr bei einem größern Amtsgericht und der zugehörigen Staatsanwaltschaft und je ½ Jahr bei einem Rechtsanwalt und bei einem Oberlandesgericht ausgebildet. Die praktische Ausbildung der Referendare wird durch ständige Übungen ergänzt, deren besonderes Ziel es sein soll den Referendar in der Anwendung des Rechts zu unterweisen, ihn zur richtigen Auffassung der Vorgänge des Rechtslebens anzuleiten und sein Verständnis für die Bedürfnisse des Rechtsverkehrs zu fördern. Die Assessorprüfung beginnt mit einem wissenschaftlichen Gutachten oder einer rechtswissenschaftlichen Arbeit. Es folgt eine praktische Arbeit auf Grund von Prozeßakten, sodann werden 3 Rechtsfälle nach Akten unter Aufsicht bearbeitet, und den Schluß bildet die mündliche Prüfung, mit der ein freier Vortrag aus Akten zu verbinden ist. Bedauerlicherweise ist es den Referendaren immer noch nicht freigestellt nach ihrer Wahl einen Teil ihrer Ausbildung bei Kommunalbehörden, insbesondere bei Wohlfahrts- und Jugendämtern zu erhalten. Die Eröffnung einer solchen Möglichkeit wäre ein sehr wesentlicher Fortschritt, denn gerade die Tätigkeit in der Kommunalverwaltung und ganz besonders die Tätigkeit in Wohlfahrts- und Jugendämtern gibt dem jungen Juristen die menschlichen Erfahrungen, deren er zur Ausübung seines spätern Amtes bedarf. Unsere ganze Strafrechtspflege krankt daran, daß die gelehrten Juristen zu wenig das Gefühl für die Dinge ausgebildet haben, die jenseits aller Paragraphen und wissenschaftlichen Kontroversen in der gesellschaftlichen Lage und in der Seele des Menschen selbst begründet sind.

Informations- mittel

Die Tübinger Professoren Heinrich Pohl und Carl Sartorius gaben eine Quellen- und Urkundensammlung *Modernes Völkerrecht* heraus /München, C. H. Beck/, die mit dem Erlaß des amerikanischen Staatssekretärs Jefferson aus dem Jahr 1793 beginnt und mit dem deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag von 1921 endet. Ein von dem Göttinger Professor Julius Hatschek begonnenes Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie wird von dem Frankfurter Universitätsdozenten Karl Strupp mit einem Stab von über 100 Mitarbeitern fortgesetzt /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Das Werk wird ein Nachschlagebuch großen Stils. Es be-

handelt in der Art eines Lexikons, nach Stichworten geordnet, mit eingehenden Literaturnachweisen die theoretischen und aktuell-praktischen Fragen des Völkerrechts und der Diplomatie sowie die diplomatisch-politische Geschichte der heute wichtigsten Staaten.

Das *deutsche Jugendgerichtsgesetz* vom 16. Februar 1923 ist in einer ganz vortrefflichen Ausgabe im Verlag von Franz Vahlen in Berlin erschienen. Das Bändchen enthält den Text des Gesetzes, die amtliche Begründung der Reichstagsvorlage und den Bericht, den der Abgeordnete Brodauf im Auftrag des Rechtsausschusses dem Reichstag erstattet hat. Eine ausgezeichnete, knappe Einleitung unterrichtet über die Vorgeschichte und Entwicklungsgeschichte des Gesetzes und gibt eine systematische Darstellung seines Inhalts. Mit dieser Art in Form eines Quellenwerks ein Gesetz mit amtlichen Materialien handlich herauszugeben ist dem Staatsbürger, der sich über ein Gesetz gut unterrichten will, ohne jede auftauchende Einzelfrage technisch lösen zu müssen, am besten gedient. Wer sich aus Neigung oder amtlicher Pflicht eingehender mit dem Jugendgerichtsgesetz beschäftigen will, wird die von Wilhelm Kiesow erläuterte Ausgabe des Gesetzes /Mannheim, J. Bensheimer/ begrüßen. Einer Darstellung der Entstehungsgeschichte und des Inhalts des Jugendgerichtsgesetzes und einiger ergänzenden Vorschriften und dem im Zusammenhang abgedruckten Gesetzestext folgen ausführliche Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen; als Anhang sind der Text des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und der des dazu ergangenen Einführungsgesetzes beigefügt.

Totenliste

Am 25. Juni 1923 starb *Max Ernst Mayer*, der bedeutende Forscher auf dem Gebiet des Strafrechts, im Alter von 48 Jahren. Er hatte in Leipzig, Heidelberg, Berlin, München und Straßburg zunächst Literaturgeschichte und unter Kuno Fischers Einfluß Philosophie, später, durch Georg Jellinek angeregt, Rechtsphilosophie und Rechtswissenschaft studiert. Im Jahr 1900 habilitierte er sich für Strafrecht und Rechtsphilosophie in Straßburg. 1901 erschien Die schuldhaftige Handlung und ihre Arten im Strafrecht, 1903 die erste große und vielumstrittene Arbeit Rechtsnormen und Kulturnormen, 1907 in der Sammlung Göschen Deutsches Militärstrafrecht, 1915 das grundlegende Lehrbuch Der all-

gemeine Teil des deutschen Strafrechts. Der bei Berufungen trotz seiner Bedeutung wiederholt Übergangene, der nur ein Extraordinariat in Straßburg hatte erhalten können, legte verärgert im Jahr 1916 dies Lehramt nieder. Nach einer Tätigkeit als Kriegsgerichtsrat folgte er jedoch 1919 einem Ruf als außerordentlicher Professor nach Frankfurt am Main, wo er bald ordentlicher Professor wurde. Neben dem Strafrecht und der Rechtsphilosophie widmete er sich hier auch der Staatsbürgerkunde. Auf der Reichsgründungsfeier der Universität Frankfurt am 18. Januar 1921 hielt Max Ernst Mayer eine Festrede über Macht, Gewalt und Recht. Den Schlußstein seines wissenschaftlichen Schaffens bildet die im Jahr 1922 veröffentlichte Rechtsphilosophie. Im Juli starb in Leipzig, 63 Jahre alt, *Friedrich Stein*, ordentlicher Honorarprofessor an der Leipziger Universität. Er hat den von Gaupp begründeten Kommentar zur Zivilprozeßordnung in den späteren Auflagen fortgeführt und schließlich zu seinem eigenen Werk gestaltet. Daneben waren aus seiner Feder neuerdings als selbständige Werke Abhandlungen über Grundfragen der Zwangsvollstreckung /1913/ und ein Grundriß des Zivilprozeßrechts /1921/ erschienen.

Am 17. November starb der letzte Kaiserliche Staatssekretär des Reichsjustizamts, *Paul von Krause*, im Alter von 71 Jahren. Krause war seit dem Jahr 1890 Rechtsanwalt in Berlin. Die Wertschätzung seiner Kollegen berief ihn in den Vorstand der Anwaltskammer, dessen Vorsitz er mehrere Jahre lang innehatte. Wilhelm II. verlieh ihm 1913 den erblichen Adel. Als Mitglied der nationalliberalen Partei hatte er von 1888 bis 1913 dem preußischen Abgeordnetenhaus angehört; von 1896 an war er dessen 2. Vizepräsident. Als im Jahr 1917 ein Anfang mit der Parlamentarisierung der Reichsregierung gemacht wurde, erhielt er das Amt des Staatssekretärs im Reichsjustizamt, das er bis zum Frühjahr 1919 innehatte. Nach der Staatsumwälzung hatte er sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Ende November starb in Bonn der geistvolle Lehrer des bürgerlichen und internationalen Rechts *Conrad Ernst Zitelmann*, in seinem 72. Lebensjahr. Neben seinem großen Werk Internationales Privatrecht /1897 bis 1912/ seien vor allem seine bekannte Rektoratsrede Lücken im Recht /1903/ und seine Schriften über die juristische Ausbildung, Die Vorbildung der Juristen /1909/ und Die Neu-

gestaltung des Rechtsstudiums /1921/ erwähnt. Die der schönen Literatur angehörenden Sammlungen Radierungen und Momentaufnahmen sowie Totentanz und Lebensreigen bezeichnen den Umfang seines Geistes.

Am 31. Dezember starb der Heidelberger Ordinarius für vergleichende Rechtswissenschaft *Friedrich Karl Neubecker*, in seinem 52. Lebensjahr. Von umfassenden Sprachkenntnissen unterstützt, hatte sich seine rechtsvergleichende Forschung besonders dem serbischen und russischen und zuletzt dem finnischen und skandinavischen Recht zugewandt. Er hat im Jahr 1922 eine 3bändige Übersetzung von Tore Almqvists Skandinavischem Kaufrecht herausgegeben.

Am 8. Januar 1924 starb in Heidelberg der Professor des öffentlichen Rechts an der dortigen Universität *Arthur von Kirchenheim*, 69 Jahre alt. Er stammte aus Berlin, promovierte 1877 in Tübingen und habilitierte sich 1880 in Heidelberg. Er hat mehrere Lehrbücher des deutschen Staats- und des Kirchenrechts herausgegeben und das Zentralblatt für Rechtswissenschaft begründet.

Kurse Chronik Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Leiden erläßt das folgende internationale Preisausschreiben:

»Beschreibung des internationalen Privatrechts eines oder mehrerer Länder Europas im 16. und 17. Jahrhundert.« Die Bearbeitung muß sich hauptsächlich auf die Rechtsprechung und die örtlichen Rechtsquellen stützen: die Wahl der Länder steht frei. ◊ Den Studierenden der Juristischen Fakultät der Universität Breslau ist für das Jahr 1924 die folgende *Preisauflage* gestellt worden: »Die Zulässigkeit einer körperlichen Untersuchung im Strafverfahren.« ◊ Eine *Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen* haben in Berlin die Vorstände des Deutschen Juristenbunds, des Deutschen Juristentags, der Berliner Juristischen Gesellschaft, der Berliner Ortsgruppe des Preußischen Richtervereins, des Berliner Anwaltvereins und Notarvereins gemeinsam mit den Mitgliedern der Berliner Juristischen Fakultät begründet. Der Engere Ausschuß, dessen Vorsitzender der Berliner Ordinarius Wilhelm Kahl ist, hat zunächst Unterausschüsse für das Gebiet des Zivilprozeßrechts und des Rechts der Hypothekenaufwertung eingesetzt. ◊ Im Oktober 1923 wurden dem Führer des Kührstriner "nationalen" *Putsches*, dem Major Buchrucker, 10 Jahre Festungshaft so-

wie 100 Milliarden Papiermark (etwa 6 Goldmark) Geldstrafe auferlegt, während der Arbeiter Thorell, der am Hamburger Kommunistenputsch beteiligt gewesen war, zum Tod verurteilt wurde. ◊ Die erste Hinrichtung mit Giftgas (zerstäubter Blausäure) fand Anfang Februar in Carson City, der Hauptstadt des nordamerikanischen Staats Nevada, statt. ◊ Am 23. Januar nahm die französische Kammer einen Gesetzentwurf an, der die französische Zivilgesetzgebung für Elsaß und Lothringen einführt; ebenso sind die französischen Sozialgesetze auf Elsaß und Lothringen ausgedehnt worden. ◊ Der Jenaer Ordinarius für Strafrecht und Prozeßrecht August Köhler folgte einem Ruf an die Prager deutsche Universität. ◊ Auch Guido Kisch, der erst vor kurzem als Ordinarius für deutsches Zivil- und Handelsrecht von Königsberg nach Halle berufen war, ging nach Prag an die deutsche Universität. Kisch stammt aus Prag; die Prager deutschvölkischen Hochschüler hatten in letzter Zeit mehrfach ihre antisemitischen Demonstrationen gegen ihn gerichtet. ◊ Der Frankfurter Ordinarius für römisches Recht, deutsches Zivilrecht und Zivilprozeß Heinrich Titze übernahm ein gleiches Ordinariat in Berlin. ◊ Der Staats- und Verwaltungsrechtslehrer Otto Bühler ist von Halle als Ordinarius an die Universität Münster übersiedelt.

Literatur

Seit dem Jahr 1922 erscheint in einzelnen Beiträgen eine seit Jahren vorbereitete, groß angelegte Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft /Berlin, Julius Springer/. Das Werk, das ursprünglich als Fortführung der von Karl Birkmeyer herausgegebenen, im Jahr 1912 in 2. Auflage veröffentlichten Enzyklopädie der Rechtswissenschaft geplant war, will in 50 Beiträgen einen umfassenden Überblick über Rechtsphilosophie, Rechtsgeschichte, Zivilrecht und Zivilprozeß, Strafrecht und Strafprozeß, öffentliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, allgemeine und besondere Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Nachbargebiete der Volkswirtschaftslehre geben. Der Name Franz von Liszt, der vor 10 Jahren an die Spitze des Unternehmens getreten war und es bis zu seinem Tod betreut hat, muß jetzt fehlen; als Herausgeber der rechtswissenschaftlichen Abteilung zeichnen nunmehr die beiden Berliner Professoren Eduard Kohlrausch und Walter Kaskel. Die Beiträge kann man einzeln beziehen. Als 1. Heft erschien Max Ernst

Mayers Rechtsphilosophie. Von der Bestimmung der Philosophie als Weisheit ausgehend, sieht Max Ernst Mayer die Philosophie in ergänzendem Gegensatz zur Gesamtheit der Wissenschaften als das Bestreben die Wirklichkeit als einheitliches Ganzes zu erfassen und die Rechtsphilosophie als das Bestreben vom Recht als einem einheitlichen Ganzen eine Vorstellung zu gewinnen. Auf einer Untersuchung von Gesellschaft und Kultur aufbauend entwickelt Max Ernst Mayer das System der sozialen Triebe und Ordnungen. Er stellt den Begriff des Rechts in den Sätzen fest: »Recht im weitern Sinn ist die Gesamtheit von Handlungen, die eine organisierte Gesellschaft vornimmt, um die Pflege ihrer gemeinsamen Interessen durch Aufstellung und Durchführung eines Normensystems zu sichern. Recht im engeren Sinn ist die Gesamtheit von Handlungen, die ein Staat vornimmt, um durch Aufstellung und Durchführung eines Systems von Normen, die durch Zwang garantiert, und von Zwangsmaßnahmen, die an Normen gebunden sind, die Pflege von gemeinsamen Interessen zu sichern. Rechtsnormen im weitern Sinn sind die von einer organisierten Gesellschaft aufgestellten allgemeinen Bestimmungen über Dürfen und Sollen der Gesellschaftsorgane und Gesellschaftsmitglieder. Rechtsnormen im engeren Sinn sind die von einem Staat aufgestellten, letzten Endes durch Zwang (im aktiven und passiven Sinn) garantierten allgemeinen Bestimmungen über das Dürfen und Sollen der Staatsorgane und Staatsbürger.« Untersuchungen über die Geltung des Rechts und das Verhältnis des Rechts zur Moral bilden den Abschluß dieses Teils. Die weitere Untersuchung, die der Idee des Rechts in scharfer Unterscheidung vom Rechtsideal gewidmet ist, beginnt Max Ernst Mayer damit ein Bild der Wertssysteme zu entwerfen: Absolute und relative Werte (inhaltlicher und formaler Absolutismus, skeptischer und kritischer Relativismus), Personalismus und Transpersonalismus. Die anschließende Wertkritik behandelt die Beziehungen zwischen Recht, Macht und Gewalt, zwischen Recht, Gerechtigkeit und Freiheit, zwischen Recht, Humanität und Kultur. Das Werk klingt in die Sätze aus: »Eine Lebensauffassung soll Anfang und Ende einer jeden Rechtsphilosophie sein. Sie ist der Ton, auf den der Mensch gestimmt ist, ist die grundsätzliche Stimmung, in der er zu allen Problemen Stellung nimmt und eines jeden Tages Werk verrichtet. Hu-

manität ist die Stimmung, die hier gelehrt ist, auf daß sie erlebt und gelebt werde; sie muß als individueller Wert erstarken, um in der sozialen Welt Früchte zu tragen, sie muß in allen, die Recht setzen oder sprechen, Wurzel schlagen und Blüten treiben, um dem Recht zu seinem Recht zu verhelfen.« Es ist zu bedauern, daß es Mayer geraten schien den erkenntnistheoretischen Teil zu vernachlässigen. Aber auch mit solchem Mangel erfüllt dieser erste Beitrag zur Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft den Zweck, den die Herausgeber sich gesetzt haben: Sie zeigt dem Studierenden, »daß er eine Kunst und kein Handwerk erlernt; daß Lernen hier heißt: die ganze Person einsetzen, nachdenken und an Hand der überall angeführten Hilfsmittel weiterdenken, was andere gedacht haben«. Darüber hinaus bietet das Werk auch dem, der sich "fertig" dünkt, und dem auf Allgemeinbildung gerichteten Nichtfachmann reiche Anregung und hohen Genuß.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Erzählungen Nach dem gelehrten und gründlichen, über Tatsächliches gut unterrichtenden Buch des Frankfurter Ordinarius für Literaturgeschichte Hans Naumann Die deutsche Dichtung der Gegenwart /Stuttgart, J. B. Metzler/ gliedert sich die Dichtung in lauter Schulen. Dabei ist aber nur der Stil, der der Gemeinsamkeit gehört, berücksichtigt, kaum der andere, der von der Persönlichkeit ausgeht. Darf man aber das Besondere des einzelnen Künstlers weniger wesentlich nehmen als die allgemeine Verwandtschaft zwischen den verschiedenen Geistern? Der Grad des Künstlertums ist hier nicht entscheidend. Es arbeitet auch in dem mäßigen Künstler, der nicht unter die Genies gerechnet werden kann, etwas Geniales, und es ist wichtig das, was von diesem genialen Funken in ihm erlischt oder richtig aufzüngelt, zu erkennen. Denn jedem Künstler liegt es ob nicht nur die Kraft seines Gehirns zu bewahren sondern auch das glühende Feuer seines Gefühls, um aus beidem die entzündenden Kräfte für seine Nebenmenschen herauszuziehen. Der Zeitgenosse Lermontows *Nikolaj Ljesskow* hat in seinen Erzählungen Der unsterbliche Golowan und andere Geschichten /München, Musarionverlag/ einige stilistische Formen, die man vielleicht als rhetorische und epische Um-

gangsformen seiner biedermeierischen Zeit bezeichnen könnte. Aber man würde dem Schriftsteller, der einstmals in Rußland sehr geliebt wurde, unrecht tun, wollte man ihn nun mit einem ganzen Kranz von Zeitgenossen in eine eintönige Verwandtschaft hineinstoßen. Er ist ganz selbständig. Das Modische in ihm, das der gelehrte Professor vielleicht als seinen Stil bezeichnen könnte, ist heute belanglos. Vielleicht ist es möglich in diesem Ljesskow einige nationale Eigentümlichkeiten zu entdecken. Aber auch das ist nur mit Mühe zu vollführen. Der starke Schriftsteller gehört wohl seiner Nation, aber er gehört noch mehr der Welt. Und es scheint, daß in unserer Zeit, die sich großmäulig vom Weltbürgertum abwenden und einem engen Nationalismus zuwenden will, der Sinn einer Weltliteratur noch stärker festgehalten werden muß als jemals. Dieser Sinn wird nicht etwa dogmatisch ausgedrückt und erfüllt sondern nur dadurch, daß das Auge des Betrachters auf die dichterische Persönlichkeit gerichtet ist.

Philippe und Carco Man liest 2 Bücher aus dem Nachlaß Charles Louis Philippes, den Charles

Blanchard /Leipzig, Inselverlag/ und die Geschichtensammlung Das Bein der Tienne /München, Kurt Wolff/ und dazu noch den Roman des jungen Francis Carco *Jésus-La Caille* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ und ist wiederum verführt, wofern man schulmeisterlich nur zu sehen wagt, eine Verwandtschaft des Philippe-schen Geistes mit dem Carcoschen irgendwie festzustellen. Das wäre in diesem Fall gar nicht merkwürdig. Denn Philippe ist ein großer, bedeutungsvoller und weitwirkender Dichter gewesen, während Carco nur mit geringeren Gaben der Beredtsamkeit und der Lyrik ausgestattet wurde. Aber Carco ist doch wieder eine Persönlichkeit, die ganz in sich geschlossen dasteht. Ja, er mag, als er seinen Pariser Zuhälterroman schrieb, sogar an den klassischen Zuhälterroman Charles Louis Philippes *Bubu* vom Montparnasse gedacht haben. Und obwohl er sicher nachahmt und nachahmen will, gelingt ihm die Nachahmung nicht. Er muß viel kurzatmiger in der Lyrik sein als der ungewöhnlich und reich hinströmende Philippe. Die Welt, die Carco schildert, ist die Welt der Dirnen und männlichen Prostituierten und ihres Anhangs von Zuhältern. Es ist eine fesselnde Welt, von der manches bewegende Abenteuer erzählt wird. Während nun aber Carco nur die Wirklichkeit sucht,

wenn auch die betäubende und belehrende, tut er etwas ganz anderes als sein vermeintlicher Lehrer Philippe getan hat. Dieser suchte nicht nur die Wirklichkeit sondern trachtete hinter der Wirklichkeit nach der Ewigkeit. Philippe war im Bubu der große Metaphysiker der Unzucht und der Lustseuche. Er war der Träumer und Durchleuchter dieser Welt. Carco kann nicht so hoch hinaus. Er bleibt schon auf halbem Weg liegen. Es hat keinen Sinn ihn mit Philippe zusammenzuspannen. Seine Individualität widersetzt sich der Schule, und die Schule, die Charles Louis Philippe hätte begründen können, würde sich wieder der Persönlichkeit Carcos widersetzen. Es ist in dieser Rundschau schon von der besondern Arbeitsart Philippes gesprochen worden. Er hat seine Romane und kurzen Geschichten immer wieder umgeschrieben. In den Kästen, die seinen Nachlaß bergen, fand man immer neue Versionen des gleichen Gegenstands. Und diese neuen Versionen wurden der Wirklichkeit, die er formen wollte, immer fremder. Die Versionen waren keine Schilderungen der Wirklichkeit mehr sondern Visionen. Auch das ist das ganz Charakteristische für Philippe, der ein sehr jenseitiges Ingenium gewesen ist, obwohl er sich an Stoffen des kleinen alltäglichen Lebens abgemüht hat. Die Wirklichkeitsstudie, die in dem nachgelassenen Band Charles Blanchard die Tragödie des Brotes oder vielmehr die Tragödie des Brotmangels schildert, wird immer phantastischer, je mehr sie sich in die Einzelheiten vertieft. Philippe ist auch ein Moralist. Doch ist seine Moral keine Sittenlehre, aus der der Prediger oder Schulmeister etwas lernen könnte. Diese Moral ist die Frage nach den Urproblemen des menschlichen Tuns.

Zeitdokumente Eine Chronik von des 20. Jahrhunderts Beginn hat *Carl Sternheim* zusammengestellt /München, Dreimaskenverlag/. Er sammelt die Geschichten, die seiner Laune und seiner karikierenden Überlegenheit entstammten. Er fühlt sich immer als der Herr der Welt, er glaubt niemals ihr Diener zu sein. Und so sieht er über die Menschen weg, so sieht er nicht in die Menschen hinein. Wenn er von einem genialen Koch erzählt, der merkwürdig aufsteigt, um ebenso merkwürdig zu verkommen, wenn er von einer genialen Liebeskünstlerin spricht, die darum zur sozialen Erlöserin wird, so spielt er doch eigentlich nur mit den Begriffen. Er ist ein vielgestaltiger Mensch, wenn er sich

selber manifestiert; er ist aber viel zu hochmütig, um herauszufinden, welche eigentümliche Seele, welche besondere Sprache, welche eingeborene Körperbewegung ihm anhaftet. Solche Art des Sehens ist Feuilletonismus. Sternheim hat der Kaltschnäuzigkeit eine gewisse Klassizität verschafft und ist außerdem furchtlos genug, um die Dinge bei einem sehr deutlichen Namen zu nennen. Die Chronik des 20. Jahrhunderts, die er gibt, ist nun eigentlich schon veraltet. Sternheim lebt ja gar nicht in diesem 20. Jahrhundert. Er begnügt sich mit dem Abglanz. Der wirkliche Glanz blendet ihn. Immerhin ist es lobenswert, daß er sich hübsch am Erdboden behauptet und sich ausweidet, wenn er meint, er weide auch seine Nebenmenschen aus. So versündigt er sich nur an sich selber, nicht an seinen Nebenmenschen.

Die meisten Schriftsteller von geringerem Schlag sind nämlich viel ehrgeiziger. Sie wollen nicht nur das Diesseits bewältigen sondern auch das Jenseits. Sie erfinden, was die Männer der Naturwissenschaft noch nicht gefunden haben, die Brücken, die zu den Sternen außerhalb der Erde führen. Sie glauben zum Beispiel, daß es ihnen gelingen wird die Wege auf den Mars zu entdecken, und schildern dann diese von ihrem Dichtertraum entdeckten Wege auch. Aber der Traum, der sie lockt und fortträgt, ist nur ein sehr philiströser Traum. Ihre Phantasie ergötzt sich nur an der Behaglichkeit, die der kleine Mann auskostet, indem er sich sein Leben möglichst gut gestaltet. Und wenn sie dann glauben ein soziales Abbild einer bessern Welt zu geben, ist diese bessere Welt sehr kleinbürgerlich und beschränkt. Es ist ein eigentümliches Ding um die phantastischen Bücher, sie reizen kaum ein Kind, geschweige einen geschickten Mann. Dies Gemisch von Kriminalistik und Ausdeutung dessen, was nur mit dem 6. und 7. Sinn eines Tages vielleicht erleuchtet sein wird, ist eine verkrüppelte Schöpfung. Kommt dann noch hinzu, daß der Schriftsteller kein Redner ist, das heißt kein Meister des Worts, dann liest sich sein ganzer utopistischer Roman wie ein höchst langweiliges Stück. *A. Bogdanow* hat solchen utopistischen Roman geschrieben (Der rote Stern /Berlin, Verlag der Jugendinternationale/). Es ist ein Unrecht, wenn der Verlag, der die unreifen Köpfe gewinnen will, solch unförmiges, geistig ziemlich minderwertiges Werk aufnimmt. Der unmündige Leser bleibt stehen, er fühlt sich unbehaglich und weiß nicht, was ihm sein Unbehagen

verursacht. Wozu dann erst die Scheuklappen hinunterreißen?

Die repräsentative Persönlichkeit des neuen Italiens, *Gabriele d'Annunzio*, ist nicht mehr so anhänglich dem Sinnen- genuß und der Prächtigkeit, die seiner Natur jahrzehntelang so wohlgefallen hatten. Nachdem er eine politische Macht erworben hatte, fühlt er sich ganz als Prediger und priesterlicher Lehrer des italienischen Volkes. Es muß gesagt werden, daß der vielgestaltige Mann außerordentliche Gaben der Anmut besitzt, so daß er auch in der neuen Rolle erfreulich wirkt. Er stieg, da er alles Neue und die Nerven Aufpeitschende sehr liebte, natürlich auch in die Luft, und da er ein glühender Freund seines Landes war, so scheute er nicht die Gefahr. Er wurde als Fliegeroffizier verwundet, und es traf mit seiner Neigung und seinem unendlich leicht spendenden Talent zusammen, daß er die Freuden seiner Luftfahrt und die Leiden seines Krankenlebens dichterisch verarbeitete. Notturmo heißt dieses Buch /Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance/. Es ist ein Roman und gleichzeitig ein psychologisches Dokument, das den Romanschreiber leuchtend charakterisiert.

Einer der lebendigsten Vertreter der jungen Generation Deutschlands, *Franz Jung*, schrieb den Roman *Die Eroberung der Maschine* /Berlin, Malikverlag/. Er ist ein brennender Freund des Friedens und ein glühender Gegner aller Mächte, die den Menschen einengen und ihn in seiner geistigen Entwicklung hemmen. Man kann zu seinem Ruhm sagen, daß er sich in all den Problemen ausgebildet hat, deren Lösung für einen unabhängigen Betrachter des Volkslebens notwendig ist. Das Beweisstück gegen die Rückständigkeit der bürgerlichen Welt ist überzeugend.

Menschliche Dokumente

Der kleinrussische Erzähler *Wladimir Korolenko* hat sein bestes Buch in seinen

Lebenserinnerungen geschrieben, zu denen erstmals Rosa Luxemburg die Einleitung schrieb: *Die Geschichte meines Zeitgenossen* /Berlin, Paul Cassirer/ ist eins der schönsten und harmonischsten Prosastücke der modernen Literatur. Der aus dem Nachlaß Korolenkos jetzt veröffentlichte Roman *Der seltsame Mensch* /Berlin, Franz Schneider/ wurzelt tief in der kleinrussischen Heimat, obwohl er in Amerika spielt. Dorthin kamen ein paar von den russischen Bauern, die hofften jenseits des Ozeans das unerhörte Glück, die Freiheit und die Menschenwürde zu

finden, die sie im täglichen Robotten und unter der Tyrannei ihrer Regierung verloren hatten. Der seltsame Mensch ist ein wolhynischer Riese, der sich in seiner kindlichen Unbeholfenheit erst gar nicht an die neue Welt gewöhnen kann, und der zunächst wie ein grausiges Wunder angestaunt wird, als er unter die geschäftigen Menschen der Vereinigten Staaten tritt. Nach seinem Straucheln und Umherirren orientiert sich der seltsame Mensch aber bald, und er wird ein emsiger, handfester und geschickter Arbeiter, bereit die neue Welt auf sich wirken zu lassen, bereit die neue Welt mit seinem alten starken Blut zu stärken. Der Roman Korolenkos ist ein beglückendes Weltmärchen, es wird fabuliert, was den Leser erfreut; Belehrung und Unterhaltung klingen zusammen, und in dieser Einigkeit ruht die Schönheit des Werkes.

Der Schweizer Schriftsteller *Traugott Vogel*, der seinen Roman *Unsereiner* /Berlin, Grethlein & Co./ tauft, ist mit einem großen Lebensernst bedrückt. Indem er über seinen Roman *Unsereiner* schreibt, will er sagen, daß er das Schicksal seines Romanbruders als das Schicksal aller seiner Nebenmenschen ansieht. Der Titel ist kühn und dabei gleichzeitig bescheiden. Ein moralischer Mensch schrieb das Buch.

Geschichtskonstruktionen

Der Däne *Johannes V. Jensen* ergibt sich heute vollkommen einer phantastischen Betrachtung der Kulturgeschichte. Er will die Entwicklung seines nordischen Vaterlands von dessen dunkelsten Anfängen her verfolgen und schildern, wie sich aus den primitiven Urbewohnern der dänischen Wälder die Generationen der modernen Zeit entwickelten. Nun huldigt er der Ansicht, daß seine Urväter, die über Westeuropa hinunter bis zu dem Süden gewandert sind, ganz im Sinn einer (heute schon überholten) Rassentheorie, ein Stück jener Kultur und jenes Abenteurergeistes verbreitet haben, der in den dänischen Siedlern ursprünglich brodelte. Seiner Ansicht nach ist auch Christoph Columbus wahrscheinlich langobardischen Ursprungs und mit einigen Tropfen skandinavisches Blutes gesegnet. Seiner Ansicht nach wären die Inbrunst und der Eroberungsdrang und die Kühnheit und die Unermüdlichkeit, aber auch die Niedergeschlagenheit und der tief sinnige Fanatismus des Columbus daraus zu erklären, daß jene Männer, die ihn zeugten, von der nordischen Mitternachts-

sonne einmal beschienen und von der ewigen Nacht des nordischen Winters einstmals bedrückt wurden. Er stellt Konstruktionen auf, ohne zu ahnen, daß er damit nur veralteten Konventionen folgt. Während er seinen Roman vom Columbus /Berlin, S. Fischer/ schrieb und Columbus als Germanen reklamiert, haben Dokumentenfunde in Spanien es wahrscheinlich gemacht, daß Columbus in Wahrheit jüdischer Abstammung war (siehe auch die Rundschau Geschichte, 1922 I Seite 371). Daß jene seltsame Kompliziertheit seines Charakters, sein Streben in die Weite (das hier räumlich eine Art der dem Judentum eingeborenen Zukunftssehnsucht, der Quelle der Prophetie und des Messianismus, darstellt) jüdisches Blut vermuten lassen, wäre Jensen freilich nie eingefallen. Daher ist es schon besser, wenn man kulturgeschichtliche Romane nicht auf Grund vorgefaßter dogmatischer Meinungen entwirft. Dieser notwendige Tadel soll aber nicht verhüllen, daß dieses neue Jensen-sche Buch eine Menge schöner Schilderungen enthält. Namentlich die Entdeckungsfahrt selbst, die Szenen, da Columbus der kleingeistigen Mannschaft seine Beweise vorführen muß, immer wieder vom Zweifel und vom Besserwissen umgeben wie alles Große und Gute, sind von starker Bildkraft. Zu welcher Nation der Schriftsteller *Pierre MacOrlan* gehört, der ganz unterhaltende Kolportage liefert, weiß man nicht. Der Name klingt schottisch, aber er scheint ein Deckname zu sein. Es gibt eben heute Produzenten für den allgemeinen Weltgeschmack, denen es gar nicht mehr auf die Pflege ihrer Persönlichkeit ankommt, und die auch imstande sind sich vollkommen dieser Persönlichkeit zu entäußern. Mac Orlan weiß dabei die Aufmerksamkeit eine Weile in Fesseln zu schlagen. Er erzählt in seinem Roman *Die Reiterin Elsa* /München, O. C. Recht/, wie ein jüdisches Mädchen aus Koblenz, durch mannigfaltige Schicksale verschlagen, unter die Bolschewisten nach Rußland gerät. Dieses kleine, sehr appetitliche, liebeslustige und schlaue Mädchen wird zur vielbegehrten Geliebten der bolschewistischen Kriegsführer. So weit die Wirklichkeit. Dann kommt das Abenteuer, das Zukunftsbild einer Geschichte, die etwa um 1930 angesetzt ist. Die Bolschewisten wollen die ganze Welt erobern. Ihre Horden und Kohorten überschwemen Deutschland. Sie dringen bis nach Frankreich vor, sie besetzen Paris und die ganze französische Republik. Elsa,

das kleine Koblenzer Mädchen, das erst ein Soldatenliebchen war, wird zur geheimnisvollen Vertreterin der bolschewistischen Mystik. Sie kariolt durch die Welt in einem herrlichen Automobil, das chinesische Leibgardisten lenken, sie sprengt die Front der bolschewistischen Soldaten ab und wird eine Art von Bolschewistengeneral, über den man sich in allen Erdteilen verwundert, da man das Konterfei der Reiterin Elsa in den illustrierten Zeitschriften findet und anstaunt. Aber die Reiterin Elsa ist auch ein liebendes Weib. Nachdem sie es mit einigen Bolschewistenmatadoren versucht hat, erprobt sie einen Pariser Künstler und einige Lebemänner vom Montmartre, bis sie eines Nachts irgendwo ermordet wird. Das Kriminalbedürfnis des Lesers ist befriedigt. Man muß sagen, daß es mit Geschicklichkeit befriedigt wurde. Ein Mann, der aus der Geschichte das Sinnbild für die Gegenwart rekonstruieren will, ist *Theodor Heinrich Mayer*. Sein Roman *Rapanui* /Leipzig, L. Staackmann/ ist von anständiger Gesinnung. Der Verfasser ist ein Sichter, kein Seher.

Neuausgaben Dem deutschen Gebildeten unserer Tage ist *Christian Dietrich Grabbe* schon fast unbekannt geworden. (Dieser Gebildete ist heute meist von einer wahrhaft umfassenden Unbildung und namentlich ohne jedes Verhältnis zu der großen Vergangenheit, die in die Zukunft weist.) Grabbe zählte früher als verkommenes Genie, heute sieht man in ihm vielleicht mehr das Genie der Verkommenheit. Aber der Dichter, der Don Juan und Faust zusammenbrachte, war nicht nur genial, er war auch tief tragisch. Und am meisten dort, wo er komisch wirken wollte. Dort, wo Grabbe mit Zorn spricht und sich fanatisch entläßt: in seiner mächtigen pamphletischen Komödie, die sich gegen die Skribifaxe seiner Zeit richtet, hat er die Unsterblichkeit erreicht. Christian Grabbe, ein Opfer des Suffs und der sozialen Mißstände, ein Opfer seiner lieben Nebenmenschen und der Borniertheiten aller, die um ihn die Feder führten, verdient es unter die Klassiker aufgenommen zu werden, allein darum, weil er ein Klassiker geworden wäre, wenn er sich selber und wenn das Leben ihm die Zukunft des ruhigen Schaffens gestattet hätte. So ging er hin, ein Fragment, ein zerbrochenes Geistesgebäude, ehe er sich selber vollendet hatte. Es hat auch über der Philologie Grabbes ein eigentümlicher Stern gewaltet. Der Meister des seichten und plat-

ten Wortspiels, Oskar Blumenthal, hat Grabbe durch die erste Ausgabe aus der Vergessenheit gerettet. Es bemühte sich gleichzeitig der nicht minder nüchterne und philiströse Rudolf von Gottschall um Grabbe. Heute wird Grabbe wieder in einer schönen und splendid ausgestatteten 4bändigen Ausgabe des Weimarer Verlags Erich Lichtenstein gedruckt. Paul Friedrich besorgte die Ausgabe, die jedem gefallen wird, der weit und tief genug ist sich mit dem Grabbeschen Genie zu befreunden.

Einer von den kuriosesten französischen Romantikern ist *Gérard de Nerval*. Er war der erste Übersetzer des Faust. Goethe hat dem Jüngling, der kaum 20 Jahre alt war, geschrieben, daß er sein Werk jetzt erst recht liebe, da er es in der französischen Sprache wiederentdeckte. Nerval hat Deutschland mehr geliebt als die geschäftige Germaine de Staël, die mehr den Schriftsteller Wilhelm von Schlegel liebte als die eigentlichen deutschen Dichter. Gérard de Nerval, der ein blutarmen Kerl war, pflegte die deutschen Dörfer und Städte zu durchwandern. Er hat in deutschen Rheinweinhäusern geträumt und ist verrückt geworden, nachdem er die dunkelsten und entzückendsten Liebesgeschichten geschrieben hat. Auch das wenige Geld, das Heinrich Heine oder vielmehr dessen Gattin Mathilde, das gute dicke Kind, ihm manchmal borgte, konnte ihn nicht davor bewahren ganz in das brotlose Proletariat hineinzusinken. Eines Tages zerbrach sein Verstand vollkommen, und er legte sich den Strick um den Hals. Die Erzählungen dieses romantischen Genies wurden in einem ungeheuer empfindsamen Stil geschrieben, den sein deutscher Übersetzer Alfred Wolfenstein zu treffen versucht hat. Seine deutsche Nervalausgabe erschien im Dreismaskenverlag in München und ist eine Gabe von Wert. Von Gérard de Nerval stammt auch ein deutsches Revolutionsdrama Louis Burkhardt, das der Verfasser dieser Rundschau vor Jahren im Verlag Tal & Co. in Wien zusammen mit einer Studie über den rätselhaften Mann veröffentlicht hat.

Der Verlag Ullstein in Berlin und der Verlag Kurt Wolff in München bringen gleichzeitig je eine deutsche Ausgabe der Werke *Guy de Maupassants* heraus. Diese Bemühung um den großen Schilderer der Wirklichkeit, der ein leidenschaftlicher Freund der Wahrheit und des Wohllebens gewesen ist, kann nur gelobt werden. Maupassant steht gerade verwirrten Menschen unserer Zeit außer-

ordentlich nahe. Er war nicht ein so geladenes Temperament wie Emile Zola. Er war nur ein starker, geduldiger und emsiger Betrachter. Er war ein anbetender Freund der Natur. Wochenlang hat er auf dem Wasser gelegen, dem Wellenschlag, dem Windwehen und dem wimmelnden Dasein des Seegetiers zugehört. Diese Vertiefung zeichnet auch den charakterisierenden Maupassant aus. Er ließ sich ganz und gar einfangen von den Seelen, die ihn umgaben, und von den körperlichen Dingen. Der Jungeselle, der sich niemals binden wollte, war trotzdem der scharfsichtige und hellhörige Erklärer der Frauenherzen. Er sammelte die Kleinigkeiten des Daseins in kleinen, gedrungenen unendlich gespitzen Erzählungen auf. Er ist der Meister der kurzen Erzählung in Frankreich, und er wurde so der Meister der ganzen Welt, die heute noch schreibt und erfindet. Die beiden neuen deutschen Ausgaben sind im allgemeinen von geschulten Übersetzern besorgt, und jede hat in Anordnung und Ausstattung ihre besonderen Vorzüge. Allerdings ist es nicht immer leicht gewesen diesen besonders und ausgefeilten Stil, diese souveräne Sprachbeherrschung, die sich manchmal pompös und prächtig entlädt, wiederzugeben. Es gibt in Deutschland wohl kaum 10 Menschen, die wirklich übersetzen können, aber es gibt sicher 10 000, die sich darum bemühen. Den Verlegern wird es also einigermaßen erschwert für solch ein Kulturwerk die richtigen Hilfsmannschaften zu finden. Man wird jetzt sicher wieder anfangen Maupassant zu lesen, und man soll es auch tun, den schulmeisternden Rückwärtsern zum Trotz. Man wird dadurch leichter und freier werden; man wird aber vielleicht jetzt, nach 1914-1918, in dem Maupassant nach 1870-1871 Tiefen entdecken, über die man in den neunziger Jahren achtlos hinwegglitt.

Um die Mitte des 15. Jahrhunderts lebte *Johannes Pauli*, als ein Prediger und ein Spaßvogel. Er war erbaulich und lustig zugleich, und die Humanisten seiner Zeit wußten seinen Sarkasmus und seine Unanständigkeit wohl zu schätzen. Jetzt fand sich der Verleger Herbert Stubenrauch in Berlin, der es dem findigen Folkloristen Johannes Bolte ermöglichte Schimpf und Ernst des Johannes Pauli in einer dem Auge höchst erfreulichen Ausgabe neu zu drucken. Das neue Buch ist ein bibliophiles Meisterwerk: eine prächtige Antiqua und Initialen, die schwarz oder farbig den Stil der Miniaturen treffen.

Totenliste

Am 16. Juli 1923 starb in Amsterdam plötzlich an den Folgen einer Blutvergiftung der weitbekannte holländische Romanschriftsteller *Louis Couperus* in seinem 61. Lebensjahr. Bei uns wurden vor allem sein *Eleagabal*, ein historischer Roman aus der römischen Kaiserzeit, und der ebenfalls im alten Rom spielende Roman *Die Komödianten* gelesen. Couperus galt neben van Eeden als der bedeutendste Romanschriftsteller des heutigen Hollands.

In München ist Anfang Januar 1924 *Franz Langheinrich* im 60. Lebensjahr gestorben. Er war Leiter des künstlerischen Teils der Zeitschrift *Jugend* und eine der Hauptstützen der Zeitschrift. Seine Gedichte sind unter dem Titel *An das Leben* gesammelt herausgegeben, und dieser Band ist von Max Klinger und Otto Greiner illustriert worden.

Am 5. Januar starb *Adam Müller-Guttenbrunn* in Wien, in seinem 71. Lebensjahr. Eine Reihe seiner Bühnenwerke ist in den achtziger Jahren über viele deutsche Bühnen gegangen. Mehr Erfolg hatte er aber mit seinen historischen Romanen, jenen Heimatbüchern, die ihm den Namen eines Dichters des Banats verschafft haben, und mit seinen Persönlichkeitsromanen, deren bekanntester der 3bändige *Lenauroman* ist.

Am 13. Januar starb in Kowno *Isidor Eljaschow*, 51 Jahre alt. Er hat durch seine publizistischen, vornehmlich literarkritischen Arbeiten, die er unter dem Namen *Bal Machsowes* veröffentlichte, einen tiefgreifenden Einfluß auf die Entwicklung der ostjüdischen Literatur und auf die ostjüdische Intelligenz überhaupt ausgeübt. Er ist der erste Essayist von europäischer Bedeutung, der in jiddischer Sprache schrieb. Seine erste Arbeit war dem dichterischen Schaffen *Morris Rosenfelds* gewidmet, und von da ab hat er fast 3 Jahrzehnte hindurch alles Wesentliche des Geistes behandelt. Von einer Generation, die später aufwuchs, zum Teil heftig angegriffen, galt er doch unbestritten als ein Führer und Wegbahner, ja schließlich als ein Klassiker des ostjüdischen Schrifttums. In der gesamten Jugend und Intelligenz des Judentums wurde sein Tod als ein nationaler Verlust empfunden. Der Tag seiner Beerdigung wurde in Kowno als Trauertag begangen. Es besteht die Absicht eine Gesamtausgabe der Werke *Eljaschows* herauszubringen; sie soll im *Klalverlag* in Berlin erscheinen, dem der Verstorbene in seinem letzten Lebensjahr als literarischer Berater nahestand.

Am 14. Januar ist *Arne Garborg* in Kristiania im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war zuerst Volksschullehrer gewesen und hatte sich dann dem Journalismus zugewandt. Später zog er sich in die Einsamkeit des Hochgebirges zurück. Er war ein Wegbahner der norwegischen Landsmaalbewegung, deren Ziel es ist die Bauernsprache zur herrschenden Schriftsprache zu machen. Seine Hauptwerke: *Bei Mama* und vor allem *Müde Seelen*, haben auf die stürmisch dekadente Generation des Fin de siècle den tiefsten Eindruck gemacht. Garborg gehörte zu den Führern, sein Name zu den programmatischen. Und doch hatte er nichts von Aktivität, er litt schwer unter der Tatsache des Lebens. Im neuen Jahrhundert, in der Zeit der artistischen Neoromantik, dann des eingebildeten Kraftgefühls, wurde *Arne Garborg* rasch vergessen. Sein Tod ruft ihn in die Erinnerung zurück; an seine Bücher wird man noch einmal denken.

In Kitzbühel in Tirol starb am 26. Januar infolge eines Lungenleidens *Alfons Petzold* im Alter von 41 Jahren. Petzold war einer der begabtesten unter den Dichtern, die aus der modernen Arbeiterklasse hervorgingen. Er war Deutschösterreicher. In einem von mancherlei Not und Sorge verfolgten Leben schuf er eine ganze Reihe wertvoller lyrischer Gedichte; vor allem die Sammlungen *Der stählerne Schrei* und *Der Dornbusch*. Petzold schrieb auch mehrere Romane (*Der feurige Weg* und *Das Lächeln Gottes*), die sein geistiges Ringen zeigen.

Am 6. Februar starb in dem südböhmischen Städtchen Pisek der älteste der tschechischen Dichter *Adolf Heyduk* im Alter von 87 Jahren. Er war von so ungemainer Fruchtbarkeit, daß seine gesammelten Werke bisher 60 Bände umfassen. Wie Stifter als der deutsche, so kann Heyduk als der tschechische Dichter des Böhmerwaldes gelten.

In Clavadel bei Davos starb am 18. Februar *Jakob Bobhart* in seinem 64. Lebensjahr. Er hatte mehrere Novellenbände verfaßt, bis er, 60jährig, den Roman *Der Rufer in der Wüste* schrieb, für den er den Schillerpreis erhielt. Von seinen Werken wären noch *Träume der Wüste* und *Neben der Heerstraße* zu nennen.

Im Februar starb auch, in Berlin, *Alfred Friedmann* im Alter von 78 Jahren. Er war von großer Produktivität und hat sich als Dramatiker und Erzähler, als Reiseschriftsteller und Lyriker wie als Literaturhistoriker betätigt. Eins seiner

Dramen, Don Juans letztes Abenteuer, ist in Berlin aufgeführt worden.

Der Verfasser des Märchenspiels Peterchens Mondfahrt, das in den letzten Jahren an mehreren hundert deutschen Bühnen aufgeführt wurde, *Gerd von Bassewitz*, ist im Februar in Gera im Alter von 45 Jahren gestorben.

Der schwedische Erzähler *Henning Berger*, der in Kopenhagen lebte, ist dort Ende März im Alter von 52 Jahren gestorben. Er gehörte zu der "amerikanischen" Richtung der neuen skandinavischen Literatur. Am bekanntesten ist in Deutschland sein Chicagoroman Sintflut geworden, ein Buch, das Interesse wachruft und verdient.

Am 9. April starb in Berlin *Auguste Hauschner*, 72 Jahre alt. Den stärksten Eindruck hinterließ sie mit ihren Romanen, deren Schauplatz ihre böhmische Heimat ist: Die Familie Lowositz oder die Prager Familiengeschichte Rudolf und Camilla. Ihr Interesse an sozialen Problemen zeigte sie in dem Roman Siedelung. Mehr noch als ihr Schaffen wird das Andenken an die selbstlose Güte dieser Frau weiter leben, die vielen geholfen hat und seelisch Gustav Landauer nahestand.

Am 22. April ist der Münchener Verleger *Hans von Weber* 50jährig in Dießen am Ammersee gestorben. Er leitete den Hyperionverlag und gab den Zwiebelisch heraus: eine Zeitschrift, die jeder halben Persönlichkeit an den Leib ging und tüchtig unter den falschen Gloriolen aufräumte. Hans von Weber war ein sehr geschmackvoller Mann, und in allem, was das Buch anging, hat er durch Tat und Propaganda Vorzügliches geleistet. Er war einer der energischsten Verneiner, und da in unseren Tagen sich so viel unedle Geschwollenheit vordrängt, ist das Verdienst, das er sich durch seine Säuberungsarbeit erworben hat, als sehr groß zu werten.

Kurze Chronik Die Kölnische Zeitung erlaubt ein *Preis Ausschreiben*, um dem deutschen Schriftstellerstand in seinen Nöten beizustehen, zugleich aber auch um das geistige Schaffen wieder zu heben, das nach dem verlorenen Krieg gewaltig zurückgegangen ist. Es sind Preise 1. für Novellen, Humoresken, Skizzen, 2. für Novellen und Erzählungen, 3. für Romane ausgesetzt worden. Die Wiener Volkszeitung hat 3 Preise für die besten Humoresken ausgeschrieben. ◊ In Kopenhagen fand vom 1. bis zum 12. Februar eine *dänische Goetheausstellung*

statt, die den Einfluß des Goetheschen Geistes auf die dänische Kultur veranschaulichen sollte. Zugleich plant der dänische Verlag Danmark die Herausgabe einer vollständigen dänischen Goetheausgabe. ◊ Die Universität Jena beabsichtigt das *Schillergartenhaus*, das der Dichter 1795 käuflich erworben und bis zu seiner Übersiedelung nach Weimar mit seiner Familie bewohnt hat, zu einer würdigen Gedächtnisstätte auszugestalten. In diesem Haus und dem dazu gehörigen Garten hat Schiller den Wallenstein, die Maria Stuart, die Glocke und fast alle Balladen geschrieben. ◊ Hugo Lederers *Heinedenkmal* ist auf Veranlassung der Hamburger Literarischen Gesellschaft nunmehr nach Hamburg überführt worden und hat im Altbau der Kunstschule vor dem Treppenhaus seinen Platz gefunden, als eine Art Museumsgegenstand. Ursprünglich sollte es im Stadtpark aufgestellt werden. Aber die schlimmen Erfahrungen, die man mit dem von Wilhelm II. aus Korfu ausgewiesenen Heinedenkmal gemacht hatte, das man zum Schutz gegen antisemitische Attentate mit Brettern hatte umnageln müssen, haben dies verhindert. In der deutschen Republik ist eben noch kein Platz für Heine vorhanden; und die liberalen deutschen Zeitungen reden den Völkischen gut zu sich nicht an jenem Museumsdenkmal zu vergreifen, weil sie sonst auch Lederer, den Schöpfer des Bismarckdenkmals trafen. Eine echt deutschliberale Begründung. ◊ Bei einer Versteigerung im wissenschaftlichen Antiquariat Creutzer in Köln hat ein fast unbekanntes *Heinebildnis* die Aufmerksamkeit erregt. Es ist eine Bleistiftzeichnung des rheinischen Künstlers Gottlieb Gassen, eines Schülers Peter Cornelius', 1828 in München angefertigt, wo sich Heine auf der Suche nach einer Existenz damals aufhielt.

Literatur Wilhelm Rutz hat die Biographie der *Elise Lensing*, der Jugendfreundin Friedrich Hebbels, geschrieben (München, C. H. Beck). Elise Lensing war ein unglückseliges, vom Schicksal zum Dulden und zur Entsamung verurteiltes Wesen. Als Heibel zu ihr kam, hatte er kaum den Bissen Brot. Sie ermöglichte es ihm einige Jahre die gröbste Not zu überwinden und seinem Dichterberuf entgegenzureifen. Als Heibel über die Kleinlichkeit der Hamburger Verhältnisse hinauswuchs, wuchs er auch über Elise Lensing hinaus, und es entwickelte sich jene Tragödie zwischen Genie und

Frau, bei der die Frau immer recht hat und doch immer unrecht behalten wird. Elise Lensing war eine Frau von hellem Verstand. Doch stärker war ihr Herz, mit dem sie sich dem Schutz des Dichters hingab. Sie ist kein kleiner und gehässiger Charakter gewesen. Als sie nach Wien gekommen war und nun von Angesicht zu Angesicht die Frau sah, die ihr Friedrich Hebbel entführt hatte, Christiane Enghans, die Tragödin des Wiener Burgtheaters, da beruhigte sie sich bald, da sah sie ein, daß sie zu der hohen Aufgabe erwählt war zurückzutreten, damit Hebbel größer wurde als es ihr immerhin beschränkter Verstand übersehen konnte. Wilhelm Rutz, hat die Einzelheiten dieser Frauentragödie aus allen ihm zugänglichen Dokumenten, Tagebüchern und Briefen zusammenge-sucht und sein Material gewissenhaft und ausführlich dargeboten. Diese Arbeit des Biographen ist sehr zu loben. Problematisch bleibt der Versuch den Einfluß Elise Lensings auf die Psychologie der Hebbelschen Tragödie und sogar auf seine Kunstform festzulegen. ◊ Der gewissenhafte Erforscher staubiger Archive und unermüdliche Bibliograph *Heinrich Hubert Houben* hat eine Geschichte der verbotenen Literatur geschrieben (Verbotene Literatur von der klassischen Zeit bis zur Gegenwart /Berlin, Ernst Rowohlt/). Von Conrad Alberti bis zu Wienbarg, dem stürmischen Mann aus dem Jungen Deutschland, geht dem Alphabet nach die Liste. In monographischen Kapiteln zitiert Houben die Mißhelligkeiten, denen die deutschen Dichter ausgeliefert waren: er schildert das so unterhaltend wie es die Kuriosität der Materie von selbst mit sich bringt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Hochdruckdampfkessel Bei der heute im Vordergrund des technischen Interesses stehenden Frage der Anwendung hochgespannten Dampfes von 50 bis 100 Atmosphären spielt das Material für den Bau der Dampfkessel und deren Bauart selbst die allergrößte Rolle. Als Kesselmaterial kommt bislang wesentlich Flußeisen in Betracht, das zu Blech bestimmter Wandstärke ausgewalzt wird. Die einzelnen Blechtafeln werden dann in die gewünschte Form gebogen und durch Nietung mit einander verbunden. Für die bisher üblichen Dampfdrucke von 12 bis 15 und selbst 20 Atmosphären ist Flußeisen ein

Material von ausreichender Festigkeit, und auch die bisherige Bauart der Dampfkessel genügt den Ansprüchen, die man an die Betriebs- und Unfallsicherheit stellen kann. Für die höheren Drucke dagegen genügt das Flußeisen nicht mehr. Seine Festigkeit nimmt, wie Paul Goerens von der Firma Krupp bei der Hochdrucktagung des Vereins deutscher Ingenieure ausführte, mit steigender Temperatur zu, um bei zirka 250⁰ ihren Höchstwert anzunehmen; dann sinkt sie wieder, und bei 500⁰ beträgt sie nur noch die Hälfte der ursprünglichen. Bei Dampfdruck von 50 bis 100 Atmosphären fällt die Dampf Temperatur in diesen Temperaturbereich; also gerade da, wo erhöhte Festigkeit erforderlich ist, sinkt sie bei Verwendung von Flußeisen. Außerdem ist Flußeisen besonders empfindlich gegen das sogenannte Kaltrecken, wie es beim Biegen und Nietten der Kesselbleche unvermeidlich ist. Das Blech wird durch das Kaltrecken spröder; aber das Auftreten von Sprödigkeit macht sich erst nach längerer Zeit bemerkbar, und zwar besonders dann, wenn kalt gerechtes Flußeisen längere Zeit einer Temperatur von 500 bis 850⁰ ausgesetzt wird, wobei eine Rekrystallisation stattfindet, die die Struktur des Materials grobkristallinisch und damit spröde macht. Diese unangenehmen Eigenschaften besitzt dagegen Nickelstahl mit 5 % nicht, und selbst 3prozentiger Nickelstahl neigt nicht zur Rekrystallisation. Auch die bisherige Herstellungsweise der Kessel durch Zusammennieten der einzelnen Blechtafeln verbietet sich bei der Erzeugung hoher Drucke. Der Ersatz der Nietung durch Schweißen ist nur dann zulässig, wenn es sich um die Verarbeitung dünnerer Bleche handelt. Man geht deshalb darauf aus nahtlose Kessel herzustellen. Praktisch verfährt man hierbei nach Goerens in der Weise, daß man einen vollen Stahlblock locht und zu der gewünschten Länge und Wandstärke ausschmiedet. Von dem so entstehenden Hohlzylinder werden die Enden halbkugelig eingezogen, so daß nur die Mannlochöffnung übrig bleibt, die in der üblichen Weise verschlossen wird. Man kommt auf diese Weise zu einem Kesselkörper ohne Nietung und Schweißung, bei dessen Herstellung man in der Wahl des Materials wesentlich freier verfügen kann als bei der üblichen Verfahrensart der Kesselherstellung. Daß man trotzdem bei dem Bau von Dampfkesseln für die höheren Drucke zugleich auch das beste und zähste Material verwenden wird, versteht sich von selbst.

Wasserkraftwerke Das *Walchenseekraftwerk* ist im wesentlichen vollendet. Am Anfang dieses Jahres fand die Druckprobe statt, wobei die Wassermassen des Walchensees über den 1200 Meter langen Druckstollen zum Vorbecken des Wasserschlosses geleitet wurden. Nach Füllung des 30 000 Kubikmeter fassenden Vorbeckens wurde das Druckwasser in die 6 Rohrstränge geleitet, die zu dem eigentlichen Kraftwerk oberhalb des Kochelsees führen. Die Wasserbauten erwiesen sich bei der Einlaß-, Druck- und Entleerungsprobe als vollkommen dicht, so daß die Anlage für die Speisung des Bayernwerks bereits teilweise in Betrieb genommen werden konnte. Von April ab hat die regelmäßige Abgabe für das Netz der bayrischen Reichseisenbahnen begonnen. Das Walchenseekraftwerk hat auch bereits seine Existenzberechtigung für rein industrielle Zwecke erwiesen, indem es die Versorgung des infolge des Frostes stillgelegten Lechelektrizitätswerks in Augsburg übernahm und dem angeschlossenen Industriegebiet den Kohlenverbrauch in seinen Dampfreserven ersparte. Binnen kurzem wird das Bayernwerk auch dem größten Teil des fränkischen Industriegebiets Walchenseekraft auf dem Umweg über das Umspannwerk Arzberg zuführen und dieses damit von der Einfuhr böhmischer Braunkohle unabhängig machen.

An der Nordküste der *Bretagne* bei Lannilis ist der Bau eines Flutkraftwerks geplant, das hauptsächlich Versuchen über die Ausnutzbarkeit der Flut zur Erzeugung elektrischer Energie dienen soll. In der Trichteröffnung des Aber Vrach wird durch eine Staumauer von 150 Meter Länge ein Staubecken geschaffen, das je nach der Fluthöhe 1,5 bis 4 Millionen Kubikmeter Wasser aufspeichern kann. In die Staumauer sind Eisenbetonräume eingebaut zur Aufnahme von Turbinen mit Asynchronwechselstromgeneratoren, die eine verstärkte Leistung von 75 bis 1200 Pferdestärken aufweisen sollen. Durch ein anderes Werk, das am Diourisbach errichtet wird, soll diese Veränderlichkeit der Leistungsabgabe ausgeglichen werden. Hier wird mit einer 35 Meter hohen Mauer ein Staubecken von 12 Millionen Kubikmeter geschaffen, dessen Kraftwerk 2 Turbinen von je 2000 Pferdestärken Höchstleistung bei 8 bis 29 Meter Gefälle erhalten soll. Beide Werke zusammen werden imstande sein der Stadt Brest eine gleichbleibende Leistung von 1600 Pferdestärken und eine Spitzenleistung von 3200 Pferdestärken

abzugeben. Die Kosten der Anlage, die auf 28 Millionen Francs veranschlagt wurden, wird zum größten Teil der französischen Staat tragen.

Ende Dezember 1923 wurde am *Niagara-fall*, in den Werken der Niagara Falls Power Company, die größte Dynamomaschine mit Wasserturbinenantrieb in Betrieb gesetzt. Sie ist für eine Leistung von 65 000 Kilovoltampere bestimmt. Bei einer Probelastung leistete der Maschinensatz 77 000 Kilovoltampere (61 500 Kilowatt bei $\cos \varphi = 0,8$). Der Wirkungsgrad beträgt 98 %. Der äußere Durchmesser des Gehäuses beträgt 9,25 Meter, die Gesamthöhe über dem Maschinenhausfußboden 7,9 Meter und das Gesamtgewicht des Maschinensatzes 680 Tonnen. Zur Beförderung des Maschinensatzes brauchte man 35 Eisenbahnwagen.

Skandinaviens Wasserkräfte Nach den amtlichen norwegischen Nachweisungen sind in *Norwegen* insgesamt 12,3 Millionen Pferdestärken ausnutzbarer Wasserkräfte vorhanden, von denen bisher nur 1,4 Millionen ausgebaut sind. Die Kraftleistung bei Niedrigwasser beträgt 1,3 Millionen Pferdestärken, an den Krafterzeugungsstellen sind aber rund 38 % mehr installiert als bei Niedrigwasser zur Verfügung stehen. Die elektrotechnischen und elektrometallurgischen Industrien verbrauchten den Hauptteil der zur Verfügung stehenden Energie, nämlich 42,1 %, auf die allgemeine Elektrizitätsversorgung kommen 38,2 %, auf die Holzveredlungsindustrie 12,1 %. Nach einer vom Arbeitsminister dem Storting gemachten Mitteilung befinden sich von den in den letzten Jahren errichteten Werken 40 in bedrängter finanzieller Lage, so daß ihre Unterstützung durch den Staat erforderlich erscheint. Das in ihnen angelegte Kapital beträgt rund 200 Millionen norwegische Kronen, von denen die Hälfte abgeschrieben werden muß. In den Jahren 1916 bis 1923 wurden zirka 650 Millionen Kronen für die Kraftversorgung aufgewandt, davon 50 Millionen vom Staat. Während der genannten Zeit waren Energiezentralen im Gesamtwert von 500 Millionen Kronen in regelmäßigem Betrieb, deren Bruttoeinnahme 53 Millionen Kronen und deren Ausgaben zusammen 49,9 Millionen Kronen betragen, so daß sich ein Überschuß von nur 3,1 Millionen Kronen ergibt.

Charakteristisch für die systematische Ausnutzung der *schwedischen* Wasserkräfte sind die Anlagen am Götaelf, dem Abfluß des Wenernsees zum Meer, an

dem sich auch die berühmten Trollhättanfälle befinden. Das Gesamtgefälle beträgt 44 Meter, davon sind 5 Meter ausnutzbar bei Vargön, jedoch bisher erst in bescheidenem Maß ausgebaut, die Arbeiten für den vollständigen Ausbau sollen jedoch so bald wie möglich in Angriff genommen werden. Die 2 Gefällstufen von 31 Meter bei Trollhättan sind der mittlern Wassermenge entsprechend vollständig ausgebaut und liefern 150 000 Pferdestärken, welche Leistung zur Energieversorgung weiter Teile Westschwedens und der Stadt Göteborg ausreicht. Die 3. Gefällstufe von 6,5 Meter bei Lilla Edet wird von dem im Bau befindlichen Kraftwerk, das im Jahr 1925 in Betrieb kommen wird, vollständig ausgenutzt werden. Der Gefällrest von 1,5 Meter ist auf die Verluste für die 50 Kilometer lange Stromstrecke von Lilla Edet bis zum Meer zu rechnen. Die Anlagen bei Lilla Edet sind in technischer Hinsicht sehr bemerkenswert. Da ein nur geringes Gefälle zur Verfügung steht, muß mit sehr großen Wassermengen gerechnet werden, die durch die Maschineneinheit hindurchgeführt werden. Hieraus ergeben sich für diese enorme Abmessungen, nämlich 9,5 Meter Durchmesser des elektrischen Generators, geringe Umlaufzahlen von rund 62,5 in der Minute und sehr erhebliche Gewichte der umlaufenden Teile. Das Traglager der senkrechten Turbinenwelle hat beispielsweise nicht weniger als 440 Tonnen Last aufzunehmen. Um eine möglichst hohe Wirtschaftlichkeit der Anlage zu ermöglichen, ist von einer einzigartigen Kombination verschiedener Turbinensysteme Gebrauch gemacht worden. Es werden nämlich zunächst nur 3 Turbinen aufgestellt, von denen die eine nach dem System Kaplan, die beiden anderen nach dem System Lawaczek gebaut sind. Die Kaplanturbine gewährleistet einen hohen Wirkungsgrad auch bei geringer Belastung, weil sie einstellbare Schaufelssysteme besitzt. Die Lawaczekturbinen arbeiten aber nur bei Vollast mit gutem Wirkungsgrad. Es hätte nun nahe gelegen 3 Kaplanturbinen aufzustellen; da diese sich aber in der Anlage erheblich teurer stellen als die Lawaczekturbinen, so wird der Betrieb so geführt, daß die aufgestellten Lawaczekturbinen dauernd mit Vollast laufen können, während die Kaplanturbine den Kraftüberschuß bei höheren Wasserständen aufnimmt und wegen der hohen Gleichmäßigkeit des Wirkungsgrads auch schon geringe Überschuße über den normalen Wasserstand vollkommen ausnutzt.

Kurze Chronik Im Rahmen der Britischen Reichskonferenz findet in London vom 30. Juni bis zum 12. Juli eine *Weltkraftkonferenz* statt. Für die Verhandlungen sind die folgenden Punkte in Aussicht genommen: 1. Kraftquellen in den verschiedenen Ländern, 2. Wasserkraftgewinnung, 3. Zubereitung und Verarbeitung der Brennstoffe, 4. Dampferzeugung und -verwendung, 5. Verbrennungskraftmaschinen, 6. Kraftübertragung und Kraftverteilung, 7. Kraftanwendung in der Industrie und im Haushalt, 8. Kraftanwendung im Verkehrswesen (Straßen, Eisenbahnen, Luft), 9. Kraft in der Elektrochemie und Elektrometallurgie, 10. Kraftanwendung im Eisenbahnwesen und in der Schifffahrt, Allgemeines, Erziehung des Technikers und des Kaufmanns sowie Normung. Zum Schluß soll die Frage einer ständigen Organisation erörtert werden. \diamond Auf der Vulkanwerft in Hamburg ist das erste *Motorschiff mit dem Vulkangetriebe* vom Stapel gelaufen. Es handelt sich um eine neue Erfindung, die das Problem der schwingungsfreien Übertragung der Umdrehungen des Dieselmotors auf die Welle einwandfrei lösen soll. \diamond Mit verhältnismäßig geringen Kosten wurde über den Salmonfluß im Staat New York eine *Eisenbetonbogenbrücke* von 61 Meter Spannweite errichtet, an Stelle einer eisernen Dreigelenkbogenbrücke, die aus dem Jahr 1882 stammte und für den heutigen schwereren Verkehr nicht mehr genügend tragfähig schien. Während des Baus der neuen Brücke wurde die alte erhalten, um bei der Beförderung der Baustoffe und der Herstellung der neuen Brückenbahn zu dienen. \diamond Der Oberingenieur Franz Marie Feldhaus gibt einen illustrierten *technisch-historischen Abreibkalender* Tage der Technik heraus /München, R. Oldenbourg/. Jedes der 366 Blätter bringt eine Menge Gedenktage aus dem Gebiet der Technik. Die zahlreichen Abbildungen sind von besonderem Wert; sie stellen Bilder aus allen Zeiten und Völkern dar, auch solche phantastischer und kurioser Art. In dem Werk steckt ein großes Material, das jeden Techniker, aber auch jeden allgemein Interessierten anregt. \diamond Der bisherige Oberingenieur bei der Firma Thyssen & Co. in Mülheim *Karl Roeder* hat einen Lehrauftrag für Maschinenelemente und Maschinenkunde an der Technischen Hochschule Stuttgart erhalten. Roeder hat sich vor allem mit Turbinenbau beschäftigt; seine Dissertation behandelt die Abdampf- und Zweidruckturbine.